



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

107. Sitzung

7. Wahlperiode

---

Dienstag, 15. Dezember 2020, Schwerin, Schloss

---

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse, Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

## Inhalt

	Antrag der Fraktion der AfD	
	<b>Corona ernst nehmen – Eigenverantwortung stärken – Obrigkeitsstaat zurückfahren – Weihnachtstradition schützen</b>	
Erweiterung der Tagesordnung .....	3	– Drucksache 7/5666 – ..... 19
	Antrag der Fraktionen	
	der SPD, CDU und DIE LINKE	
Feststellung der Tagesordnung	<b>Weitere Anstrengungen zur Bewältigung der</b>	
gemäß § 73 Abs. 3 GO LT .....	3	<b>Corona-Pandemie – das öffentliche Leben</b>
		<b>herunterfahren, Kinderbetreuung sichern</b>
		<b>und Treffen im engsten Familienkreis</b>
		<b>zu Weihnachten ermöglichen</b>
Aktuelle Lage „Corona-Virus“ .....	3	– Drucksache 7/5673 – ..... 19
Regierungserklärung der Ministerpräsidentin		
des Landes Mecklenburg-Vorpommern .....	3	Dr. Ralph Weber, AfD ..... 19, 24
		Julian Barlen, SPD ..... 21, 24, 27, 30
		Dr. Gunter Jess, AfD ..... 24, 27
Ministerpräsidentin Manuela Schwesig .....	3	Bernhard Wildt, CDU ..... 27, 29
Nikolaus Kramer, AfD .....	8, 14	Nikolaus Kramer, AfD ..... 29
Franz-Robert Liskow, CDU .....	11	Holger Arppe, fraktionslos ..... 29
Simone Oldenburg, DIE LINKE .....	12, 15	Thomas de Jesus Fernandes, AfD ..... 30
Holger Arppe, fraktionslos .....	15, 18	
Julian Barlen, SPD .....	16, 19	B e s c h l u s s ..... 31

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD

**MV Werften unterstützen**

– Drucksache 7/5674 – ..... 31

Minister Harry Glawe ..... 31

Nikolaus Kramer, AfD .....33, 40, 41, 42

Jochen Schulte, SPD ..... 34, 41

Henning Foerster, DIE LINKE ..... 37

Bernhard Wildt, CDU ..... 38, 42

Minister Reinhard Meyer ..... 43

**B e s c h l u s s** ..... 44

**Nächste Sitzung**

Mittwoch, 27. Januar 2021 ..... 44

**Beginn: 10.35 Uhr**

**Präsidentin Birgit Hesse:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 107. Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Die Landesregierung hat gemäß Paragraf 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die heutige Dringlichkeitssitzung verlangt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 107. Sitzung liegt Ihnen vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich jetzt fortfahre in der weiteren Beratung beziehungsweise dessen Ankündigung zur Tagesordnung, möchte ich es nicht versäumen, ganz herzlich heute unserem Wirtschaftsminister Harry Glawe zu seinem Geburtstag zu gratulieren. Herzlichen Glückwunsch, lieber Harry!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und Christel Weißig, fraktionslos)

Und wir haben noch ein weiteres Geburtstagskind heute, nämlich den Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion. Herzliche Glückwünsche an dieser Stelle – wahrscheinlich sieht er uns auch zu – an Wolfgang Waldmüller! Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag und vor allen Dingen alles, alles Gute für die Zukunft!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Ältestenrat ist vereinbart worden, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5666 und den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE auf Drucksache 7/5673 in verbundener Aussprache als Tagesordnungspunkt 2 zu beraten. Des Weiteren liegt Ihnen auf Drucksache 7/5674 ein Antrag der Fraktionen der CDU und SPD zum Thema „MV Werften unterstützen“ vor, der als Tagesordnungspunkt 3 beraten werden soll. Wird der so geänderten vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Ich sehe und höre, das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung der 107. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung festgestellt.

Gemäß Paragraf 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die 107. Sitzung die Abgeordnete Christiane Berg zur Schriftführerin.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Lage „Corona-Virus“, hierzu Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

**Aktuelle Lage „Corona-Virus“****Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern**

Das Wort hat die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Manuela Schwesig.

**Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mehr als 1,2 Millionen Infizierte und mehr als 21.000 Tote, das ist bislang die traurige Corona-Bilanz in Deutschland. Letzten Donnerstag hatten wir die höchsten Zahlen an Neuinfektionen mit fast 30.000 Erkrankten und fast 600 Todesfällen an nur einem Tag, trotz umfangrei-

cher zusätzlicher Schutzmaßnahmen und Einschränkungen im November und Dezember. Hinter jeder dieser Zahlen stehen Menschen und ihre Familien, Opas und Omas, Mütter, Väter, Kinder und Enkelkinder.

Viele der an Corona Erkrankten leiden lange und stark unter der Krankheit. Und deshalb sind zunächst meine Gedanken bei allen Familien, deren Angehörige gegen Corona kämpfen und die Angehörige verloren haben. Wir können uns mit diesen Zahlen und diesen Schicksalen nicht abfinden. Wir wollen und müssen die Zahl der Neuinfektionen reduzieren. Die Situation ist sehr ernst. Sie ist wesentlich ernster als im Frühjahr und so ernst, wie wir sie bisher noch nicht erlebt haben. Und wir müssen mit weiteren Maßnahmen sicherstellen, dass wir die Infektionszahlen unter Kontrolle bekommen und weiter senken, denn nur dann ist sichergestellt, dass alle, die an Covid-19 erkranken, auch die medizinische Hilfe bekommen, die sie brauchen. Und deshalb haben sich Bund und Länder erneut auf schärfere Maßnahmen verständigt. Darüber möchte ich Sie heute informieren, und deshalb möchte ich mich ganz herzlich bedanken, dass Sie zu dieser Sondersitzung des Landtags zusammengekommen sind.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, als wir uns zuletzt Ende November hier getroffen haben, hatten sich Bund und Länder darauf verständigt, die November-schutzmaßnahmen zu verlängern, um weiter dafür zu sorgen, dass die Infektionszahlen nach unten gehen. Wir haben als Land die November- und Dezembermaßnahmen frühzeitig unterstützt, obwohl wir zu diesem Zeitpunkt noch kein Risikogebiet waren. Und diese Schutzmaßnahmen haben auch Wirkung gezeigt. Die Zahlen sind über fünf Wochen stabil geblieben. Wir hatten wissenschaftliche Prognosen, dass mithilfe der Schutzmaßnahmen von November die Zahlen bis Weihnachten sogar um ein Drittel auf Werte um 35 pro 100.000 Einwohner zurückgehen können. Leider – und das ist kein Vorwurf, sondern eben eine Tatsache – hat sich das eben nicht bewahrheitet.

Und ich habe schon in meiner Regierungs..., nicht in der Regierungserklärung, in der Debatte im letzten Landtag darauf hingewiesen, dass wir diese schwierige Entwicklung haben, denn wir haben eine zweite Welle, die massiv von allen Seiten auf Mecklenburg-Vorpommern drückt. Wir haben das immer an der Landkarte gesehen, dass zunächst Vorpommern-Greifswald betroffen war, weil wir hohe Inzidenzen in Polen haben, dass dann vor allem Mecklenburgische Seenplatte und Landkreis Ludwigslust-Parchim stark betroffen waren, weil wir diese Welle haben aus Sachsen über Brandenburg Richtung Mecklenburg-Vorpommern, und auch sehr stark Nordwest-Mecklenburg, weil wir natürlich in dieser Richtung auch sehr viele Pendler haben, nicht nur Hamburg, sondern auch Lübeck, die sehr stark betroffen sind. Mittlerweile ist unser eigenes Land sehr stark betroffen, und natürlich, sagen wir mal, drückt jetzt das nicht nur ins Land, sondern im Land wird jetzt das Virus verteilt.

Wie dramatisch die Situation ist, erleben wir alle an den Bundesländern Sachsen, Thüringen, mittlerweile auch Brandenburg, wo auch vor vielen Wochen und Monaten die Zahlen noch sehr gering waren. Und das heißt auch für uns, die Infektionszahlen steigen schneller und stark an. So hoch wie jetzt waren sie noch nie. Wir haben landesweit inzwischen einen Inzidenzwert von über 90 Fällen pro 100.000 Einwohner, in fünf von acht

Landkreisen liegt der Wert bereits über 100. Und die aktuellen Prognosen der Universität Greifswald, die wir gestern im MV-Gipfel uns aktuell angeschaut haben, sagen, dass bis Weihnachten mit einem Anstieg der landesweiten Inzidenz auf einen Wert von 150 zu rechnen ist, wenn wir nicht massiv gegensteuern und die Kontakte weiter reduzieren.

Und diese verschärfte Lage macht sich auch in unseren Krankenhäusern bemerkbar. Aktuell müssen 153 Menschen mit Covid-19 in Krankenhäusern behandelt werden, immer mehr auch auf den Intensivstationen. Und das zeigt, dass, was sich viele immer nicht vorstellen können, wenn heute die Zahl der Infektionen hochgeht, zeitlich verlagert vier Wochen später dann auch diese Zahlen in den Krankenhäusern ankommen und man nicht sagen kann, da ist doch nichts in den Krankenhäusern, da passiert doch schon nichts. Und ich trage Ihnen diese Zahlen vor, weil sie deutlich machen sollen, dass sich auch die Lage bei uns immer weiter zuspitzt. Es gibt noch freie Intensivbetten und eben nicht nur für Covid-Patienten, sondern auch für alle, die schwer erkrankt sind, zum Beispiel an einem Herzinfarkt, oder eben einen Unfall haben und auch intensivmedizinisch versorgt werden müssen. Ich habe immer darauf hingewiesen, dass die gute medizinische Versorgung für Corona-Patienten da sein muss, aber eben auch für alle anderen, denn das Corona-Virus setzt andere schwere Erkrankungen oder Unfälle eben nicht aus.

Bei meinem Besuch in der Uniklinik Rostock haben mir die Pflegerinnen und Pfleger und auch die Ärzte berichtet, wie viel aufwendiger die Behandlung eines Covid-Patienten ist und dass sie sich wünschen, dass alle Bürgerinnen und Bürger, aber vor allem die politisch Verantwortlichen diese ernste Lage anerkennen und alles dafür tun, dass Pflegerinnen und Pfleger, vor allem in der Intensivmedizin, aber auch Ärztinnen und Ärzte eben nicht in eine Situation kommen, wo sie das, wofür sie in diesen Beruf gegangen sind, wofür sie jeden Tag für uns stehen, eine gute medizinische Versorgung, dass sie nicht in die Lage kommen, dass das nicht mehr möglich ist.

Und diese Verantwortung, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, haben wir gemeinsam, für die Bürgerinnen und Bürger im Land gute medizinische Versorgung, aber vor allem für die Pflegerinnen und Pfleger, für die Ärztinnen und Ärzte und alles Personal, was sich darum herumrankt, dafür zu sorgen, dass sie ihre gute Arbeit weitermachen können. Darum bitte ich Sie.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und ich möchte deshalb deutlich machen, dass auch die Lage in den Krankenhäusern bei uns sich anspannt. Für viele Beschäftigte ist sie schon längst kritisch. Wir haben bereits Kliniken im Land, die Patienten in einzelnen Abteilungen nicht mehr aufnehmen können und ihre Bettenkapazität reduzieren müssen, weil sich immer mehr medizinisches Personal auch selbst ansteckt oder in Quarantäne muss. Und wenn das Infektionsgeschehen immer weiter steigt, immer mehr Menschen in Krankenhäusern behandelt werden müssen, wird es immer schwieriger.

Klar ist, wir haben immer noch keine Blaupause im Umgang mit dem Virus, auch die Wissenschaft hat sie nicht. Wir müssen die Infektionszahlen, die Situation in den Krankenhäusern, den Altenheimen und Schulen, die Situation im ganzen Land ständig beobachten und immer wie-

der fragen: Machen wir das Richtige, machen wir genug? Und wenn wir jetzt merken, die Zahlen steigen, und zwar rapide, dann hilft nur eins: strengere Maßnahmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und wir haben bereits in den vergangenen, wir haben deshalb bereits in den vergangenen Wochen als Reaktion darauf, dass Mecklenburg-Vorpommern Risikogebiet wurde, zusätzliche Schutzmaßnahmen beschlossen, zum Beispiel ist überall an öffentlichen Orten, wo viele Menschen zusammenkommen, ein Mund-Nasen-Schutz verpflichtend. Es dürfen keine alkoholischen Getränke mehr ausgeschenkt werden, um eben Menschentrauben zu verhindern.

Wichtig war uns vor allem auch, die Älteren zu schützen, und deshalb haben wir bereits zum Wochenende eine Testpflicht in Alten- und Pflegeheimen eingeführt, vor allem das Personal soll getestet werden, auch Besucher, und es ist wichtig, dass nur eine vorher festgelegte Person die Angehörigen besucht. Solche Maßnahmen sind notwendig, denn wir haben vor allem natürlich in den Pflegeheimen die Menschen, die besonders betroffen sind bei Corona-Infektionen. Das sind die älteren Menschen, die dann auch schnell daran versterben können, und natürlich müssen wir auch das Personal schützen, denn wenn Personal in Pflegeheimen ausfällt, kann man das nicht so einfach ersetzen. Und ich weiß, dass es darüber viele Diskussionen gibt, aber ich will den Bürgerinnen und Bürgern anhand von zwei Zahlen deutlich machen, dass wir insbesondere in unserem familiären Bereich und eben in den Altenheimen zusammen anpassen müssen.

Die Auswertung der 50. Kalenderwoche der Infektion zeigt, dass die Haupttreiber des Infektionsgeschehens in Mecklenburg-Vorpommern die privaten Zusammenkünfte sind. 44 Prozent der Infektionen in Mecklenburg-Vorpommern sind im familiären Bereich, im persönlichen Bereich entstanden. Das müssen wir einfach unseren Bürgerinnen und Bürgern sagen, weil das ist ein Bereich, in dem der Staat Bestimmungen machen kann, aber in dem vor allem die Bürgerinnen und Bürger es selbst in der Hand haben, diese Bestimmungen einzuhalten und die Kontakte zu reduzieren. Und der zweite Bereich ist der Bereich der Alten- und Pflegeheime mit 17 Prozent. Bundesweit stehen die Pflegeheime auf Platz 1. Wenn ich mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Bundesländer spreche, die stark betroffen sind, wie zum Beispiel Sachsen, dann sagen sie, achtet auf eure Pflegeheime, und deshalb will ich auch ganz klar den Trägern sagen, wir werden hier strengere, konsequentere Maßnahmen zusammen umsetzen müssen, und es ist wichtig, dass zum Beispiel die Schnelltests auch durch die Testverordnung des Bundes übernommen werden, was seit Oktober ja auch möglich ist.

Ich will die beiden Zahlen auch deshalb in den Raum stellen, weil es deutlich macht, dass wir natürlich in unserer Verordnung strenge Maßnahmen schreiben können, dass es aber wirklich jetzt auf jede Bürgerin und jeden Bürger ankommt. Und ich bin oft in den letzten Tagen gefragt worden und wir haben das unsere Wissenschaftler, Experten gestern selber im MV-Gipfel gefragt, warum waren wir die ganze Zeit so stabil und warum gehen jetzt die Zahlen so stark in die Höhe. Und dafür gibt es nicht die eine Antwort, das sagen uns die Wissenschaftler auch, es sind eben mehrere Faktoren, die zusammen-

kommen. Das ist zum einen die starke zweite Welle, die von allen Seiten drückt, das habe ich beschrieben, und auch deshalb ist es gut, dass wir frühzeitig den kleinen Grenzverkehr eingeschränkt haben, dass wir strenge Einreisebestimmungen haben.

Und hier möchte ich mich auch bei unserem neuen Innenminister Herrn Renz bedanken, dass sofort diese Maßnahmen auch gerade am Wochenende kontrolliert worden sind. Es ist wichtig, dass die Ordnungsbehörden der Kommunen, aber unsere Polizei auch steht und die Maßnahmen kontrolliert. Das sind wir dem Infektionsgeschehen schuldig, das sind wir aber auch vor allen Dingen den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, die sich nämlich an die Regeln halten. Die haben nämlich kein Verständnis dafür, wenn sich andere nicht an die Regeln halten, und deshalb ist es auch gut, dass wir mit unserer Polizei das kontrollieren. Vielen Dank dafür!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Die Wissenschaftler machen uns aber auch deutlich, dass es eben nicht dieses eine Geschehen gibt, dass es nicht diesen einen Infektionstreiber gibt. Und das ist mir so wichtig zu sagen, vor allem mit dem Appell an die Bürgerinnen und Bürger, das Virus ist in Mecklenburg-Vorpommern, das Virus ist unter uns. Niemand hat die Garantie, dass er sich nicht ansteckt, und deshalb bitte ich alle: Bleiben Sie so weit wie möglich zu Hause! Verzichteten Sie so weit wie möglich auf Kontakte! Es ist jetzt wichtig, gerade in den nächsten Wochen, auch über Weihnachten, vorsichtig zu sein und nicht alles, was möglich ist, auszunutzen, denn wer jetzt vorsichtig ist, kann dafür sorgen, dass er oder seine Liebsten auch gesund ins neue Jahr kommen. Darum geht es!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, bin ich froh, dass Mecklenburg-Vorpommern immer als Land frühzeitig sich den strengeren Maßnahmen angeschlossen hat. Das war im November-Shutdown so. Da hatten wir eine Inzidenz von 45, da hatten andere noch die Hotels und Gaststätten offen und haben niemals über strengere Maßnahmen nachgedacht, da haben wir angefangen zu schließen. Und auch jetzt ist es so, dass mit einer Inzidenz, die höher ist, aber noch so ist, wo andere nicht Einschränkungen in dem Maße gemacht haben, es gut ist, wenn wir weitere Einschränkungen machen. Ich will sehr dafür werben.

Ich weiß, dass das schwer ist, gerade für die Betroffenen, und ich weiß, dass es immer den einen oder die andere gibt, die noch sagen, können wir da nicht noch ein bisschen lockerer sein, können wir da nicht noch ein bisschen was öffnen. Aber ich sage Ihnen ganz klar und deutlich, es ist jetzt nicht mehr die Zeit, darüber zu reden, was noch möglich ist und wieder geöffnet werden kann, sondern es ist jetzt die Zeit, darüber zu reden, welche Kontakte können wir vermeiden, wo können wir strenger werden, um Schlimmes auch für unser Bundesland zu verhindern. Und da bitte ich Sie alle, mitzumachen, so schwer die Entscheidungen auch sind!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und deshalb ist der Vorschlag von Bund und Ländern, dass wir die Zeit – das war ja auch die Leopoldina-Idee –

zwischen dem Jahreswechsel, wo viel runtergefahren wird, wo die Schulen geschlossen werden, wo viele Betriebe auch ihre betriebliche Arbeit runterfahren, dass wir die Zeit nutzen, eigentlich, ich sage mal, von Weihnachten bis Neujahr, um das ganze Land runterzufahren. Wir haben uns aufgrund der dramatischen Infektionszahlen in ganz Deutschland und auch der schwierigen Entwicklung in M-V dafür entschieden, das vorzuziehen. Ab Mittwoch, ab morgen wollen wir das öffentliche Leben in Deutschland so weit wie möglich herunterfahren, ähnlich wie im Frühjahr, und Kontakte und Mobilität müssen dabei reduziert werden.

Deshalb schlagen wir vor, dass wir die bestehenden Kontaktbeschränkungen verlängern, das heißt, zwei Haushalte bis maximal fünf Personen dürfen sich weiter treffen, Kinder unter 14 Jahren werden dabei nicht mitgezählt, und wir machen eine Ausnahme zu Weihnachten. Zu Weihnachten ist es möglich, dass diese Kontaktbeschränkung gilt und dass man die Möglichkeit hat, als Hausstand, als Familie mit vier weiteren Personen der Kernfamilie zusammenzukommen. Was bedeutet das konkret? Es ist dann möglich, zum Beispiel für Eltern, dass ihre Kinder, die in anderen Bundesländern oder in anderen Orten in Mecklenburg-Vorpommern leben, dass die zu Weihnachten kommen können und natürlich auch ihren Partner mitbringen können, und wie gesagt, die Kinder bis 14 Jahre werden nicht angerechnet.

Eine solche Möglichkeit halten wir für wichtig. Ich sage ganz klar, sie ist epidemiologisch nicht unkritisch, deshalb gibt es dort auch Kritik, dass wir das machen. Ich will aber noch mal deutlich machen, wenn Bürgerinnen und Bürger jetzt verzichten und schon die ganze Zeit verzichten, dann muss es möglich sein, dass auch zu Weihnachten Zusammenkünfte im kleinen Rahmen, im Rahmen der Kernfamilie möglich sind. Das Weihnachtsfest ist das Fest für viele Familien und es ist nicht, es geht nicht darum, da eine große Sause draus zu machen, aber es geht darum, sich im kleinen Rahmen vorsichtig zu treffen, damit auch dieser soziale Zusammenhalt gesichert wird. Die Familien, die sind sozusagen der gesellschaftliche Kern für unser Zusammenleben, und deshalb müssen wir ihnen auch an Weihnachten mehr ermöglichen. Wir stehen weiter zu dieser Regel.

Dabei gilt aber, dass diese Öffnung der Kontakte nur am 24./25. und 26. möglich ist, dann müssen wir wieder zurückkehren zu den bestehenden Kontaktbeschränkungen. Und ich will hier ganz deutlich sagen, wenn Mecklenburg-Vorpommern weiter in der Inzidenz steigt, müssen wir auch darüber reden, ob wir die Kontakte, so wie im Frühjahr, wieder auf einen Hausstand plus eine Person weiter reduzieren. Das wollen wir – das ist der Vorschlag vom MV-Gipfel – von der Inzidenz abhängig machen, aber wenn wir die Hunderterinzidenz als Land überschreiten, dann müssen wir weiter Beschränkungen machen. Das Weihnachtsfest soll so, wie versprochen, auch möglich sein. Ich will deshalb auch ganz klar sagen, auf die Silvesterparty muss in diesem Jahr verzichtet werden. Es ist besser, dass wir im kleinen Rahmen und ruhig, aber dafür gesund in das neue Jahr kommen.

Sehr schwierig ist die Einschränkung für den Einzelhandel. Wir müssen den Einzelhandel, so wie im Frühjahr, wieder beschränken, mit Ausnahmen für den täglichen Bedarf. Also es muss jederzeit möglich sein, zum Beispiel Lebensmittel, Drogeriebedarf oder Arzneimittel zu

kaufen. Auch Tierbedarfs- und Babymärkte bleiben offen, Post und Bankfilialen ebenso, Optiker, Hörgeräteakustiker, Tankstellen, Kfz-Werkstätten, Fahrradwerkstätten, Reinigungen, Waschsalons, Zeitungsverkauf, Blumenläden, und auch der Weihnachtsbaumverkauf und der Großhandel sollen weiter möglich sein.

Ich will an dieser Stelle ganz klar sagen, das ist ein harter wirtschaftlicher Einschnitt für unseren Einzelhandel, und wenn einige sagen, ja, ihr denkt ja immer an die Wirtschaft, dann sage ich, wir denken an Gesundheit und Wirtschaft. Es ist wichtig, dass es auch ein wirtschaftliches Leben weiter gibt, und der Einzelhandel in Mecklenburg-Vorpommern, das sind nicht irgendwelche anonymen Großkonzerne, sondern das sind oft kleine Geschäfte, kleine Läden, wo Kleinst- und Kleinunternehmer dahinterstehen, wo Familien dahinterstehen, und für die ist das jetzt ein harter Einschnitt, und deshalb ist es wichtig, dass es auch für diesen Bereich Wirtschaftshilfen gibt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Auch die Dienstleistungen müssen weiter geschlossen bleiben. Ich weiß, dass sich viele erhofft hatten, dass wir eigentlich lockern Richtung Kosmetik. Ich glaube, es war klug, nicht gleich bei den ersten runtergehenden Zahlen zu lockern, weil wir immer gesagt haben, es macht auch keinen Sinn, Dinge zu öffnen und 14 Tage später wieder zu schließen, sondern wir müssen die geschlossenen Dienstleistungsbereiche, wie zum Beispiel Kosmetik, weiter geschlossen lassen und werden auch die Friseur-salons ab morgen, so, wie das bundesweit beschlossen ist, schließen müssen.

Zu den Alten- und Pflegeheimen habe ich bereits gesagt, dass es wichtig ist, weitere Schutzmaßnahmen zu ergreifen, und der Bund unterstützt die Maßnahmen mit medizinischen Schutzmasken und durch die Übernahme der Kosten für Schnelltests. Wir haben aber auch gesagt, wir wollen aus dem Frühjahr-Shutdown lernen. Im Frühjahr hatten wir eigentlich alles dicht. Da gab es keine Besuche zum Beispiel in den Pflegeheimen und wir haben erlebt, was das menschlich für große Entbehrungen sind. Und deshalb ist es uns wichtig, dass weiter Angehörige zum Beispiel ihre Mutter, ihren Großvater im Pflegeheim besuchen können, aber es ist auch wichtig, dass es dafür hier ganz klare Standards gibt, denn in diesem Bereich gibt es besondere Gefahren.

Wir haben auch im Frühjahr sehr drastisch Kitas und Schulen geschlossen und alle kennen noch den Run auf die Notfallbetreuung. Es gab Diskussionen, welcher Bereich ist systemrelevant, welcher nicht, was ist mit den Kindern, die es leider in der Kita besser haben als zu Hause. Und deshalb haben wir auch aus diesem Bereich gelernt. Wir sagen ganz deutlich, das, was das Kanzleramt von uns verlangt, die komplette Schließung von Kitas und Schulen, werden wir als Land – und da sind wir nicht die Einzigen – nicht mittragen, sondern für uns ist es wichtig, dass die Kitas und Schulen, vor allem die Kitas in den regulären Gruppen, offen bleiben können, dass wir bei den Schulen so vorgehen wie auch beschlossen. Die Siebtklässler, ab der 7. Klasse sind alle ab dieser Woche, letzte Woche vor den Ferien, im Distanzunterricht, und für alle anderen Schüler gilt, dass dort, wo die Eltern die Betreuung nicht organisieren können, sie weiter in ihre Klassen gehen können.

Ich sage hier aber noch mal ganz deutlich, auch an die Eltern: Es ist wichtig, dass alle Eltern, die es ermöglichen können, jetzt schon ihre Kitakinder oder auch zum Beispiel die Grundschul Kinder zu Hause lassen, dass sie dort ab morgen spätestens sind und wir die Kitagruppen und die Schulklassen vor allem für die Kinder nutzen, wo Eltern eben nicht verzichten können auf diese Betreuung, weil sie in der Pflege arbeiten, weil sie auf unseren Intensivstationen arbeiten. Und ganz wichtig, wir müssen die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen, die ist schwieriger als sonst. Weil ja Gastronomie geschlossen ist, wird noch mehr Lebensmittelverkauf zum Beispiel notwendig sein, und deshalb ist es auch wichtig, dass zum Beispiel diese Verkäuferinnen weiter die Möglichkeiten haben. Ich appelliere aber an die Eltern im Land, dort, wo es möglich ist, jetzt schon die Kinder zu Hause zu lassen. Nutzen Sie die Möglichkeit in Ihrem eigenen Interesse, aber auch im Interesse der Erzieher/-innen und Lehrerinnen und Lehrer, denn kleinere Gruppen, kleinere Klassen sind auch mehr Schutz für Erzieherinnen und Lehrer. Das ist, glaube ich, eine gute Lösung im Interesse der Familien und im Interesse des Personals.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wir haben immer den Dreiklang als Land verfolgt, die Gesundheit zu schützen, die Wirtschaft zu schützen, aber eben auch den sozialen Zusammenhalt. Zum Thema Gesundheit habe ich bereits etwas gesagt und zum Beispiel auch zum Thema „Sozialer Zusammenhalt“, was das Weihnachtsfest angeht.

Und ich will ganz deutlich sagen, die wirtschaftliche Entwicklung macht mir Sorgen, weil wir unserer Wirtschaft sehr viel abverlangen. Wir haben schon einen ganz wesentlichen wirtschaftlichen Bereich unseres Landes, die Gastronomie und die Hotellerie, geschlossen, obwohl gerade diese Zeit noch mal sogenannte Hochsaison wäre. Wir haben jetzt weitere Einschnitte im Einzelhandel, die Kulturbranche, die Veranstaltungsbranche leidet schon lange. Und deswegen finde ich es sehr gut, dass Länder und Bund wahnsinnig viel Geld in die Hand nehmen, um mit Wirtschaftshilfen zu helfen. Ich will mich auch an dieser Stelle bei unserem Wirtschafts- und dem Finanzminister bedanken, die in unendlich viel Schalten sind, um dafür zu sorgen, dass diese Wirtschaftshilfen gut und praktisch bei uns im Land ankommen.

Ich will ganz deutlich sagen, dass es uns nicht zufriedenstellt, dass die Unternehmen insbesondere noch nicht mal die November- und Dezemberhilfe auf ihrem Konto haben. Da muss der Bund sich wirklich stärker ins Zeug legen, bei allen Schwierigkeiten, die man versteht, aber wenn schon Unternehmen und Unternehmer hier wirtschaftlich einen hohen Preis zahlen, müssen Wirtschaftshilfen auch zügig ankommen.

Wir haben außerdem darüber gesprochen, dass die Branchen, die jetzt wieder von Schließungen betroffen sind, weitere Wirtschaftshilfen brauchen. Der Bund hat zugesagt, die Bedingungen für die Überbrückungshilfen zu verbessern und insbesondere die monatlichen Zuschüsse zu den Fixkosten zu erhöhen, auf maximal 500.000 Euro. Und es wird auch hier Abschlagszahlungen geben, ähnlich wie bei den November- und Dezemberhilfen. Und was unser Land beitragen kann, tun wir, und dazu hat der Landtag in der letzten Woche den Nachtragshaushalt verabschiedet. Und ich glaube, diese

Situation von Herbst und Winter zeigt, dass es klug war, dass wir bereits im Sommer ein Winterwirtschaftsprogramm vorbereitet haben.

Ich will ganz klar sagen, dass weiter Ziel der Landesregierung ist, dass wir unsere Unternehmen und die Beschäftigten weiter unterstützen. Wir müssen alles dafür tun, den wirtschaftlichen Schaden so gering wie möglich zu halten, und deshalb stehen wir mit unseren Wirtschaftshilfen, mit dem Kurzarbeitergeld, mit der Neustartprämie an der Seite der Unternehmerinnen und Unternehmer und an der Seite der Beschäftigten, die jetzt in eine schwierige Zeit gehen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Und deshalb will ich auch an der Stelle an alle appellieren, umso besser wir jetzt die Maßnahmen einhalten, und das ist Abstand, das ist Maske, das ist so gering wie möglich die Kontakte halten, umso schneller kommen wir aus diesem Shutdown wieder raus. Wenn er länger geht, dann trifft es unsere Kinder in Kitas und Schulen, dann trifft es aber vor allem die Wirtschaft und die Arbeitsplätze. Und deshalb hat jeder Bürger eine Verantwortung, sich jetzt an die Regeln zu halten. Ich weiß, dass das die meisten Bürgerinnen und Bürger tun. Aber es gibt eben immer noch wieder Einzelfälle, was wir an Ausbruchsgeschehen vor Ort sehen, wo eben Regeln nicht eingehalten werden. Ich will ganz klar sagen, das ist inakzeptabel.

Jeder und jede hat jetzt Verantwortung und es ist inakzeptabel, dass es immer noch politisch Verantwortliche gibt, die die Gefahr von Corona leugnen, die sagen, diese Maßnahmen wären nicht notwendig, denn wenn wir jetzt diese Maßnahmen nicht klar und konsequent ergreifen, dann ist die Gesundheit der Bevölkerung, die Überlastung unserer Pfleger und Mediziner und vor allem der Zustand der Wirtschaft massiv bedroht, und deshalb geht es darum, jetzt die Maßnahmen streng durchzuziehen. Alle müssen sich daran halten, umso besser kommen wir wieder aus diesem Shutdown heraus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Franz-Robert Liskow, CDU)

Deshalb will ich auch noch einmal deutlich sagen, dass Mecklenburg-Vorpommern weiter als andere Länder geht, gerade was Mobilität angeht. Ich halte es für einen Fehler, dass die Mobilitätsfrage deutschlandweit immer in den Hintergrund rückt. Es wird mehr an Kitas und Schulen gezerrt, als sich dem zu stellen, dass es auch eine Schwierigkeit ist, wenn alle quer durch die Republik reisen, gerade an Weihnachten. Und deshalb gilt für Mecklenburg-Vorpommern weiter, dass es strenge Einreiseregeln gibt. Das betrifft nicht nur die Situation Mecklenburg-Vorpommern/Polen, sondern auch die Situation in allen anderen Bundesländern.

Es bleibt dabei, auch in diesen nächsten Wochen können neben den dienstlich/beruflich notwendigen Reisen private Reisen nur möglich sein im Rahmen der Kernfamilie. Also die Kinder, die Eltern können herkommen, aber eben leider nicht die Freunde oder Freundinnen, und umgedreht wird auch gelten, dass die Bewohner von Mecklenburg-Vorpommern, wenn sie Reisen auch in andere Bundesländer, die Risikogebiet sind – und das sind jetzt alle –, unternehmen, hinterher in Quarantäne müssen. Das gilt nicht, wenn man die Kernfamilie be-

sucht, also zum Beispiel die Eltern oder die Kinder, aber das gilt, wenn man meint, dass man durch die Gegend fahren muss, um zum Beispiel mit Freunden Silvester zusammenzukommen. Wir müssen, wir können nicht nur streng in der Einreise sein, wir müssen auch streng sein in der Quarantäne, wenn wir reisen. Deshalb rate ich dazu, maximal Reisen im Rahmen der Kernfamilie zu machen, aber nicht mehr. Wir müssen jetzt darauf verzichten, dass wir selber im Land wieder schnell rauskommen, denn wir haben gesehen, dass auch das Reisen von Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern in andere Risikogebiete, sei es Ausland oder Inland, die zurückkommen, den Virus weiter eintragen, und deshalb müssen wir auch an dieser Stelle streng sein.

Ich weiß deshalb, dass die Beschlüsse vom Sonntag harte Einschnitte sind, und es sind schwierige Entscheidungen in einer schwierigsten Situation. Und es ist für unser Land die schwierigste Situation. Alle kennen die Kurve. Die Zahlen, die wir im Frühjahr hatten, sind weit entfernt von den Zahlen, die wir jetzt haben. Und wir müssen auch von den anderen Bundesländern lernen, wenn wir zu lange warten mit strengen Maßnahmen, dann kommt die Situation außer Kontrolle. Und deshalb bitte ich alle um Rücksicht, darum, Abstand zu halten, den Mund-Nasen-Schutz zu tragen. Viele tun das mit einer großen Disziplin, vor der ich großen Respekt habe und für die wir als Landesregierung sehr dankbar sind.

Und deshalb will ich auch deutlich machen, dass, wenn wir über Wirtschaftshilfen reden, wir allen Bereichen helfen, die in Schwierigkeiten sind, nicht nur dem Einzelhandel, der Gastronomie und den Hotels, sondern auch großen Unternehmen. Und das wird heute auch hier noch mal Tagesordnungspunkt sein, das Thema Werften. So, wie wir den Tourismus und den Einzelhandel, die Kultur unterstützen, so unterstützen wir auch unsere industriellen Kerne. Und insbesondere unsere MV WERFTEN sind in der Corona-Pandemie in schwere Fahrwasser geraten, weil ihr Markt, der Kreuzfahrttourismus, fast vollständig zum Erliegen gekommen ist.

Und deshalb bin ich sehr dankbar, dass wir auch eine Sondersitzung hier im Landtag im Juni hatten, in der es eine sehr breite Mehrheit gab, die sich hinter die Werften und ihre Beschäftigten gestellt hat. Unsere Idee war damals, die MV WERFTEN unter den Schutzschirm des Bundes zu bringen und so die Fertigstellung der Aufträge der Werft zu ermöglichen. Die Genting-Gruppe hat uns nun darüber informiert, dass ihre ursprünglichen Pläne aufgrund der Entwicklung des Kreuzfahrtmarktes momentan nicht haltbar sind. Das Unternehmen sieht sich derzeit nicht in der Lage, weitere Schiffe als die, die wir bisher bauen, in Auftrag zu geben.

Unser gemeinsames Ziel kann es unter diesen Bedingungen nur sein, gemeinsam mit dem Bund und vor allem auch mit dem Eigentümer, der hier ganz eindeutig in der Pflicht ist, die Fertigstellung der momentan im Bau befindlichen Schiffe sicherzustellen, auch um Zeit zu gewinnen, damit die Branche sich erholen kann. Die Landesregierung hat dazu am heutigen Morgen einen Antrag in den Finanzausschuss eingebracht, und ich freue mich sehr, dass er die dort notwendige Unterstützung bekommen hat. Wir halten es für sinnvoll, auch hier im Plenum des Landtags noch zu debattieren und eine gemeinsame Entscheidung zu treffen. Der Wirtschaftsminister und auch der Finanzminister werden Sie dazu gleich noch ausführlich informieren. Es kann sicherlich in

diesen Zeiten keine bedingungslosen Garantien geben, das können wir für niemanden versprechen, aber klar ist, die Landesregierung steht weiter hinter den Werften und hinter ihren Beschäftigten. Wir werden weiterhin alles dafür tun, was rechtlich möglich und finanziell verantwortbar ist, um Mecklenburg-Vorpommern als Schiffbauort und möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, wie geht es weiter? Es sind alles ziemlich schwierige Nachrichten in einer Sondersitzung so kurz vor Weihnachten. Ich bin und bleibe trotzdem zuversichtlich. Wir haben spätestens ab Anfang nächsten Jahres den Impfstoff zur Verfügung. Es gibt Debatten, ob es so viel gibt wie eigentlich versprochen. Ich hoffe, dass das, was versprochen wurde, auch eingehalten wird. Wir erwarten den Impfstoff, wir sind aufgestellt mit den Impfzentren im Land, und ja, der Impfstoff wird der Weg aus der Pandemie sein, denn wenn es uns gelingt, zum Beispiel als Erstes gerade die älteren Menschen, die Leute in der Pflege und Gesundheit, die es möchten, mit dem Impfstoff abzusichern, dann sind zum Beispiel Pflegeheime schon wieder viel besser geschützt. Und so wollen wir uns Stück für Stück da rausarbeiten.

Ich hätte es sehr schwierig gefunden, gebe ich ehrlich zu, wenn wir heute hier stehen würden und uns die Wissenschaftler, was ja auch hätte passieren können, sagen, wir sind noch nicht so weit. Aber es ist eine gute Nachricht, dass Impfstoffe in der Zulassung sind, und in dem Impfstoff liegt nicht das ganze Heil, aber da liegt unser Ausweg aus dieser Pandemie. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass, wenn wir uns jetzt anstrengen, die Infektionswelle zu stoppen, wieder in den Zahlen runterzukommen, und im nächsten Jahr gleichzeitig mit dem Impfen beginnen können, dass wir uns Stück für Stück aus dieser Pandemie befreien.

Wir haben es bisher als Bundesland bewiesen, dass wir mit klaren Maßnahmen, klaren Regeln, einer großen Mitmachbereitschaft der Bevölkerung, dass wir bisher durch diese Pandemie gut durchkommen. Jetzt geht es darum, auch noch sozusagen das ganze letzte Stück zu schaffen. Das liegt gerade wie ein großer Berg vor uns, so ist es auch, aber es ist nicht so, dass wir es nicht schaffen können. Ich bin fest davon überzeugt, dass es uns gelingt, aus dieser Pandemie rauszukommen, dass es uns gelingt, diesen Dreiklang, die Gesundheit der Bevölkerung, die wirtschaftliche Situation, aber auch den Zusammenhalt, weiter zu schützen, und in diesem Sinne bitte ich Sie als Parlament um Unterstützung, und ich bitte vor allem die Bürgerinnen und Bürger um Unterstützung und weiteres Durchhaltevermögen. Trotz schwieriger Nachrichten zum Ende des Jahres bleibe ich zuversichtlich, dass 2021 für Mecklenburg-Vorpommern ein Jahr wird, wo wir uns aus dieser Pandemie Stück für Stück gut befreien können. – Vielen Dank!

(lang anhaltender Beifall vonseiten  
der Fraktionen der SPD und CDU)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen herzlichen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

Die Ministerpräsidentin hat ihre angemeldete Redezeit um drei Minuten überschritten.

Gemäß Paragraph 84 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung beträgt die Aussprachezeit nach einer Regierungserklärung 155 Minuten. Außerdem hat der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe eine Rede mit einer Dauer von 3 Minuten angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

**Nikolaus Kramer,** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute!

Frau Ministerpräsidentin, am 29. Oktober, da teilten Sie uns mit in Ihrer Regierungserklärung: Die zweite Corona-Welle erwischt uns in ganz Europa, in ganz Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern „mit voller Wucht“. Wir brauchen jetzt eine gemeinsame „nationale Kraftanstrengung“, wir brauchen „einen Wellenbrecher“. Am 27. November, vier Wochen später, meldeten Sie voller Zuversicht: „Die Welle ist gebrochen, die Ansteckungszahlen steigen nicht mehr ungebremst.“ Die Menschen merken, dass die Landesregierung alles dafür tut, „die Balance zu halten“,

(Thomas Krüger, SPD: So war das da ja auch.)

die Gesundheit ebenso zu schützen wie die Wirtschaft und die Arbeitsplätze, den sozialen Zusammenhalt und einen möglichst normalen Alltag für alle. „Für Mecklenburg-Vorpommern kann ich ... sagen, ... Schulen sind kein Ort des unkontrollierten Infektionsgeschehens.“ Die Hygienekonzepte sind gut und wirksam.

Sie gingen damals davon aus, dass die neuen Regeln bis zum 20. Dezember gelten und viel dafür spräche, dass sie in den Januar hinein verlängert werden müssten. Für die Weihnachtszeit würden die Einschränkungen jedoch gelockert. Alle würden ja gerade in diesen Tagen der Ruhe und der Besinnlichkeit bedürfen, um wieder aufzutanken. Am 9. Dezember warnten Sie dann auf dramatische Weise, Mecklenburg-Vorpommern bekäme die zweite Welle heftig ab. Sie rolle von allen Seiten und schلüge von Brandenburg, von Polen und Schleswig-Holstein in unser Bundesland hinein.

(Thomas Krüger, SPD:  
Na, das ist doch richtig, oder?)

Hauptursache dafür wäre die Mobilität. Sie versäumten es nicht, in bewährter Weise uns, die AfD, dafür zu rüffeln und uns zu unterstellen, wir wären für die Verschlechterung verantwortlich und hätten Infizierte und sogar Tote auf dem Gewissen. Frau Schwesig, es ist aber genau Ihre Politik, die dazu führte, dass trotz der zuletzt beschlossenen Maßnahmen Hunderte Bürger vulnerablen Alters sich infizierten. Boris Palmer,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD –  
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Boris Palmer stellte richtig fest ...

Herr Krüger, dann haben Sie in meiner Erwiderung auf die letzte Regierungserklärung einfach nicht zugehört. Da habe ich ein 6-Punkte-Programm vorgestellt. Wenn Sie nicht ständig dazwischenrufen würden, wenn Sie einfach mal zuhören würden,

(Thomas Krüger, SPD:  
Das mache ich sehr aufmerksam.)

verstehen würden und sich mit uns ins Benehmen setzen würden, dann würden Sie wissen, was wir vorschlagen, und ich werde diesen 6-Punkte-Plan auch jetzt noch mal wieder vorstellen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Thomas Krüger, SPD: Ich habe den  
Antrag gelesen. Das reicht mir.)

Boris Palmer stellte richtig fest, ich zitiere: „Das Risiko, an Corona zu sterben, ist für über 80-Jährige rund 500-mal größer als für unter 40-Jährige. Es sind mehr Hundertjährige an Corona gestorben als unter 40-Jährige.“ Allein diese traurige Tatsache deutet ja dringend auf erforderliche differenzierte Handhabung hin. Bislang wurde auf allzu gefährliche Weise improvisiert. Zuerst der November-Lockdown, als Lockdown light oder Teillockdown, dann dessen Verlängerung bis 20. Dezember und dabei die frohe Botschaft, zu Weihnachten würde gelockert, was Bundesland für Bundesland dann jedoch wieder zurücknahm. Am 2. Dezember die Teillockdownverlängerung bis 10. Januar und die Festsetzung der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz auf den 4. Januar. Eine Woche später schließlich Söders Offensive, schärfere Corona-Maßnahmen für sein Bundesland und gleichzeitig einen harten Lockdown für Deutschland zu fordern.

Genau dieses Auf und Ab, meine Damen und Herren, dieses Hin und Her schaukelte die Infektionszahlen hoch. Es fehlte Ihnen eine konsistente Strategie für den Marathon,

(Unruhe bei Thomas Krüger, SPD)

von dem wir sprachen, schon im November, um die Situation zu verdeutlichen. Wir wollten wöchentlich wechselnde Beschlüsse, Teillockdown, Wellenbrecherlockdown, Lockdown light und das kurzatmige Benennen neuer Daten eben gerade vermeiden. Erst die Strategie, dann die Taktik! So ist das eben, wenn man gegen einen starken Gegner zu kämpfen hat.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Wir forderten schon vor dem Herbst, der Sommer müsse genutzt werden,

(Julian Barlen, SPD: Wen meinen  
Sie damit? Sich selbst?)

um Vorbereitungen zu treffen, die unsere Bürger, unsere Wirtschaft und die Kultur sichern. Nur sprachen wir uns eben gegen pauschale Maßnahmen aus,

(Julian Barlen, SPD: Die AfD wollte  
so ein Programm wie in Schweden.)

setzten auf Freiheit statt Zwang, Herr Barlen,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

auf Freiheit statt Zwang. Herr Barlen, im letzten Plenum haben Sie uns vorgeworfen, wir würden hier die Totenscheine ausstellen. Herr Barlen, Ihre Politik ist es! Ihre Funpark...,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –  
Julian Barlen, SPD: Sie wollten am Anfang  
alles so machen wie in Schweden!)

Ihre linke Funpark-Politik ist es,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

die Totenscheine für die Wirtschaft ausstellt, Herr Barlen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

So und nicht anders, das ist es! Mut zur Wahrheit! Machen Sie endlich mal den Rücken gerade, dass Sie auf voller Linie versagt haben, ob das in der Corona-Pandemie ist oder ob das bei den Werften ist, Herr Barlen! So sieht es nämlich aus! Sie stellen die Totenscheine aus für unser Land!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Thomas Krüger, SPD: Sie haben  
die Abschaffung der Masken-  
pflicht gefordert.)

Wir haben schon vor dem Herbst gefordert, der Sommer müsse genutzt werden,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wissen  
Sie überhaupt noch, was Sie wollen?!)

um Vorbereitungen zu treffen,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD –  
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE –  
Glocke der Präsidentin)

die unsere Bürger und unsere Wirtschaft ...

**Präsidentin Birgit Hesse:** Einen, einen Moment bitte, Herr Kramer!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind bei einem wichtigen Thema, Corona. Ich würde Sie bitten, jetzt die Stimmen etwas zu mäßigen.

Bitte, Herr Kramer, Sie haben wieder das Wort.

**Nikolaus Kramer,** AfD: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin!

Nur sprachen wir uns eben, wie schon erwähnt, gegen pauschale Maßnahmen aus. Wir setzen auf Freiheit statt Zwang, indem wir einen 6-Punkte-Plan vorschlugen, Herr Krüger. Und jetzt noch mal für Sie zum Mitschreiben, wenn Sie das wollen:

1. genaue temporäre und lokale Maßnahmen
2. Schutz von Risikogruppen, FFP2-Masken und Schnelltests
3. Erstellung eines Impfplans mit Priorisierung für vulnerable Gruppen
4. Abkehr von der Kontaktnachverfolgung, Hinnehmen der sogenannten Dunkelziffer, Beschränkung der Maßnahmen auf Superspreader und Risikogruppen, Hygienekonzepte und Teilstrategien statt genereller Schließung

5. ein einheitlicher Corona-Radar, der erkennen lässt, in welchen Gemeinden es entzündlich wird und wo Krankenhäuser Kapazitätsprobleme bekommen, und zu guter Letzt
6. Eigenverantwortung im Sinne freiwilliger Vorsicht und Achtsamkeit statt der Verordnung von Strafen, unter anderem das Organisieren von, zum Beispiel das Organisieren von Einkaufshilfen

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben eben die Zahlen selbst genannt. Die Auswertung erfolgt, die Ansteckung erfolgt zum größten Teil in Pflegeheimen und im privaten Raum. Und umso unverständlicher ist es für meine Fraktion, dass dieser harte Lockdown mal wieder die Schulen, die Kitas und das Hotel- und Gastrogewerbe trifft sowie den Einzelhandel,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

also alle, die unwahrscheinlich viel Geld und unwahrscheinlich viel Mühen da hineingesteckt haben, um diese Ansteckungen zu verhindern. All die werden jetzt wieder ganz hart vors Schienbein getreten und all die müssen um ihre Existenz bangen.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Und da sind es nicht nur, wie wir es nachher diskutieren werden, irgendwie 2.800 Mitarbeiter auf den Werften, wo es um jeden Arbeitsplatz schade ist – aber da werde ich nachher auch noch was dazu sagen –, da geht es nicht nur um die Zulieferbetriebe, da geht es hier

(Thomas Krüger, SPD:  
Na Sie wollten doch auch schon vor Monaten dichtmachen.)

um Hunderttausende, Hunderttausende, die hier in Kurzarbeit stehen, die hier ihre Arbeitsplätze verlieren, Herr Krüger,

(Thomas Krüger, SPD: Das ist doch Ihre Fraktion, die die Hilfe verweigern wollte.)

die hier ihre Existenz verlieren durch die Maßnahmen, die durch Sie und Ihre Kollegen hier beschlossen worden sind. Darum geht es!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie haben jegliches Maß bei allen Ihren Maßnahmen, bei allen Ihren Entscheidungen und auch bei allen Ihren Anträgen haben Sie jegliches Maß verloren, Herr Krüger,

(Thomas Krüger, SPD:  
Das war die AfD, die damals die Hilfe verweigert hat, als einzige Fraktion.)

und das ist das Schlimme, und das wird unser Land, das wird unser Land in den Ruin treiben, anstatt sich endlich mal geradezumachen und anzuerkennen, dass wir hier in einer schwierigen Situation leben, in der wir nur gemeinsam durchkommen können, und anstatt hier rumzublöken und sich irgendwie vorzuwerfen, wer hier irgendwelche Totenscheine ausstellt. So sieht es doch nämlich aus!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir bleiben dabei, diese Maßnahmen hätten Wirkung gezeigt, unter anderem eben in der Weise, dass auf Usedom kein Nagelstudio schließen muss, wenn im Schweriner Helios-Klinikum drei Corona-Patienten behandelt werden. In jedem Fall haben wir uns weiter darauf einzustellen, mit diesem Virus zu leben. Wir können deswegen aber nicht fortlaufend und immer wieder neu Wirtschaft und Handel abschalten und wieder hochfahren, Kultur und Kunst veröden lassen und die Schulen dichtmachen. Immer neu werden wir zu prüfen haben, mit welchen genauen Maßnahmen wir unserer Verantwortung für die Menschen, für deren Bedürfnisse und für die endlich fortzusetzende Wertschöpfung gerecht werden.

Es ist eine allzu trügerische Hoffnung zu meinen, ab einem gewissen Datum wäre die Welt wieder coronafrei und in Ordnung, alles wäre cool. Nein, wir müssen reagieren, aber wir müssen wirksam und genau reagieren, und wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, mit den Menschen gleich noch die ganze Welt im Sinne der Gerechtigkeit heilen zu können. DIE LINKE, quasi hier die dritte Koalitionspartei in diesem Hause, kennt schon ohne Pandemie keine andere Idee mehr, als laufend mehr Mittel zu fordern, um das Land vor dem Hintergrund der Seuche doch noch sozialistischer zu gestalten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Was ist denn das für ein Schwachsinn?! So ein Schwachsinn! –  
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das Virus ist mittlerweile nicht mehr die einzige Gefahr.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und ich dachte, es ist Glühweinverbot. Das habe ich immer gedacht.)

Ich habe es vor zwei Wochen auch schon gesagt: Ja, ich mache mir Sorgen, ja, meine Fraktion macht sich Sorgen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hat man ja gesehen. Das hat man ja gesehen.)

ja, meine Partei macht sich Sorgen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ha, ha! –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Sorgenvolle Mienen vor dem Schloss.)

Wir machen uns aber nicht nur Sorgen um diese Ausbreitung der Pandemie und des Virus, sondern wir machen uns Sorgen um die Wirtschaft, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den Sie durch Ihre Maßnahmen hier immer weiter auseinanderdriften lassen. Hinzugekommen sind nämlich die Überschuldung und das Risiko, die Finanzhoheit über unsere Angelegenheiten zu verlieren.

(Thomas Krüger, SPD: Wir haben keine Überschuldung! Das ist falsch.)

Wenn schon, wenn schon Europa sagt, Deutschland, ihr könnt nicht weiter so mit euren Hilfen umherschleudern, ihr macht mehr als alle anderen Länder, das weckt Begehrlichkeiten, da sehen wir doch, dass wir unsere eigene Souveränität schon längst an die Europäische Union abgegeben haben.

(Tilo Gundlack, SPD: Was erzählt er da für einen Quatsch?!)

Und auch dafür tragen Sie mit diesem geschaffenen Sondervermögen, das nur zum Teil in einem bedingten Zusammenhang mit der Pandemie steht, die Verantwortung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Liebe Bürger von Mecklenburg-Vorpommern, es ist an der Zeit, den blinden Corona-Aktionismus der Landesregierung zu beenden.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
So ein gequirfter Quark!)

Wir brauchen einen langfristigen Plan, der zuerst die gefährdeten Gruppen schützt und Wirtschaft, Kultur und Bildung wieder Luft zum Atmen gibt. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arpe, fraktionslos)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einen Hinweis: Ich bitte darum, in den Reden auch den parlamentarischen Sprachgebrauch, den auch entsprechend anzuwenden. Dazu zähle ich nicht Worte wie „rumzublöken“ oder „Totenscheine auszustellen“. Ich bitte das einfach zukünftig zu berücksichtigen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –  
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Er wird ja noch Herrn Barlen  
zitieren dürfen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war ein gut gemeinter Hinweis. Insofern bitte ich, den einfach auch zu berücksichtigen. Bei allem Verständnis für eine hitzige Debatte ist es meine Aufgabe, ein Stück weit auch zu gewährleisten, dass wir uns hier im parlamentarischen Sprachgebrauch bewegen.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Franz-Robert Liskow.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

**Franz-Robert Liskow,** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es vorwegzusagen, wenn ich vor acht Wochen gefragt worden wäre, ob ich davon ausgehe, dass wir Mitte Dezember im Landtag erneut über erhebliche Grundrechtseinschränkungen beraten müssen, hätte ich das wohl verneint, ebenso, wie ich noch im Februar verneint hätte, ob ich es für vorstellbar halte, dass wegen eines Virus über einen längeren Zeitraum Gaststätten oder Friseure schließen müssen.

Wir alle fahren bei der Pandemie bis zu einem gewissen Grad auf Sicht, und auf diesen Umstand werde ich in meiner Rede noch detailliert zu sprechen kommen. Als vor sechs Wochen Bund und Länder einen Lockdown light beschlossen haben, da wurde dies unter der Maßgabe getan, man könne Anfang Dezember wieder lockern. So war es eigentlich mal geplant und darauf ha-

ben sich viele Menschen eingerichtet. Die etwas Pessimistischeren waren sich damals schon sicher, dass die getroffenen Maßnahmen deutlich länger in Kraft bleiben müssen. Die sehr Pessimistischen, zu denen allem Anschein nach auch die Kanzlerin zählte, hatten damals wohl bereits das Gefühl, dass ein deutlich härterer Lockdown die richtige Maßnahme gewesen wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe keine Lust, darüber zu diskutieren, was man wie hätte machen müssen, können oder sollen. Hinterher ist man immer schlauer, und das gilt insbesondere in der Pandemie, deren Verlauf sich nur schlecht vorhersagen lässt. Deswegen bringt es auch nichts, mit dem Finger aufeinander zu zeigen und herausfinden zu wollen, wer woran eigentlich die Schuld trägt. Es wäre schön, wenn wir uns hier alle darauf einigen könnten: Wir leben in einer Pandemie, und die Schuld daran trägt ein Virus.

Ich stelle fest, dass sich dieses Virus weder aus Mecklenburg-Vorpommern aussperren lässt, noch lässt es sich davon beeindrucken, dass die Inzidenz in unserem dünn besiedelten, gut durchlüfteten Bundesland über lange Zeit ziemlich niedrig war. Ich stelle ferner fest, dass die Inzidenz in Mecklenburg-Vorpommern inzwischen fast auf dem Niveau von Niedersachsen liegt und dass wir uns mit großen Schritten dem deutschen Durchschnitt nähern. Das ist eine durchaus erwartbare Entwicklung, ebenso, wie erwartbar war, dass im Herbst beziehungsweise Winter die Zahl der Atemwegsinfektionen eher steigt. Und der Grund für solche Infektionen ist zu einem ganz wesentlichen Grad, dass sich die Menschen aufgrund der Witterung und der kürzer werdenden Tage vermehrt in geschlossenen Räumen aufhalten, in denen Aerosole sehr gute Verbreitungsbedingungen vorfinden.

Das bedeutet nicht, dass man politisch eh nichts gegen die Ausbreitung des Virus tun kann, ganz gewiss nicht, aber die Wirksamkeit politischer Maßnahmen exakt vorhersagen zu können, ist schwierig und hängt von sehr vielen Faktoren ab. Nach meinem Empfinden haben Bund und Länder zu jedem Zeitpunkt mit sehr großer Verantwortung gehandelt. Es wurde politisch immer ziemlich genau das gemacht, was in der Gesamtschau für vernünftig gehalten wurde, und nichts anderes dürfen die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten.

Wenn es einen politischen Fehler gab, dann, dass mancher mitunter den Eindruck erweckt hat, es gäbe Orte in Deutschland, in denen Menschen mehr dafür tun, dass sich das Virus fernhält. Heute sind wir alle klüger. Bund und Länder haben sich am Wochenende auf eine Verschärfung des Lockdowns geeinigt, und das ist in der gegenwärtigen Situation der absolut richtige Schritt. Die Maßnahmen, die vereinbart wurden, gelten zunächst einmal bis 10. Januar und bedeuten für uns alle erhebliche Einschränkungen, die denen im Frühjahr ähneln. Sie bedeuten für viele Gewerbetreibende erhebliche finanzielle Einbußen und für viele Menschen einen harten Eingriff in ihr soziales Leben.

Die Eingriffe in die wirtschaftliche Betätigung bekommen wir durch finanzielle Hilfen halbwegs abgefedert. Der Eingriff in das soziale Leben der Menschen ist dagegen finanziell nicht auszugleichen. Es gibt Einschränkungen, die gerade an Weihnachten eine erhebliche Belastung für uns alle darstellen, und doch sind diese Einschränkungen notwendig. Der Verzicht auf Einschränkungen hat

Infektionen zur Folge, die zwar in der Regel milde verlaufen können, vielfach verlaufen die Infektionen aber auch schwer und manche führen sogar zum Tode.

Das Weihnachtsfest ist neben dem Osterfest und dem Pfingstfest das wichtigste Fest im Kalender der Christen weltweit. Ich bin kein Theologe und der Landtag ist keine Kirche, trotzdem, das diesjährige Weihnachtsfest wird ein stilleres Fest werden. Dass wir auf sehr vieles verzichten müssen, was das Weihnachtsfest traditionell ausmacht, wird uns alle auf eine harte Probe stellen. Es führt aber kein Weg daran vorbei. Ignoranz und allzu große Sorglosigkeit können in diesem Jahr im wahrsten Sinne des Wortes tödlich sein. Wenn wir in diesem Jahr nicht maßhalten wollen, werden wir mit vielen Menschen, die unsere Liebsten sind, das kommende Weihnachtsfest nicht mehr feiern können. Das muss jedem bewusst sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotzdem, wir stehen der Pandemie nicht hilflos gegenüber. Die Marschroute, auf die sich Bund und Länder geeinigt haben, wird ihre Wirkung entfalten, vielleicht nicht sofort, vielleicht auch nicht in dem Maße, wie es sich mancher erhofft. Trotzdem sollte klar sein, dass der verschärfte Lockdown definitiv eine Bremsung des Infektionsgeschehens zur Folge haben wird. Eine Langfristlösung kann das aber nicht sein und die langfristige Lösung kann nur in einer schrittweisen Immunität gegen das Virus liegen. Während viele im Sommer noch befürchtet haben, es könne sehr lange dauern, bis ein Impfstoff vorliegt, lautet die gute Nachricht dieser Tage, der Impfstoff ist da, er muss in der EU lediglich noch die letzten Zulassungshürden nehmen. In Großbritannien und den USA wird er bereits genutzt.

Erstaunlicherweise sind momentan genau diejenigen Menschen, die die Gefahr des Virus systematisch versucht haben herunterzuspielen, auch diejenigen, die systematisch Unwahrheiten über den Impfstoff verbreiten. Mir ist bewusst, dass diese Landtagssitzung vielleicht weniger Aufmerksamkeit erfährt, als sie es verdient hätte, trotzdem sei an dieser Stelle gesagt, ausnahmslos jeder Impfstoff hat Nebenwirkungen, auch der Impfstoff gegen Covid-19 hat Nebenwirkungen,

(Zuruf aus dem Plenum: So ist es.)

und trotzdem sind die Nebenwirkungen seltener und vor allem milder als die Folgen einer Infektion mit dem Virus.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Und natürlich gibt es mit einem Impfstoff gegen ein neuartiges Virus keine Langzeiterfahrung. Wer Langzeittests wünscht, der spricht sich gleichzeitig für einen jahrelangen Lockdown aus und ignoriert, dass der Impfstoff nach höchsten wissenschaftlichen Standards geprüft wurde.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wer Menschen erzählt, nicht das Virus sei die Gefahr, sondern der Impfstoff, der macht sich mitschuldig am Tod vieler Menschen. Das muss jedem klar sein, der im Bekanntenkreis ungeprüft Falschmeldungen verbreitet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, niemand von uns weiß, wie die Pandemie weiter verlaufen wird, und

trotzdem sind wir nicht hilflos. Die Kontaktbeschränkungen helfen, das Virus einzudämmen, die finanziellen Programme helfen, die Folgen der Kontaktbeschränkungen einzudämmen, und der Impfstoff hilft, uns langfristig gegen das Virus zu wappnen. Es gibt aus meiner Sicht keinen besseren Ansatz, um mit dieser Heimsuchung fertigzuwerden, die Covid-19 für uns alle darstellt. Vertrauen wir darauf, dass dieser Ansatz funktioniert! Verzichten wir darauf, die evidenzbasierte Medizin durch Meldungen aus fragwürdigen Quellen in Zweifel zu ziehen, und verzichten wir auf persönliche Profilierungsversuche! Dann spricht hoffentlich sehr vieles dafür, dass wir im kommenden Jahr ein Osterfest feiern, wie es unter Christen gute Tradition ist. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

**Simone Oldenburg, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Und wir haben gedacht, wir hätten es im Griff. Wir haben wirklich geglaubt, dass wir ziemlich glimpflich davonkommen werden, aber nun sind wir heute wieder hier, diskutieren neue, weitreichendere Maßnahmen für ein komplettes Herunterfahren unseres Lebens: Schließung des Einzelhandels, Aufhebung der Präsenzpflicht an den Schulen, Tests in Alten- und Pflegeheimen sowie in Krankenhäusern, weniger Kontakte, keine Gaststättenbesuche, keine Konzerte, kein Theater, kein Kino, kein öffentliches Leben.

Das alles tut weh. Niemanden aus den Fraktionen der Vernünftigen fällt auch nur eine einzige Einschränkung leicht. Eigentlich wollten wir in einer Sondersitzung Lockerungen verkünden, wir wollten wieder mehr Leben zulassen. Aber was machen wir stattdessen? Wir würgen große Teile des Lebens ab. In den ersten beiden Novemberwochen habe ich wirklich geglaubt, dass der sogenannte Teillockdown erfolgreich sein würde. Aber nach den 14 Tagen war klar, wir haben Corona nicht so im Griff wie im Frühjahr, Corona hat uns im Griff.

Deshalb muss auch die Frage diskutiert werden, ob diese neuen Beschränkungen zu spät kommen. Was nützen sie jetzt noch? Heute hü, morgen hott. Hätte man früher handeln müssen? Ja, hätte man! Hätte man, wenn wir gewusst hätten, dass Wissenschaftler auch mal irren. Hätte man, wenn unsere Hoffnungen kleiner gewesen wären und wenn wir nicht aus dem Frühjahr die Erfahrung gemacht hätten, wie grauenvoll ein Lockdown ist. Wir wissen, dass der erste Lockdown vieles niedergewalzt hat. Deshalb haben wir alles versucht, damit sich diese Dramatik nicht wiederholt.

Sehr geehrte Damen und Herren, seien wir mal ehrlich: Im März haben wir doch nur so schnell und auch konsequent gehandelt, weil wir nicht von dem Ausmaß gewusst haben, dass Corona Familien kaputt macht und Existenzen zerstört. Wir haben nicht vermutet, dass das Virus so hartnäckig, heimtückisch und unberechenbar ist. Wir haben nicht geahnt, dass Corona Strukturen, Kontakte und lieb gewonnene Alltäglichkeiten auslöscht. All diese Erfahrungen haben dazu beigetragen, jetzt eben zögerlicher, vorsichtiger und behutsamer zu handeln, und das

ist nun auch wieder nicht richtig. Nun haben wir nur noch die Wahl, unser Leben rigoros einzuschränken, bevor es uns komplett einschränkt und uns lahmlegt. Noch haben wir den Hauch einer Chance zu reagieren, obwohl uns das Virus treibt und jagt. Es ist ein Wettlauf, bei dem wir unseren Vorsprung verloren haben. Der November-Lockdown hat kaum Wirkung gezeigt, weil er die Kontakte nicht wirkungsvoll eingedämmt hat, denn statt in den Gaststätten trafen sich die Menschen in den Möbelhäusern, statt in den Kinos saß man in den Bussen und Bahnen dicht nebeneinander und statt auf dem Weihnachtsmarkt begegnete man sich im Supermarkt.

Sehr geehrte Damen und Herren, bei allen Maßnahmen, für die wir uns mit Vernunft, aber schweren Herzens entscheiden, dürfen sich die Fehler des ersten Lockdowns nicht wiederholen,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

denn im Frühjahr waren eben nicht mehr alle Kinder und Jugendlichen gleich, sondern sie wurden nach den Berufen ihrer Eltern unterschieden, eingeteilt in Kinder mit systemrelevanten Eltern und Kinder ohne systemrelevante Eltern. Das war falsch. Alle Kinder und Jugendlichen sind gleich, und deshalb müssen sie den gleichen Zugang zu Bildung, Erziehung und Förderung haben. Die Aufhebung der Präsenzpflicht ist sehr, sehr gewagt. Sie suggeriert Freiwilligkeit, wo es keine geben sollte und keine geben dürfte. Das ist nicht richtig, aber wahrscheinlich notwendig.

Im Frühjahr wurden die Eltern zu Lehrkräften, sie mussten ihre Kinder unterrichten, weitgehend alleingelassen und ohne die fachlichen und technischen Voraussetzungen. Auch das war falsch. Eltern müssen Eltern sein und keine Hobbypädagogen. Deshalb darf der Distanzunterricht nur eine kurzzeitige Ausnahme sein. Kinder und Jugendliche haben in Deutschland eine Schulpflicht. Diese Pflicht ist an einen Ort gebunden, das ist die Schule und nicht das Zuhause. Eltern können und dürfen genauso wenig die Aufgaben von Lehrkräften übernehmen wie die Lehrer die Aufgaben der Eltern. Vielmehr muss es uns doch darum gehen, endlich in den Schulen alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, um die Kinder und Jugendlichen auch dort zu unterrichten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Beim ersten Lockdown wurden die Familien, die große Probleme hatten, sich selbst überlassen, obwohl sie Unterstützung und Hilfe des Staates benötigten. Das war falsch. Diese Eltern kamen logischerweise nicht allein zurecht. Wie denn auch?! Wenn man Hilfe benötigt, benötigt man sie immer und gerade doch in einer Krise. Im März schotteten wir die Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime ab, den Älteren und Kranken wurden Kontakte untersagt. Das war falsch. Schutz statt Abschottung muss die Richtung sein, die wir bei diesem Lockdown einschlagen, denn wir wissen, wie nötig soziale Kontakte für ein menschenwürdiges Leben sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

All diese Fehler dürfen nicht noch einmal passieren, und deshalb ist es so wichtig, die Kindergärten und Schulen eben nicht zu schließen, Unterstützungsmaßnahmen nicht zu verhindern, Kontakte in Pflegeheimen und Krankenhäusern zuzulassen.

Sehr geehrte Damen und Herren, das hier ist keine Welle, die auf uns zu schwappt, das ist eine regelrechte Flut, die uns wirklich zu überschwemmen droht, und deshalb brauchen wir einen Damm aus Maßnahmen, der uns schützt. Niemand von uns Vernünftigen schließt gerne Gaststätten, Läden, Theater und Kinos, auch wenn die AfD-Fraktion dies gerne beschwört. Ich frage mich wirklich, auch wenn ich Ihren heutigen Antrag sehe, ob die Herren der AfD auch nur ein einziges Mal nachdenken, bevor sie ihre Theorien in die Welt schmettern.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE  
und Thomas Krüger, SPD –  
Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Ihr Antrag zeigt, dass Sie eben nicht nachgedacht haben oder aber, dass Sie sich auch ganz doll angestrengt haben mögen, aber es zu nichts geführt hat. Ihr Vorhaben verkleistert den Menschen Augen und Hirn. Ganz Mecklenburg-Vorpommern ist ein Infektionsherd, und nicht nur einige Gegenden. Der erste Punkt Ihres Antrages widerspricht den beiden folgenden Punkten, ebenso, wie Sie sich ständig widersprechen. Herr Kramer, Sie stellten sich hier vor wenigen Wochen hin und beteten die Leier von „Freiheit statt Zwang“ vor.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Richtig!)

Durch Ihre verharmlosenden und die Tatsachen negierenden Einstellungen haben auch Sie dazu beigetragen, dass sich die Menschen weniger an die Auflagen gehalten haben und dadurch sich und andere weniger geschützt haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
DIE LINKE und Dietmar Eifler, CDU)

Sie sagten, dass Sie glauben, dass sich die Bürgerinnen und Bürger von ganz alleine an die Regeln halten. Man müsse das nicht kontrollieren und schon gar nicht sanktionieren. Sie sagten das, Sie, dessen Kollegen weder im Fahrstuhl noch in den Fluren des Bürogebäudes in der Puschkinstraße Masken tragen, Sie, dessen Mitarbeiter dämliche Bemerkungen machen, wenn man sie an die Pflicht des Schutzes erinnert.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)

Ich kann das auch in einem weihnachtlichen Bild zeichnen: Man hat den Anschein, dass Ihre Mitstreiter nicht alle Nadeln an der Tanne haben.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten  
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –  
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Und, Herr Kramer, nun, wo Sie merken, dass es Corona tatsächlich gibt, jammern Sie uns im „Nordkurier“ die Ohren voll. Das ist ungläubwürdig!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Solange Sie sich nicht von den Verirrten aus Ihrer Fraktion lösen, so lange weinen Sie nur Krokodilstränen. Sie schwenken nicht um, Sie marschieren weiter im Gleichschritt Ihrer Fraktion.

Sehr geehrte Damen und Herren, alle Maßnahmen, alle Einschränkungen und alle Verbote dienen unserer Ge-

sundheit. Wir wollen nicht zulassen, dass Menschen erkranken, dass sie nicht behandelt werden können, wenn sie sich infiziert haben. Wir tun nun alles, um Krankenhäuser so auszustatten, dass sie in der Lage sind, Erkrankte zu behandeln. Und es fallen keine Bemerkungen wie, das können wir uns nicht leisten, das ist zu teuer, die Behandlung eines Corona-Erkrankten sprudelt nicht genug Einnahmen in die Kassen der Krankenhausbetreiber. Niemand droht mit Schließung von Krankenhäusern oder Stationen. Warum ist das jetzt alles möglich? Warum muss eine Pandemie zu dieser Erkenntnis führen, warum nicht der Menschenverstand?

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wir müssen daraus lernen, sehr geehrte Damen und Herren, und darum ist es wichtig, dass alles, was wir jetzt tun, nicht nur für den Moment gelten darf. Wir müssen immer unsere Gesundheit ernst nehmen, nicht nur, wenn die Gefahr so erschreckend nah ist. Deshalb brauchen wir erstens eine Pandemiestrategie, zweitens brauchen wir mehr Altenpfleger, mehr Krankenpfleger, mehr Personal, und zwar dauerhaft und nicht nur für den Moment, und drittens brauchen wir Vorräte an medizinischer Ausrüstung, an Schutzmaterialien und Schutzkleidung in den Krankenhäusern. Alles in allem braucht unser Land eine Gesundheitsoffensive

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

für mehr medizinisches Fachpersonal, für anständige Arbeitsbedingungen, für Krankenhäuser, die in öffentliche Hand gehören. Das medizinische Personal und die Pflegekräfte verdienen bessere Löhne, das Klatschen muss in bare Münze umgewandelt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Liebe Einwohnerinnen, liebe Einwohner und ganz besonders liebe Kinder! Niemand von uns hat es sich leicht gemacht, Ihr und euer Leben einzuschränken. Es tut uns weh, gerade auch in einer Zeit, in der eigentlich so viel Schönes auf uns warten sollte, Zusammensein in der Familie mit Oma und Opa, mit den Tanten, mit den Onkeln, mit einer Besinnlichkeit und Nähe. Wir nehmen nichts auf die leichte Schulter, und genau darum bitten wir Sie und bitten wir euch: Achten Sie aufeinander, passt auf euch auf, damit wir uns gemeinsam auf ein neues, ein besseres, auf ein gesundes Jahr freuen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Frau Fraktionsvorsitzende, zu Ihrem Wortbeitrag ist eine Kurzintervention seitens der Fraktion der AfD angemeldet.

Bitte schön, Herr Kramer!

**Nikolaus Kramer, AfD:** Frau Präsidentin, vielen Dank!

Frau Oldenburg, ich finde es schon sehr infam, dass Sie mir persönlich unterstellen und auch der AfD insgesamt unterstellen, dass also die Verbreitung des Virus, die erhöhte Ansteckung durch mich und durch die AfD

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Dann gucken wir mal in  
den Fahrstuhl rein!)

aufgrund unserer Äußerungen zu verschulden ist, Punkt eins.

Punkt zwei ist, dass Sie quasi uns eine Kontaktschuld auferlegen, und Punkt drei, und das finde ich das Schlimmste, dass Sie unsere Mitarbeiter da mit reinziehen, die zum Teil nicht mal AfD-Mitglieder sind. Und da kommt hinzu, dass auch Sie selbst bis zu dem Tag,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Die Hausordnung gilt für  
alle in allen Liegenschaften. –  
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

dass Sie selbst, dass Sie selbst bis zu dem Tag ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen  
der AfD und DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Einen Moment! Jetzt ist ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Seit der letzten  
Woche, Herr Professor! Waren Sie  
nicht bei der Ältestenratssitzung?! –  
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Einen Moment! Jetzt ist Ruhe!

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Klare Ansage, klare Ansage der  
Präsidentin in der letzten Woche! –  
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Wenn jetzt nicht gleich Ruhe ist, dann unterbreche ich die Sitzung hier. Also das sind so Dinge, die kann man wirklich außerhalb klären. Von mir aus gehen Sie beide raus und klären, wer was wann wo gesagt hat! Wir sind jetzt ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Nein, das ist für die Öffentlichkeit  
wichtig, dass Sie schon wieder lügen! –  
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD –  
Peter Ritter, DIE LINKE:  
Letzte Woche, letzte Woche!)

So, jetzt ist das meine letzte Warnung, bevor ich hier eine Ältestenratssitzung einberufe!

(Jochen Schulte, SPD:  
Nee, nee, das gibts so nicht!)

Ich habe gesagt, jetzt ist hier Ruhe! Dazu gibt es jetzt hier keine Kommentare.

Also da sich jetzt beide hier so danebenbenommen haben, und ich glaube, dass sich quasi gerade diese Debatte nicht eignet, hier großartig mit Ordnungsrufen um sich zu werfen, verwarne ich Sie beide. Und im Falle, dass das jetzt noch mal passiert, würde ich zu Ordnungsmaßnahmen greifen, weise noch mal darauf hin, dass das hier eine Kurzintervention ist zwischen dem Fraktionsvorsitzenden der AfD, und gegenüber steht die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, und nur die beiden haben hier das Wort.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Fang doch noch mal von vorne an!)

Und wenn das jetzt klar ist, dann kann jetzt Herr Kramer weitermachen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Pass mal auf, fang mal noch  
mal von vorne an!)

und wir werden mal gucken, wie wir das mit der Uhrzeit dann so regeln, ne? Gut.

Bitte schön, Herr Kramer!

**Nikolaus Kramer**, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Ich war ja eh fast am Ende. Ich wollte nur noch darauf hinweisen, dass also auch Sie selbst nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, Mund-Nasen-Schutz zu tragen, bevor es die Hausordnung gegeben hat. Und es ist ja wie gesagt das, was Sie uns vorwerfen. Und nachdem die Hausordnung erlassen worden ist, würde ich fast behaupten, dass fast alle Mitarbeiter und auch die Abgeordneten dort in der Puschkinstraße einen Mund-Nasen-Schutz tragen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Stimmt nicht! Stimmt nicht! –  
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Möchten Sie darauf antworten, Frau Oldenburg?

**Simone Oldenburg**, DIE LINKE: Ja, selbstverständlich.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Bitte schön!

**Simone Oldenburg**, DIE LINKE: Frau Präsidentin!

Herr Kramer, Ihre drei Fragen waren jetzt auch keine unterschiedlichen, sondern sie waren alle im Inhalt, in einem Punkt laufen sie zusammen. Erstens haben wir ständig Mund-und-Nasen-Schutz getragen, auch als es noch keine,

(Zurufe vonseiten der Fraktion  
der AfD: Oh, oh, oh!)

da kommen wir nämlich zum Punkt, als es noch keine Regelung für die Puschkinstraße gab, weil wir eine Regelung für unsere Fraktion haben, weil bei uns nämlich der Gesundheitsschutz der Mitarbeiter und der Gäste an Nummer eins steht. Das schon mal dazu.

Zweitens, Herr Kramer, ist es genau das, was Sie jetzt argumentiert haben: Ihre Mitarbeiter sollen sich nach Ihrer Auskunft erst daran gehalten haben, als es sozusagen eine Regelung gegeben hat.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Sie sagen doch aber, es braucht diese Regelungen nicht, jeder schützt sich von allein, aus seinem gesunden Menschenverstand heraus. Sie haben bewiesen eben in Ihrer Intervention, dass es nicht so ist,

(Julian Barlen, SPD: Ertappt!)

dass Ihre Mitarbeiter sich nicht schützen und auch nicht andere schützen, sondern erst, wenn sie dazu den Zwang auferlegt bekommen haben, sich zu schützen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Vielen Dank, Frau Oldenburg!

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

**Holger Arppe**, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Diese neuerlichen Lockdown-Maßnahmen sind in der Tat ein Akt der Hilflosigkeit, und es ist schon wichtig, anders als der Redner der CDU es postuliert hat, zurückzuschauen und den Bürgern zu sagen, dass die Verantwortlichen in der Vergangenheit in der Tat versagt haben, ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben, denn Sie hatten ja den ganzen Sommer Zeit, Maßnahmen, Strategien, Konzepte vorzubereiten, denn es war doch eigentlich klar, dass im Herbst/Winter wie bei jeder anderen Erkältungskrankheit auch die Infektionszahlen in die Höhe gehen würden. Sie hätten also im Sommer schon die Kliniken und Spitäler darauf vorbereiten können, zum Beispiel durch mehr Intensivbetten, um dann diesem Ansturm, den Sie ja hier dauernd heraufbeschwören, Herr werden zu können, diesem allfälligen Ansturm.

Sie haben auch kein Konzept für die Wirtschaft vorzuweisen. Ihnen fällt in dieser Situation wieder nichts anderes ein als die Holzhammermethode eines kompletten Lockdowns. Und auf welcher Datenbasis eigentlich? Auch das wissen wir ja überhaupt nicht, wir hören immer nur von den Infektionszahlen. Aber wie hoch genau ist dann die Infektion in der Gastronomie, in der Hotellerie und im Einzelhandel?

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Das gibt doch diese Maßnahme, mit der Sie hier, und ich sage es noch mal, Zehntausende Existenzen vernichten und Hunderttausende Menschen ins Elend stürzen, das gibt diese Maßnahme doch überhaupt nicht her.

Was wir haben, sind aktuelle Zahlen der Ludwig-Maximilians-Universität in München, die festgestellt hat, dass es im Vergleich zu den vergangenen Jahren in Deutschland überhaupt gar keine Übersterblichkeit gibt, trotz Corona. Es gibt sogar eine Untersterblichkeit bei den Menschen unter 39 Jahren. Eine leicht erhöhte Sterblichkeit gibt es lediglich bei Menschen, die älter sind als 85. Um die kann man sich dann natürlich kümmern und um andere Risikogruppen, aber doch nicht das ganze Land hier in Geiselnhaft nehmen für Ihre Unfähigkeit.

Da sitzen Sie nun und hoffen auf den Impfstoff wie ein längst geschlagener Feldherr auf die Ersatzarmee, aber was, wenn dieser Impfstoff überhaupt nicht das bringt, was Sie erhoffen, und am Ende damit das Virus nicht aus der Welt verschwindet, wie es ja angedeutet unterstellt wird?! Da gibt es auch andere Experten, die sagen, wir müssen nun mal lernen, mit diesem Virus zu leben, so, wie wir auch mit anderen Krankheitserregern zu leben gelernt haben, und darauf sollten alle ihre Anstrengungen richten, und nicht auf diesen Kampf gegen Windmühlen. – Vielen Dank!

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Barlen.

**Julian Barlen, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wohl niemand hätte sich gewünscht, dass wir hier heute als Parlament zusammenkommen und mit der Regierung ausgerechnet kurz vor Weihnachten beraten, wie wir gemeinsam noch stärker die Corona-Pandemie eindämmen können. Keiner und keinem fällt es auch nur ansatzweise leicht, dass ab Mittwoch und bis ins neue Jahr das öffentliche Leben in Deutschland und auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern noch viel stärker auf das nur Notwendigste heruntergefahren wird.

Meine Damen und Herren, die Fallzahlen rund um Deutschland, bei unseren europäischen Nachbarn, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern selber zwingen uns aber förmlich dazu. Nicht zu reagieren, heute nicht nachzusteuern, das wäre schlicht verantwortungslos gegenüber den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Denn Corona macht keinen Halt vor Jahreszeiten, keinen Halt vor Festen, keinen Halt vor Feiertagen, und genauso macht die zweite wirklich heftige Welle keinen Halt vor Deutschland und auch nicht vor Mecklenburg-Vorpommern. Und deshalb tagt heute der Landtag, und deshalb, meine Damen und Herren, tragen wir auch den zwischen Bund und den Ländern vereinbarten Kurs ganz wesentlich mit.

Meine Damen und Herren, vielerorts gibt es Inzidenzen oberhalb der 100, oberhalb der 200, 300, sogar 400 Infizierten pro 100.000 Menschen in sieben Tagen. Das ist so weit weg von einem kontrollierten, von einem nachvollziehbaren Infektionsgeschehen, dass dringend etwas passieren muss. In der vorletzten Landtagssitzung hatten wir das Bild der Bremsung benutzt, die die immer rasanter werdende Beschleunigung zwar verlangsamt, die Geschwindigkeit insgesamt aber nicht zu reduzieren vermochte. Und da waren wir uns einig, dass niemand, niemand, der bei klarem Verstand ist, den Fuß jetzt von der Bremse nimmt, wenn die Wand in Sichtweite und die Kollision absehbar ist.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Und aktuell ist es aber leider sogar so, dass es nicht nur eine konstante Geschwindigkeit gibt, sondern dass es trotz der ergriffenen Maßnahmen wieder ein erhöhtes Infektionsgeschehen gibt. Und das kann doch, meine Damen und Herren, nur eines bedeuten: Der Bremsdruck muss steigen, er darf keinesfalls sinken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, Weihnachten ist das Fest der Liebe. Das wird in diesem Jahr zu einer Bewährungsprobe für uns alle. Dieses Jahr geht es nicht darum, das größte Paket, den größten Warenwert unter den Weihnachtsbaum zu packen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Es geht nie darum.)

Dieses Jahr können wir alle unseren Mitmenschen

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Dann hat er Weihnachten  
nicht verstanden.)

das größte Geschenk überhaupt auf dieser Erde machen, die Gesundheit zu schützen und das Leben zu bewahren. Das ist in diesem Jahr das Wunder der Weihnacht, das wir alle gemeinsam erschaffen können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, das, was wir an Weihnachten und an den Tagen zwischen den Jahren mögen, viele Freundinnen und Freunde auch aus alten Tagen zu treffen, Zeit mit der Familie zu verbringen, vom Enkel bis zur Urgroßmutter, aus allen Regionen Deutschlands, vielleicht sogar aus allen Teilen der Welt zusammenzukommen, nach Hause zu kommen, all das findet 2020 in deutlich engeren Grenzen statt, aber es findet statt, in kleinerem Rahmen oder auf die Distanz. Weihnachten und Silvester 2020, das ist nicht die große Party vielleicht wie in manchen Jahren zuvor, Weihnachten und Silvester 2020 ist, dass die übergroße Mehrheit der Menschen in Deutschland und auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern solidarisch und bereit ist, die Einschränkungen mitzutragen und wirklich aufeinander aufzupassen, weil es wichtig ist, durch Hygiene, durch Abstand, durch das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung dem Gegenüber Schutz zu bieten, weil es wichtig ist, sich selber zu beschränken, damit eben die Schutzbedürftigsten in unserer Gesellschaft auch eine gewisse Sicherheit haben, die Kernfamilie sich treffen kann oder beispielsweise auch die besten Freundinnen, die sich zu Weihnachten immer treffen, die keine Familie mehr haben. Wir machen das alles, damit diese menschliche Nähe im kleinen Rahmen möglich ist, und gleichzeitig, damit die Feiertage trotzdem eben nicht dazu führen, dass anschließend die Infektionszahlen, die Krankenhausaufenthalte und auch die Todeszahlen wieder in die Höhe schnellen. Das, meine Damen und Herren, wäre eine ganz bittere Bescherung und das wäre ein Alptraum nach Weihnachten, den wir unbedingt vermeiden müssen und den wir auch gemeinsam vermeiden können.

Meine Damen und Herren, wir tun das alles, um zu verhindern, dass viele in diesem Jahr das letzte Weihnachten mit ihren Verwandten feiern. Und manchem mag das jetzt vielleicht wirklich zu drastisch klingen, da kann ich nur sagen, eine wirklich unkontrollierte, sich mit wachsender Rasananz ausbreitende, hoch ansteckende Krankheit wie Corona ist keine Illusion und auch keine Zahlenspielerei. Wenn eine Pandemie mit voller Wucht ungebremst zuschlägt, und das ist anders, als es bisher in Deutschland war – Gott sei Dank! –, anders, als es in Mecklenburg-Vorpommern war – Gott sei Dank! –, weil Maßnahmen ergriffen worden sind, wenn eine Pandemie mit voller Wucht ungebremst zuschlägt, dann ist Deutschland und dann ist auch Mecklenburg-Vorpommern danach ein anderes Land. Dann hat jede Familie zahlreiche Verluste in ihrer Mitte zu beklagen, und das zu relativieren und das zu verharmlosen, wird der Sache nicht ansatzweise gerecht. Es ist eine Kapitulation vor der Menschlichkeit und vor der Verantwortung für unsere Mitmenschen und für unser Land.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Ann Christin von Allwörden, CDU)

Und weil das so ist, meine Damen und Herren, möchte ich in diesem Zusammenhang erneut zum Ausdruck bringen, dass ich es ausgesprochen gut finde, dass wir als Regierungskoalition mit dem konstruktiven Teil der Opposition gemeinsam dieser Pandemie begegnen. Alle,

meine Damen und Herren, alle ringen mit sich, die Medizinerinnen und Mediziner, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, alle Menschen überall werden teils konträre Meinungen vertreten – zu früh, zu spät, zu streng, zu schwach –, und am Ende ist es die gewählte Regierung, am Ende ist es die Politik, die in der Verantwortung steht und die sich vor allen Dingen auch der Verantwortung stellt, angesichts dieser Entwicklungen den jeweils und jederzeit vernünftigsten Kurs zu bestimmen und immer wieder zu überprüfen, immer wieder auch Entscheidungen zu justieren. In Wirklichkeit ist es doch so, dass nur die Ignoranten bei dem einmal festgelegten Dogma bleiben, Herr Kramer, nur die Ignoranten fahren mit ihrem blaubraunen Propagandamobil munter immer und immer wieder gegen die Wand

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)

und stellen sich dann hier noch hin und behaupten, sie hätten die Weisheit mit Löffeln gefressen.

Ich habe die Aussprache eben genutzt, mal die Parlamentsdokumente zu durchforsten. Angefangen im Mai, da hat Herr Förster hier eine Rede für die AfD gehalten, und die trug die Überschrift, mehr oder weniger sinngemäß, mehr Schweden wagen. Ich darf ein kleines Zitat machen von Herrn Förster aus dem Mai, ich glaube, dem 14. Mai dieses Jahres, Zitat: „Der Blick nach Schweden ist deshalb sehr wohl angebracht, denn dort ist jedenfalls eine nachhaltige Strategie zu erkennen.“ Zitatende. Dann wird darauf eingegangen, dass man in Deutschland mehr Infektionen zulassen möge, dass es darum gehen müsse, und das sei die Forderung der AfD – 14. Mai, Rede von Herrn Förster hier an dieser Stelle –, dass es eine kontrollierte Durchseuchung der Bevölkerung geben müsse. Das hätte deutlich geringere Folgen, obwohl – ja, auch das hat Herr Förster damals gesagt –, es sei mit einer deutlich erhöhten Todeszahl zu rechnen.

Und da möchte ich sagen, Herr Kramer, wenn Sie sich hier hinstellen und einen 6-Punkte-Plan verkünden – übrigens, ich sehe in Ihrem Antrag nur drei Punkte, vielleicht muss ich den zweimal ausdrucken und nebeneinanderlegen,

(Beifall und Heiterkeit  
bei Thomas Krüger, SPD)

damit es sechs werden – und sagen,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nee,  
ein Trick, bisschen Glühwein, Glühwein!)

wir müssten uns gerademachen und eingestehen, dass wir gescheitert seien, ich glaube, das Gegenteil ist der Fall. Die AfD müsste wirklich mal dazu stehen, dass sie hier nicht nur im Mai durch Herrn Förster, sondern auch im Juni, noch mal durch Herrn Förster, zuletzt im August durch eine Intervention von Herrn Schneider, immer wieder sind Sie hier auf das Thema Schweden zu sprechen gekommen.

Und da möchte ich es wirklich einmal mit unserem Fraktionsvorsitzenden Thomas Krüger halten, der hat das ausgerechnet: Wäre die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern den Kurs der AfD gefahren, nämlich so wie in Schweden hier die Kontakte nicht zu beschränken, die Hygienemaßnahmen nicht entsprechend zu verhältnis-

gen, dann hätte es hier in Mecklenburg-Vorpommern 1.000 zusätzliche Tote gegeben.

(Holger Arppe, fraktionslos:  
Das wissen Sie doch gar nicht!  
Woher wissen Sie denn das?!)

Das ist doch wohl ein krachendes Scheitern von Verantwortung und von Politik zum Wohle der Menschen hier im Land!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Thomas Krüger, SPD: Genau so.)

Das wäre Ihr Kurs gewesen, und Ihre Schlingerpartie jetzt hier im Nachhinein kann darüber auch nicht hinwegtäuschen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung, das Landesparlament macht es anders, befindet sich in einem Prozess der permanenten Bewertung und Abwägung. Und dieser Weg der permanenten Abwägung und Anpassung, der ist unglaublich mühsam, aber er ist unverzichtbar. Und noch mal, ich freue mich, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen. Der gleich ja auch noch auf der Tagesordnung stehende Antrag von SPD, CDU und DIE LINKE zeigt, dass ein maximaler Schutz und bestmögliche, maßvolle begleitende Maßnahmen in Kita, in Schule, in Pflege und in der Wirtschaft, viele weitere Bereiche sind schon angesprochen worden, dass das unser gemeinsamer Anspruch hier in diesem Hause ist, meine Damen und Herren.

Die Gefährlichkeit des Corona-Virus ergibt sich aus der Tücke seiner Verbreitung. Das möchte ich anlässlich der Aussprache zu der Regierungserklärung auch wirklich noch einmal in Erinnerung rufen. Das gerät, so mein Eindruck, bei der Debatte über die Details manchmal fast schon aus dem Blick. Wenn sich jemand mit dem Corona-Virus infiziert, so ist diese Person nach circa 48 Stunden selber ansteckend, kann dann andere Menschen infizieren, nur durch die Anwesenheit im selben Raum, verstärkt, wenn diese Person laut spricht, aber auch dann, wenn diese Person einfach nur atmet. Das ist total anders als bei vielen anderen Viren. Und zu diesem Zeitpunkt, wo eine infizierte Person bereits das Virus verbreiten kann, spürt die das in der Regel noch gar nicht, hat keine Symptome, fühlt sich oft einfach gesund. Und auch ein Corona-Test würde in dieser frühen Phase oftmals vermutlich ein negatives Ergebnis haben. Und nach rund fünf Tagen kommen dann, wenn sie überhaupt kommen, Symptome.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ab diesem Zeitpunkt schlagen dann auch diese PCR-Tests relativ zuverlässig an, wenn eine Infektion vorliegt.

Und dieser, ich nenne es mal, blinde Fleck der unentdeckten Übertragung, der unbemerkten Verbreitung ist der Hauptgrund dafür, dass überall auf diesem Planeten, wo Regierungen und Politik diese Pandemie einfach laufen lassen, weil sie sagen, Schutzmaßnahmen runter, Eigenverantwortung stärken, haste nicht gesehen, dass überall dort die Infektionszahlen wirklich durch die Decke gehen,

(Thomas Krüger, SPD: So, genau so ist es!)

die gerade noch von Arppe, MdL Arppe hier negierte Übersterblichkeit,

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

spricht die tatsächlich auf Corona zurückführbaren Todesfälle deutlich in der Statistik zu sehen sind. Das trifft für Großbritannien oder für die USA ebenso zu wie für Schweden. Das Projekt des Euro-Mortalitätsmonitorings, EuroMOMO, zeigt beispielsweise für Frankreich, Italien, England, Spanien eine extreme Übersterblichkeit, 30/40 Prozent mehr Tote als üblich. In Italien sind es im März 50 Prozent mehr Tote, die zu beklagen waren, in der Lombardei – Sie kennen das aus den Berichterstattungen vom Anfang – mehr als 190 Prozent.

So, meine Kolleginnen und Kollegen, Herr Arppe, warum das hier in Deutschland nicht so ist – Sie haben eben ja von Deutschland gesprochen, nicht wahr, Herr Arppe –, warum das hier in Deutschland nicht so ist, da gibt die Wissenschaft eine einhellige Antwort: Weil die Maßnahmen schnell ergriffen worden sind,

(Heiterkeit bei Nikolaus Kramer, AfD)

weil von der vernünftigen Mehrheit und der Ministerpräsidentin und dem Kabinett nicht geleugnet, negiert, gepöbelt und gezetert, sondern gehandelt wurde im Interesse der Menschen hier im Land.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –

Zurufe von Nikolaus Kramer, AfD, und Stephan J. Reuken, AfD)

Und wenn die Krankenhausbetten erst voll sind, dann ist es zu spät zum Gegensteuern. So lange werden wir nicht warten, weil die nächsten Patientinnen und Patienten dann längst infiziert sind. Sie wissen nur noch nichts davon. So entsteht doch exponentielles Wachstum!

Meine Damen und Herren, dass die Einschränkungen, wie sie seit November in Kraft sind, letztlich nicht die maximale von uns allen gewünschte Wirkung entfaltet haben, liegt übrigens auch daran – gestern Abend war das wieder unter anderem in Rostock, aber auch in vielen anderen Städten zu bewundern, in Anführungsstrichen –, dass es einen Anteil der Bevölkerung gibt, der sowohl das Corona-Virus an sich als auch die daraus erwachsenden Gefahren einfach nicht ernst genug nimmt, teilweise sogar leugnet. Und die AfD befeuert diese Bewegung. Das ist so. Da stehen Sie ja auch zu. Das ist ja einer der wenigen Punkte, wo Sie dazu stehen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Das haben wir heute früh gesehen,  
ohne Masken standen sie da!)

Sie stellen immer wieder die Wirksamkeit von Corona-Schutzregeln infrage, indem Sie fordern auch, dass sie aufgehoben oder in Teilen aufgehoben werden, und Sie begünstigen damit natürlich Risikoverhalten.

Auch heute wieder stellen Sie die Wirksamkeit einer strikten Kontaktreduzierung infrage, obwohl es im Winter der einzige Weg ist, das Infektionsgeschehen wirklich gründlich einzudämmen. Das zeigen uns die Zahlen aus anderen Staaten, Frankreich, Italien. Dass es ohne eine solche strikte Regel nicht geht, zeigen übrigens inzwi-

schen auch die Zahlen aus Schweden. Wenn wir runterwollen mit den Infektionen – und, meine Damen und Herren, wir müssen runter mit den Infektionen, wenn wir unseren Krankenhäusern wieder etwas mehr Luft geben wollen, den Ärztinnen und Ärzten, den Schwestern, den Pflegerinnen und Pflegern,

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

die haben übrigens auch Weihnachten und Silvester und wollen nicht die ganze Zeit am Limit durcharbeiten –, dann müssen wir jetzt unseren Beitrag dazu leisten, zu Hause bleiben, Kontakte reduzieren, Hygieneregeln beachten. Das können wir. Das haben wir übrigens am Anfang dieses Jahres auch gezeigt, da ist es gelungen, durch einen solchen Lockdown die Corona-Ausbreitung richtig einzudämmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, wer immer noch ohne Mund-Nasen-Schutz auf Demonstrationen oder zum Einkaufen geht, wer den Abstand zu anderen Menschen nicht wahr und sich fleißig weiter mit möglichst vielen Leuten trifft, der ist kein Widerstandskämpfer gegen einen Obrigkeitsstaat, der ist einfach nur ignorant, selbstbezogen und unverantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Weihnachten bedeutet für uns Nächstenliebe und Herzlichkeit und nicht Egozentrik und Kältherzigkeit. Und anders kann man den Umgang der sogenannten Querdenker, der selbsternannten Corona-Leugner und letzten Endes auch der AfD mit Corona nämlich nicht nennen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns in diesem Jahr Weihnachten so feiern, dass wir zurückblickend auch in ein paar Jahren sagen können, zum Jahreswechsel 2020/2021 haben wir gezeigt, dass Solidarität und die Vernunft Schlimmeres verhindert haben. Weihnachten 2020 war anders, werden wir dann in der Rückschau sagen, aber letztlich hat die Mitmenschlichkeit gesiegt und hat das Leben vieler Menschen bewahrt und Leid verhindert. Ich glaube, näher kommen wir gemeinsam, wenn wir diesen Weg gehen, dem Wunder der Weihnacht nicht. – Ich danke Ihnen herzlich.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Herr Abgeordneter Barlen, zu Ihrem Wortbeitrag liegt mir ein Antrag auf Kurzintervention des fraktionslosen Abgeordneten Herrn Arppe vor.

Bitte schön, Herr Arppe!

**Holger Arppe, fraktionslos:** Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Barlen, niemand, da haben Sie völlig recht, der bei Verstand ist, leugnet die Existenz des Corona-Virus. Es geht hier auch gar nicht darum, sondern es geht ja um Kritik an den Maßnahmen der Regierung, an der Politik der Regierenden, und das muss in einer Demokratie doch möglich sein, ohne dass die, die

diese Kritik üben, sich von den Regierenden beschimpfen und diffamieren lassen müssen. So etwas hatten wir schon mal, vor längerer Zeit, erstens.

Zweitens. Ich habe eine Studie der Ludwig-Maximilians-Universität in München angeführt, und Sie können doch jetzt nicht einfach immer nur dann die Wissenschaft als Kronzeugen anführen, wenn Ihnen die Aussagen dieser Wissenschaftler in den Kram passen.

(Thomas Krüger, SPD:  
Er hat nicht zugehört.)

Wenn es aber nicht so ist, dann negieren Sie diese Ergebnisse dieser Studie in diesem Fall. Und es ist nun mal so, dass die Übersterblichkeit nicht nachweisbar ist, trotz Corona,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

im Vergleich zu den Vorjahren.

Und drittens ... Ja, das war es eigentlich schon.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Möchten Sie antworten, Herr Barlen?

**Julian Barlen, SPD:** Ich werde antworten.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Bitte schön!

**Julian Barlen, SPD:** Also zunächst mal zu der Frage, also Sie behaupten, Sie würden beschimpft und diffamiert. Das weise ich zurück.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Es ist in der Tat so, dass wir klare Worte dafür finden, wenn eine AfD – oder Sie fühlen sich ja offensichtlich auch angesprochen, also auch ein fraktionsloser Abgeordneter Arppe – hier im Parlament, ich habe es eben ja in meiner Rede ausgeführt, im Mai, im Juni, auch noch im August die Position bezieht, dass Mecklenburg-Vorpommern wie Schweden vorgehen sollte. Und dass dieser Weg gescheitert ist und dass dieser Weg, den wir bewusst nicht gewählt haben, weil wir uns verantwortlich für die Menschen im Lande fühlen, dazu geführt hätte, dass 1.000 zusätzliche Menschen in Mecklenburg-Vorpommern gestorben wären, und dass das die politische Forderung der AfD ist, wenn Sie das, ...

(Dr. Gunter Jess, AfD:  
In Deutschland! In Deutschland!)

Nee, in Mecklenburg-Vorpommern, in Mecklenburg-Vorpommern!

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

... und wenn Sie das als Diffamierung oder Beschimpfung empfinden, dann tut mir das leid, dann sollten Sie vielleicht Ihre eigene politische Agenda überdenken.

Zweiter Punkt ist, ich habe ausgeführt, dass EuroMOMO, also der Mortalitätsmonitor, zu den Ergebnissen der Übersterblichkeit in den anderen europäischen Ländern kommt, die anders als Deutschland, anders als Mecklenburg-

Vorpommern nicht diese entschiedenen Maßnahmen ergriffen haben. Ich habe Ihnen zugestimmt, dass es in Deutschland so ist, dass die Maßnahmen diese Überlastung des Gesundheitswesens, diese Schlangen vor den Krankenhäusern und den Intensivstationen, die wir leider grauenvoll im Fernsehen sehen müssen, nicht eingetreten sind, nur wir interpretieren das anders, nämlich als Erfolg von verantwortungsbewusster Politik. Sie hingegen fordern hier, dass wir so handeln, dass möglichst lange Schlangen vor den Krankenhäusern entstehen, und tun dann auch noch so, als würden Sie irgendwo beschimpft oder diffamiert, wenn man das einfach mal klar sagt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)

Gut, dass ich das noch mal rausarbeiten durfte!

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache zur Regierungserklärung.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Antrag der Fraktion der AfD – Corona ernst nehmen – Eigenverantwortung stärken – Obrigkeitsstaat zurückfahren – Weihnachtstradition schützen, Drucksache 7/5666, in Verbindung mit dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Weitere Anstrengungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie – das öffentliche Leben herunterfahren, Kinderbetreuung sichern und Treffen im engsten Familienkreis zu Weihnachten ermöglichen, Drucksache 7/5673.

**Antrag der Fraktion der AfD**  
**Corona ernst nehmen – Eigenverantwortung stärken – Obrigkeitsstaat zurückfahren – Weihnachtstradition schützen**  
**– Drucksache 7/5666 –**

**Antrag der Fraktionen**  
**der SPD, CDU und DIE LINKE**  
**Weitere Anstrengungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie – das öffentliche Leben herunterfahren, Kinderbetreuung sichern und Treffen im engsten Familienkreis zu Weihnachten ermöglichen**  
**– Drucksache 7/5673 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Professor Dr. Weber.

**Dr. Ralph Weber, AfD:** Wertes Präsidium! Liebe Landsleute! Auch wir von der AfD machen uns Sorgen – mein Kollege Kramer hat das vorhin noch mal betont, auch wenn Sie das dann zu Gelächter führt –, wir machen uns Sorgen, denn auch wir haben Eltern und Großeltern,

(Thomas Krüger, SPD:  
Das merkt man aber nicht.)

die zu den besonders vulnerablen Gruppen gehören und unter dieser Pandemie leiden. Wir machen uns Sorgen! Wir machen uns aber auch Sorgen mit Blick auf dieses Land, wenn wir sehen, dass die wirtschaftlichen Folgen, die Folgen für das soziale Leben und sogar für das familiäre Zusammenleben längst außerhalb der Bahnen sich bewegen, die Sie und wir verantworten wollen.

Meine Damen und Herren, diese Folgeschäden, die nicht von Corona, sondern von Ihren Pandemiebekämpfungsmaßnahmen herrühren, machen uns Sorgen, genauso Sorgen wie die Pandemie selbst. Und das muss man einmal sagen dürfen, ohne dass es hier boshafte Gelächter gibt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos)

Und wenn Herr Spahn noch im September erklärt hat, das Schließen des Einzelhandels war ein Fehler, der sich nicht wiederholen wird, dann stehen wir jetzt also genau vor der Wiederholung dieses Fehlers. Dann muss man sich dann schon fragen: Ist das die von Frau Oldenburg geforderte Pandemiestrategie? Für mich sieht Strategie anders aus. Ich sage da gleich auch noch ein bisschen mehr dazu.

Meine Damen und Herren, wenn wir hier regionale Großkreise haben – Mecklenburgische Seenplatte ist 1,4-mal so groß wie das ganze Saarland, Vorpommern-Greifswald 1,2-mal so groß –, dann ist es Unsinn, nur auf die Inzidenzzahlen, unabhängig davon, was man von den Inzidenzzahlen ohnehin hält, aber dann ist es Unsinn, auf die Inzidenzzahlen eines Kreises zu schauen, dann muss man das regional herunterbrechen. Wenn in Usedom in einem Pflegeheim 60 Menschen positiv getestet werden, dann ist die Inzidenz eben entsprechend hoch. Das bedeutet aber nicht, dass das zur Folge haben muss, dass in Anklam Gaststätten, Hotels und Geschäfte geschlossen werden müssen – derselbe Kreis. Unser Punkt 1 in unserem Antrag sagt nichts anderes, als dass man das regional begrenzen sollte.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Unsere Landkreise sind zu groß, um sie über einen Kamm zu scheren. Und wir haben am Montag letzter Woche – also heute, gestern vor einer Woche – im Kreistag die Zahlen für Vorpommern-Greifswald präsentiert bekommen und da war sehr deutlich zu sehen,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

dass Heringsdorf auf Usedom und Greifswald hohe Inzidenzzahlen haben, dass aber in den meisten,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Und die kleinen Städte auch,  
Herr Professor Dr. Weber!)

dass aber in den meisten Gegenden unseres Landkreises die Inzidenzzahlen sehr gering sind. Dann überall mit der Gartenschere rüberzugehen und zu sagen, wir machen alles dicht, ist schlichtweg falsch und unverantwortlich.

Zum Punkt 2: das öffentliche Leben wieder ermöglichen. Meine Damen und Herren, ich hatte das schon mal gesagt, wenn Sie ins Theater gehen,

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD,  
und Peter Ritter, DIE LINKE)

wenn Sie ins Kino gehen, wenn Sie ins Hotel oder in die Gaststätte gehen, dann wissen Sie im Normalfall, dass Sie da nicht alleine sitzen. Wer Angst hat, sich anzustecken – was ich gut verstehen kann –, der ist nicht ge-

zwungen, da hinzugehen. Alle diese Einrichtungen – Theater, andere Kultureinrichtungen, Hotels und Gaststätten – haben in aufwendige, umfangreiche Hygienemaßnahmen investiert und sie vorgelegt, um eben ein Ansteckungsrisiko zu minimieren. Wer auch dieses Risiko scheut, soll und muss da nicht hingehen. Aber mit welchem Recht verbieten Sie denjenigen, die in freier Abwägung ihres eigenen Willens und ihres eigenen Risikos sich dafür entscheiden, ich gehe in ein Hotel, in eine Gaststätte oder ins Theater, weil ich das unter Einhaltung aller Hygienekonzepte minimierte Restrisiko eingehen möchte, mit welchem Recht verbieten Sie diesen Menschen, ihrer Freiheit nachzukommen, und verbieten generell solche Veranstaltungen? Das ist mit keiner vernünftigen Erwägung nachvollziehbar.

Und wenn es dann wenigstens verhältnismäßig wäre, was Sie anordnen, dann könnte man es ja noch verstehen, aber Sie erlauben, wir alle erlauben, dass man in der Bahn oder im Bus zur Arbeit fährt, dicht gedrängt, dass man im Großraumbüro oder in Werkhallen oder wo auch immer in der Arbeit ebenfalls nicht unbedingt weit auseinander der Arbeit nachgeht, dann wieder mit Bus oder Bahn zurückkommt, um dann im engsten Familienkreis plötzlich eingeeengt zu werden. Ich darf nur Freunde aus einem Haushalt einladen oder nur die Kernfamilie. Das macht keinen Sinn! Das ist das Gegenteil einer überzeugenden Pandemiestrategie.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos)

Wenn ich höre, dass die Helios Kliniken zu einer Zeit – Anfang letzter Woche –, als genau ein Patient coronabedingt auf einer Intensivstation lag, planbare Magen- und Darmspiegelungen abgesagt haben, meine Damen und Herren, auch Magen- und Darmspiegelungen beugen unter anderem Krebs vor und sind damit vielleicht lebensnotwendig. Das ist unverantwortlich, so zu reagieren! Und deswegen müssen wir nach einer vernünftigen Strategie verlangen und nicht nach dieser Rasenmähermethode, die sagt, wir machen einfach alles dicht. Natürlich ist das sicher, meine Damen und Herren, sicher in dem Sinne, dass man alles Leben abtötet, alles Leben im kulturellen, im familiären und im sozialen Bereich.

Und die verordneten Kontaktbeschränkungen, die Sie hier vorgeben, gerade an Weihnachten, tasten die Menschenwürde in ihrem Kern an. Artikel 1 – den Sie ja, gerade die Kollegen von der LINKEN und von der SPD, immer wieder gerne zitieren, wenn es um die Flüchtlinge geht –: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“,

(Zurufe von Elisabeth Aßmann, SPD,  
und Julian Barlen, SPD)

wird von Ihnen im Kern angetastet, wenn Sie unsere grundrechtlich verbürgten Freiheiten in einer solchen Weise einschränken. Weihnachten, meine Damen und Herren – ich habe das selber vor einigen Jahren im Familienkreis erlebt, erleben müssen –, ist für viele Menschen auch ein Fest, wo man sich noch mal verabschiedet, weil man weiß oder mit ziemlicher Sicherheit weiß, dass man vielleicht ein weiteres Weihnachtsfest nicht feiern kann. Meine Damen und Herren, hier solche Kontaktbeschränkungen aufzuerlegen, in dieser Rigidität, wie wir sie jetzt zu lesen und zu spüren bekommen, ist unverantwortlich.

Das Gleiche gilt für die Frage, kann ich die Oma aus dem Pflege- oder Altenheim Weihnachten nach Hause holen. Kann ich nicht, weil es viele Pflegeheime nicht zulassen. Ich kann sie noch nicht mal mit den drei oder vier Enkeln besuchen, weil nur eine Person dort Kontakt aufnehmen kann. Das, meine Damen und Herren, ist ein Eingriff in den Kernbereich der Menschenwürde, und dafür brauche ich eine andere Rechtfertigung als das, was Sie hier von sich geben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos)

Denn es geht auch anders, man kann das vermeiden. Für die Alten- und Pflegeheime hat es der von mir sonst nicht sehr geschätzte, aber in dem Fall richtigliegende Oberbürgermeister von Tübingen, der zu den GRÜNEN gehört, Boris Palmer, gezeigt. Was Ladenöffnungen, Gaststätten und Hotels angeht, zeigt sich, ich will jetzt bewusst nicht Schweden nennen, sondern Südkorea und Japan, dort gibt es keinerlei Schließungen, da gibt es eine konsequente Kontaktverfolgung, mit der Folge, dass diejenigen, die positiv getestet sind, und die, mit denen sie Kontakt hatten, dann entsprechend in Quarantäne geschickt werden, aber kein Runterfahren des sozialen und wirtschaftlichen Lebens auf null,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

überhaupt kein Herunterfahren dieser Bereiche.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Meine Damen und Herren, das sind Strategien, über die man streiten kann, die man nicht gut finden muss, aber es sind wenigstens Strategien. Aber dieses Hin und Her, was wir hier erleben, dieses mal alles dicht, dann wieder auf, Einkaufswagen in den Supermärkten, wunderbar, damit man zählen kann, wie viele Leute drin sind, aber kein Mensch desinfiziert mehr diese Griffe der Einkaufswagen, wenn Sie da hingehen. Wenn Sie das schon wollen, dass das gemacht wird –

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

und ich finde das persönlich gut –, dann sollte doch wie am Anfang entsprechend auch wieder desinfiziert werden. Da steht nicht mal ein Mittel, dass man selbst desinfizieren kann.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Wer hindert Sie denn daran?)

Das ist das Gegenteil,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Kein Mensch hindert Sie daran!)

das Gegenteil von einer durchdachten Strategie, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und ich möchte Ihnen noch eines

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

mit auf den Weg geben: Wenn Sie so weitermachen und diese Regelungen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Der selbstbestimmte Professor!)

die wir jetzt zu erdulden haben – dies bewahrheitet eines unserer traditionellsten Weihnachtslieder, „Stille Nacht, heilige Nacht“, aber in einem völlig verkehrten Sinn, es wird wahrscheinlich für viele eine stille Nacht werden und es wird eine kalte Nacht werden –, wenn Sie sagen, im Familienkreis, 54 Prozent der Infektionen finden im Familienkreis statt, dann kann ich dazu nur sagen, ja, weil Familie Nähe ist und, wie Herr Barlen richtig ausgeführt hat, genau diese menschliche Nähe eben auch die Infektionsgefahr erhöht. Aber Einsamkeit tötet auch. Und auf diese menschliche Nähe zu verzichten, macht unsere Gesellschaft in einer Form kalt und hart, die ich nicht haben möchte. Und dafür gibt es keinerlei Rechtfertigung. Das wollte ich abschließend noch mal sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und deswegen haben wir diesen Antrag mit den drei Punkten gestellt, in der Hoffnung, damit die Pandemiebekämpfungsmaßnahmen erträglicher zu machen.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Man kann sich ja was wünschen zu Weihnachten!)

Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten vorzusehen. Da sich jetzt noch der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe angemeldet hat, gehe ich davon aus, dass wir die entsprechende Gesamtrededzeit auf 58 Minuten erhöhen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Barlen.

**Julian Barlen, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz umfangreicher Schutzmaßnahmen im November und auch im Dezember haben sich die Zahl der Ansteckungen und auch die Todeszahl auf eine Rekordhöhe seit Anfang der Pandemie Anfang des Jahres 2020 gesteigert, und das, meine Damen und Herren, sind Tausende Schicksale. Das sind Tausende Gesichter unserer Mitmenschen, die diese Situation entweder selber oder bei Angehörigen durchleben mussten und weiter müssen.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke  
übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, das lässt uns nicht kalt. Und deshalb haben wir,

(Unruhe bei Jochen Schulte, SPD,  
und Peter Ritter, DIE LINKE)

und deshalb haben wir im Frühjahr gezeigt, dass wir als ganze Gesellschaft in der Lage sind, eine solche rasant schneller werdende Ausbreitung einer Viruserkrankung

zu brechen. Und das wollen wir jetzt wieder tun, meine Damen und Herren. Wir wollen und wir werden diese zweite Welle der Corona-Pandemie in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern brechen. Und dadurch werden wir dafür sorgen, dass die Krankenhäuser und die Intensivstationen eben nicht in die Knie gehen. Das ist unser Ziel. Und deshalb macht es auch überhaupt keinen Sinn, an dieser Stelle immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Krankenhäuser noch nicht überfüllt und die Intensivstationen noch nicht überlastet sind, was übrigens nicht mal stimmt im Falle der Letzteren, sondern es macht Sinn, alles dafür zu tun, dass das so bleibt. Das heißt „zweite Welle brechen“, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Es bleibt dabei, alle Covid-19-Erkrankten haben einen Anspruch auf Behandlung. Bilder wie in anderen Ländern, wo sich die Kranken vor den Krankenhäusern stapeln, wollen wir und werden wir verhindern. Und, meine Damen und Herren, das müssen wir uns klarmachen, wir haben es in der Hand, diese Bilder zu verhindern. Bund und Länder haben sich in diesem Lichte, mit diesem Ziel, mit dieser Absicht vor Augen auf Maßnahmen der verschärften Einschränkungen verständigt, und diese, meine Damen und Herren, tragen wir als Landtag mit und wir setzen zudem eigene Akzente. Und auch darum geht es mit dem neuerlichen interfraktionellen Antrag.

Meine Damen und Herren, es ist nämlich so, dass wir als Bundesland nach wie vor gemeinsam mit Schleswig-Holstein der Ort in Deutschland sind mit den vergleichsweise niedrigsten Zahlen. Und das, meine Damen und Herren, hat Gründe. Die Landesregierung hat mit den Verfahrensbeteiligten, mit den Fraktionsvorsitzenden, mit den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen und auch im Austausch mit dem gesamten Parlament – deshalb sind wir heute auch hier – in der Vergangenheit einen klaren Kurs gefahren, mit strengen Reiseregeln, mit der Einschränkung des kleinen Grenzverkehrs, mit ganz viel Unterstützung der wesentlichen Teile der Bevölkerung, die sich vernünftig verhalten hat. Und jetzt steht aber eine zweite Welle vor der Tür auch unseres Bundeslandes, die wirklich großen Ausmaßes ist und die auch an Mecklenburg-Vorpommern nicht vorbeigehen wird, wenn wir nicht entschlossen handeln.

Und das führt uns zu der Auffassung, dass wir die Vereinbarungen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin zu den Kontaktbeschränkungen auch für Mecklenburg-Vorpommern unterstützen, mit der Möglichkeit für Treffen an Weihnachten, aber mit Vernunft, mit Eigenverantwortung,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Eigenverantwortung!)

mit Disziplin, wirklich so wenige Kontakte zu haben, wie es geht, aber eben Kontakte zu haben, Nähe zu erleben, damit die Heilige Nacht eben auch eine Nacht wird, wo sich Familie oder wo sich enge Freunde, die keine Familie haben, nah sein können. Dafür gibt es Konzepte, dafür gibt es Strategien, aber die funktionieren immer dann, wenn sich die Menschen daran halten. Und das ist der Kurs, den SPD, den CDU und den auch DIE LINKE immer wieder an dieser Stelle starkmachen.

Und dieser Kurs, der genau diese Nähe ermöglicht, ist der Kurs von Einschränkungen und von entsprechenden

Maßnahmen, Herr Professor Weber, den die AfD offensichtlich nicht unterstützt. Und deshalb ist es – verzeihen Sie bitte – heuchlerisch, sich an dieser Stelle hier hinzustellen und zu sagen, die Maßnahmen würden dazu führen, dass Menschen vereinsamen. Das Gegenteil ist der Fall! Diese Maßnahmen, auch des frühzeitigen Shut-downs, führen doch dazu, dass es nach einer Woche viel wahrscheinlicher ist, in einem ganz kleinen Kreis mit der engsten Familie und auch mit den Freundinnen, wenn man beispielsweise keine Familie hat, Weihnachten verbringen zu können. Das möchte ich wirklich einmal ganz klar sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir unterstützen diesen vereinbarten Kurs zwischen Bund und den Ländern, auch mit der Möglichkeit der Betreuung in Kitas hier in Mecklenburg-Vorpommern, auf eine einfache Art und Weise, eine unbürokratische Art und Weise, aber bitte nur da, wo es wirklich sein muss. Mit klaren Regeln unterstützen wir diese Vereinbarung für die schulische Bildung inklusive des Distanzunterrichtes für die Größeren, und ebenfalls an dieser Stelle die Bitte an die Eltern, wirklich verantwortlich mit diesen Möglichkeiten auch umzugehen.

Meine Damen und Herren, uns ist allen klar, was die Einschränkungen für die Beschäftigten, die Einzelhändlerinnen und Einzelhändler, die Gewerbetreibenden bedeuten. Und deshalb bekennen wir uns auch ganz klar und erneut zu den wirtschaftlichen Hilfen für die Unternehmen, für die Selbstständigen, die direkt oder auch indirekt durch das Pandemiegeschehen betroffen sind. Und da ist, die Ministerpräsidentin hat es vorhin in der Regierungserklärung ganz klar gesagt, da ist der Bund in der Pflicht, auch schnell zu handeln, und wir als Land haben mit dem Nachtragshaushalt in der vergangenen Sitzung eine wirklich historische Grundlage für die Unterstützung von Wirtschaft und von Arbeitsplätzen hier in unserem Bundesland geschaffen.

Meine Damen und Herren, mit unserem interfraktionellen Antrag setzen wir als Landtag neben der großen und von allen konstruktiven und vernünftigen Fraktionen gemeinsam getragenen Linie klare Akzente. Wir unterstützen die Kontaktbeschränkungen und auch die darüber hinausgehenden Möglichkeiten für Weihnachten hier in Mecklenburg-Vorpommern. Wir unterstützen den besonderen Schutz der Pflegebedürftigen, eben damit Besuche und Kontakte weiter möglich sind. Darauf kommt es doch an!

Wir unterstützen die Vereinbarung für die Bildung und Betreuung in Kitas und Schulen, mit der dringenden Bitte, damit vernünftig umzugehen und natürlich immer zu prüfen, auch, wann der Präsenzunterricht wieder möglich sein wird. Wir unterstützen die Ausstattung vulnerabler Gruppen sowie Pflege-, Lehrpersonal, Erzieherinnen und Erzieher mit Schutzausrüstung, mit Tests. Und wir fordern, wie gesagt, weiterhin, dass die Unterstützung der Wirtschaft und der Arbeitsplätze durch Bund und Land umgesetzt, und zwar schnell umgesetzt wird.

Und dazu gehört für uns auch, dass wir die lokale Wirtschaft besonders in den Blick nehmen, den lokalen Einzelhandel noch weiter stärken, die Stichworte „EinKauf mit Herz“ und auch den durch unseren Digitalminister mit beförderten digitalen Marktplatz M-V. Den haben wir hier im Landtag schon mehrfach positiv diskutiert. Und genau solche Kampagnen wie „EinKauf mit Herz“

oder wie auch der digitale Marktplatz sind es doch, die in Zeiten von Pandemie, wo der Fernabsatz, wo der Onlinehandel eine wichtigere Rolle spielt, wirklich an der Seite der Einzelhändler und Gewerbetreibenden in Mecklenburg-Vorpommern stehen und ihnen helfen, auch jenseits der Internetgiganten ihr Geschäft hier in Mecklenburg-Vorpommern zu machen.

Meine Damen und Herren, parallel dazu laufen in Mecklenburg-Vorpommern die Vorbereitungen für das Impfen in Zentren. Ich muss wirklich sagen, ich war heute früh auf der Fahrt hierher wirklich begeistert zu hören, dass sich bereits Hunderte gemeldet haben, die freiwillig helfen wollen in diesen Zentren, davon alleine, Stand jetzt, über 200 Ärztinnen und Ärzte. Das zeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern zusammensteht und gemeinschaftlich gegen das Virus kämpft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, „gemeinschaftlich“, „gemeinsam“, das ist in diesem Zusammenhang, das möchte ich abschließend wirklich betonen, „gemeinsam“ ist das entscheidende Stichwort. Alle tragen Verantwortung, dass die vereinbarten Maßnahmen Wirklichkeit werden und dass sie einen starken Effekt haben. „Alle“ meint wirklich alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, jeden und jede Einzelne, aber auch natürlich alle, die in Institutionen, in der Verwaltung, in Unternehmen, in der Kommune, aber auch in der Politik zuständig sind.

Wie eben schon bei der Regierungserklärung gesagt, wir haben es als Mecklenburg-Vorpommern in der Hand, mit Anstand, mit Vernunft, mit Würde und mit Solidarität diese Corona-Pandemie durchzustehen, und ich bitte wirklich alle Menschen, auch angesichts der schweren Einschränkungen, sich dieser Verantwortung bewusst zu sein. Die haben wir jetzt, diese Verantwortung. Wir müssen jetzt zeigen, dass wir uns der Lage bewusst sind, müssen zeigen, dass „Nächstenliebe“ für uns keine hohle Phrase ist, sondern dass wir durch Abstand, durch Hygiene, durch das Tragen einer Alltagsmaske unseren Nächsten wirklich etwas Gutes tun können. Seien wir unseren Mitmenschen, gerade denen, die Hilfe brauchen, auch über den Jahreswechsel, über die Feiertage hinweg, ganz nah, aber bitte so, dass das Risiko einer Infektion wirklich minimiert wird, und das ist durch die Einhaltung der Hygieneregeln so, aber das ist vor allen Dingen auch durch eine Woche des Lockdowns vor den Feiertagen so, dass man am Ende im ganz kleinen Kreis sich in diesem schönen weihnachtlichen Augenblick auch nah sein kann.

Meine Damen und Herren, das ist auch für mich das Stichwort, damit aufzuräumen, dass es der Initiative der AfD, die hier auch einen Antrag vorgelegt hat, mit drei schlanken Punkten, dass es der AfD um die gleiche Sache geht. Der AfD-Antrag zielt in die gegenteilige Richtung. Wer so wie die AfD durch sein Handeln und sein Tun dazu beiträgt, dass die Verbreitung eines solchen Virus eher noch befördert wird, dass unser Gesundheitssystem damit an die Grenzen des Leistungsfähigen kommt oder darüber hinausgeht, der steht – und ich habe es vorhin in der Rede ja auch zitiert aus der Sitzung vom 14. Mai, wo Herr Förster von der AfD es hier an diesem Pult auch zugegeben hat –, der nimmt auch mehr Tote billigend in Kauf. Und das ist aus unserer Sicht nicht verantwortungsbewusst.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und das ist nicht nur zu Weihnachten nicht verantwortungsbewusst, das ist überhaupt gar nicht verantwortungsbewusst. Alleine der Titel des AfD-Antrages, Zitat, „Corona ernst nehmen – Eigenverantwortung stärken – Obrigkeitsstaat zurückfahren – Weihnachtstradition schützen“, Zitatende, ist wirklich heuchlerisch, ist wirklich heuchlerisch. „Ernst genommen“, um mal bei dem ersten Stichwort zu bleiben, hat die AfD-Fraktion nichts, und schon gar nicht das Corona-Virus, von Anfang an nicht ernst genommen. „Eigenverantwortung stärken“ müsste doch mit Blick auf das tatsächliche Handeln und die Worte auch der AfD hier am Pult eher „Verantwortungslosigkeit befeuern“ heißen. Professor Weber hat sich hier hingestellt und von der großen Sorge gesprochen, die auch die AfD umtreibe. Das sind Worte von Ihnen heute. An anderer Stelle haben Sie hier an diesem Pult gestanden und haben den Menschen im Land zugerufen: Gehen Sie auf die Straße!

(Dr. Ralph Weber, AfD: Genau.  
Das ist eine Freiheitseinschränkung.)

Wehren Sie sich!

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Das ist Befeuern von entsprechendem Risikoverhalten.

Verantwortungsvolles Handeln der Regierung, das auch hier im Landtag ja, so wie heute, regelmäßig diskutiert wird, als „Obrigkeitsstaat“ zu diffamieren, das ist abwegig. Und den Schutz der Weihnachtstraditionen hier anzusprechen, das ist wirklich vorgeschoben, meine Damen und Herren. Wir haben hier, glaube ich, sehr ausführlich diskutiert, dass es bei den Schutzmaßnahmen eben darum geht, dass Menschen, die besonderen Schutz brauchen, sich zu Weihnachten mit möglichst geringem Risiko treffen können, und nicht, dass sie im Lichte von irgendwelchen Weihnachtstraditionen einem maximalen Risiko ausgesetzt sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Meine Damen und Herren, diesen Antrag der AfD lehnen wir ab. Er geht in dieselbe Richtung, wie die AfD in allen Bundesländern agiert. Dazu ist jüngst auch eine ganz interessante Begutachtung des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft von Dr. Matthias Quent erschienen, der eine Korrelation herausgefunden hat, nämlich, dass dort, wo die AfD hohe Wahlergebnisse bekommt, es hohe Infektionsraten mit dem Corona-Virus gibt.

(Heiterkeit bei Jens-Holger Schneider, AfD)

Ja.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Und ja, auch Dr. Quent, auch Dr. Quent weist darauf hin, dass eine Korrelation, die statistisch nachweisbar ist, keine Kausalität beschreibt. Da möchte ich mich ausdrücklich anschließen, aber ich möchte hinzufügen, plausibel ist es schon, wenn man Ihnen hier wirklich genau zuhört und wenn man sich mal genau durchdenkt, was Ihre kühnen Worte hier zu einem lockeren Umgang mit Corona wirklich für ein Leid über unsere Bevölkerung bringen würde.

Meine Damen und Herren, hinter uns liegt ein Jahr der extremen Herausforderungen, und rückblickend werden wir hoffentlich sagen, hinter uns liegt ebenso ein Jahr, wo die konstruktiven Kräfte in der Gesellschaft dafür gesorgt haben, dass wir alle zusammengehalten haben, dass viele Leben gerettet wurden, dass viel Leid erspart geblieben ist. Und genau dafür steht unsere Ministerpräsidentin mitsamt der Landesregierung und genau dafür stehen die konstruktiven Kräfte auch hier im Landtag, und ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Danke, Herr Abgeordneter!

Für ...

Ach so, Entschuldigung, jetzt hätte ich es beinahe vergessen. Es gibt zu Ihrem Wortbeitrag eine Kurzintervention durch Professor Dr. Weber.

Bitte schön!

**Dr. Ralph Weber,** AfD: Wertes Präsidium! Liebe Landsleute!

Herr Barlen, Sie haben während Ihres Redebeitrags gesagt, Sie stehen an der Seite der Wirtschaft, und als Begründung auf die Entschädigungs- und Hilfskataloge hingewiesen. In der Tat, und das möchte ich als Erstes mal sagen, genau den Teil des zweiten Nachtragshaushaltes haben und hätten wir ja mitgetragen, also da ist kein Dissens zwischen uns.

Aber wenn Sie sagen, Sie stehen an der Seite der Wirtschaft, und nehmen durch die Schließung der Hotels und Gaststätten seit November diesem Gewerbe die zweite Hauptsaison und jetzt durch die Schließung des Einzelhandels die zwei umsatzstärksten Wochen im Jahr, dann kann ich nur sagen, das kann auch durch Entschädigungsleistungen nicht wiedergutmacht werden. Das ist das Gegenteil von „an der Seite der Wirtschaft stehen“, denn weder in Hotels noch in Gaststätten noch im Einzelhandel haben sich nennenswerte Infektionen ereignet. Die Zahlen sind ganz gering und ich verweise noch mal auf das überzeugende Hygienekonzept, das dort herrscht.

Sie kommen mir so vor in Ihrer Argumentation wie jemand, der eine wertvolle Porzellanvase auf den Boden schmeißt und sie dann mit Klebstoff wieder so zusammenklebt, dass sie zwar steht, aber man kein Wasser mehr reinfüllen kann. Das ist das, was Sie behaupten, Sie stehen an der Seite der Wirtschaft.

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Kollege Barlen, möchten Sie antworten?

**Julian Barlen,** SPD: Ja.

Das ist eine einseitige Betrachtung, die Sie an den Tag legen. Dafür kennen wir Sie. Selbstverständlich nehmen wir für uns in Anspruch, das gesamte Bild in den Blick zu nehmen. Und da ist der Ausgangspunkt, die Frage zu beantworten, wie kann man eine sich rasant ausbreitende pandemische Entwicklung so durchbrechen, dass man hohe Todeszahlen verhindert, im Interesse der Be-

völkerung. Und da hat, im Grunde haben alle Anfang des Jahres auf einem geringen Kenntnisstand begonnen und haben jederzeit versucht, die bestmögliche, vernünftigste Entscheidung zum Wohle der Menschen hinsichtlich ihrer körperlichen Unversehrtheit zu treffen und darüber hinaus selbstverständlich alles dafür zu tun, dass negative Effekte für die Wirtschaft, für die Beschäftigung auf ein absolut niedrigstes Maß, auf einem absolut niedrigsten Maße gehalten werden.

Und ich glaube, bei allen Problemen, die es im Einzelnen gibt – und wir haben sehr klar gemacht, dass wir die Abschlagszahlungen und die Auszahlung der November-Hilfen, Dezember-Hilfen beispielsweise sofort und sehr schnell sehen wollen seitens des Bundes –, haben wir als Deutschland und haben wir auch als Mecklenburg-Vorpommern gezeigt, durch die Entschädigungen, durch entsprechende Unterstützungs- und Investitionsprogramme, durch die November- und die Dezember-Hilfen, durch das Kurzarbeitergeld, die Erhöhung und die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, ganz gezielt wirklich für die Beschäftigten, dass wir dort ein Maß an Unterstützung und an Flankierung dieser Einschränkungen gemeinsam erreicht haben, was seinesgleichen sucht, auf der ganzen Welt seinesgleichen sucht. Und das ist etwas, was man auch mit in den Blick nehmen muss.

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe.)

Und hinzu kommt – mein letzter Satz –, dass selbstverständlich die Einschränkungen im Hotel- und Tourismus- und Gaststättengewerbe auch schon jetzt da vorhanden waren, und leider ist das Ergebnis nicht so eingetreten wie gewünscht, nämlich, dass die Infektionszahlen runtergehen, und deshalb kommt es nun zu weitreichenderen Maßnahmen mit entsprechendem Ausgleich.

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Kollege Barlen, Sie müssen zum Schluss kommen.

(Der Abgeordnete Julian Barlen wendet sich an das Präsidium.)

Okay, alles klar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Franz-Robert Liskow, CDU)

Dann rufe ich jetzt auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Dr. Jess.

**Dr. Gunter Jess,** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute und Gäste!

Herr Barlen, der Eindruck, den Sie eben bei mir hinterlassen haben, der ist so frisch, dass ich gleich doch darauf reagieren möchte. Und zwar, tut mir leid, Herr Barlen, Sie sind der größte Heuchler, den ich mir vorstellen kann. Genau das ist es nämlich!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Genau das ist es nämlich. Sie behaupten immer, dass Sie praktisch für die Bürger da sind, aber in Wirklichkeit – oder für die Wirtschaft –, aber in Wirklichkeit machen Sie sie kaputt.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Kollege!

**Dr. Gunter Jess, AfD:** Und ...

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Kollege, einen Moment!

**Dr. Gunter Jess, AfD:** Ja, gern.

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Ich muss Sie unterbrechen. Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für die persönliche Beleidigung des Abgeordneten Barlen.

**Dr. Gunter Jess, AfD:** Darf ich weiterreden?

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Ja.

**Dr. Gunter Jess, AfD:** Also es ist definitiv so, Sie haben hier die ganze Zeit eine Predigt gehalten und Ihr Gutmenschenum präsentiert, aber den Schaden, den Sie anrichten, den Schaden, den Sie bei Hunderttausenden wirklich anrichten, den negieren Sie total. Sie tun so, als wenn Sie jetzt praktisch hier, indem Sie riesige Schulden, indem Sie riesige Schulden mit verabschiedet haben, indem Sie die Steuerzahler über Jahrzehnte massiv belasten, da tun Sie jetzt so, als wenn das eine gewaltige, hervorragende menschliche Leistung von Ihnen gewesen

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

oder von der Regierung gewesen wäre. Also, meine Damen und Herren, ich bin erschüttert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber kommen wir zum Thema zurück!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir haben ja schon mehrfach über Corona gesprochen und im Grunde kann man ja sagen, es ist alles gesagt, aber noch nicht von jedem. Aber ich möchte trotzdem noch mal auf meine wesentlichen Punkte zurückkommen, die ich schon mehrfach angesprochen habe, und zwar, wie läuft das Risikomanagement in dieser Krise überhaupt ab. Und ich kann Sie nur auffordern, kommen Sie zu einer realistischen Bewertung der Krise zurück! Was Sie hier machen, das ist eigentlich eine Hysterie erzeugen. Die Risikokommunikation durch die Regierung und insgesamt durch die Medien ist eine reine Katastrophe. Sie erzeugen eine Hysterie, Sie erzeugen, dass die Corona-Hypochonder sich besonders im Aufwind fühlen.

Und wenn ich an die Voraussagen von Herrn Drost denke, der für Afrika sozusagen auf den Straßen Tote hat liegen sehen und der das schon bei der Schweinegrippe damals auch für Deutschland und hier auch bei der Corona-Infektion für Deutschland vorausgesagt hat, Hunderttausende Tote, nichts ist eingetroffen, und auch in Afrika, wo es keine entsprechenden Maßnahmen gegeben hat, nichts dergleichen ist eingetroffen – ich kann nur sagen, meine Damen und Herren, der Herr Drost soll sich mal in sein Labor zurückziehen, da würde er weniger Schaden anrichten! Aber wahrscheinlich ist er bei den Medien besser aufgehoben, denn er hat ja schließlich auch einen Medienpreis bekommen und keinen wissenschaftlichen Preis.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich möchte Ihnen mal, ich möchte Ihnen mal sagen, ich habe Freunde aus und in Schweden, und die haben mir gesagt – es ist wirklich so, ich möchte auf Schweden zurückkommen, und zwar aus gutem Grunde –, die haben mir gesagt, bei uns spielt diese Hysterie in den Medien keine Rolle. Die haben regelmäßig jeden Tag 14.00 Uhr entsprechende Fachleute in den Medien, im Fernsehen, die dort berichten über die aktuelle Situation und wo verschiedene Gruppen/Betroffene dort ihre Meinung sagen können. Das ist eine nüchterne, natürliche Auseinandersetzung mit der Krise, wie wir sie auch gerne hätten, meine Damen und Herren. Leider ist das bei uns nicht der Fall.

Bei uns ist es so, dass die, ja, obrigkeitstaatlichen Maßnahmen die Oberhand gewinnen, das heißt also Verbote und Gebote und nicht das Anrufen der Eigenverantwortlichkeit der Bürger, denn genau das ist es, was wir uns wünschen, die Eigenverantwortlichkeit der Bürger muss gestärkt werden, denn sie können am besten einschätzen, welchem Risiko sie sich aussetzen wollen und welches Risiko sie tragen können und welches nicht. Der Herr Professor Weber hat bereits darauf hingewiesen.

Ich möchte noch mal auf den schwedischen Weg zurückkommen, ganz abgesehen davon, dass Herr Barlen ja hier falsche Daten präsentiert hat.

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Herr Barlen, ich kann Ihnen das mal nachrechnen und vorrechnen, wie man das ausrechnet, damit man auf die richtigen Zahlen kommt. Also diese 1.000, wirklich,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

es ist wirklich so, dass 1.000 Tote mehr in Deutschland, wenn man die Zahlen aus Schweden zugrunde legt ...

(Thomas Krüger, SPD:  
Nein, Mecklenburg-Vorpommern!)

Ich kann es Ihnen ausrechnen, ich habe es nachgerechnet, für Deutschland. So.

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Und diese 1.000 Toten für Deutschland ...

Ich kann Ihnen das,

(Julian Barlen, SPD:  
Nein, Mecklenburg-Vorpommern!)

ich kann es Ihnen nachher vorrechnen, Herr Barlen.

Diese 1.000 Toten bei 900.000 Verstorbenen jedes Jahr, bitte sehen Sie die richtigen Relationen! Und da muss ich sagen, da frage ich mich, ob das, was wir an wirtschaftlichem Schaden anrichten in unserem Land, ob das wirklich gerechtfertigt ist. Und ich muss den Schweden meine Hochachtung aussprechen, mit welcher Wissenschaftlichkeit und mit welcher Konsequenz sie ihren Weg gehen. Ich kann nur sagen, abgerechnet wird zum Schluss werden.

Und es gibt noch ein interessantes Ergebnis. Ich habe mir die genauen Zahlen in Schweden angesehen. Es ist so, dass nach der Übersterblichkeit im Frühjahr inzwischen eine Untersterblichkeit da ist, weil nämlich der

Effekt, oder das kann man sich nur so erklären, dass man sagt, ja, diejenigen, die von Corona infiziert wurden, sind vermutlich ein bisschen früher gestorben, als sie sonst normalerweise gestorben wären, deshalb haben wir jetzt eine Untersterblichkeit in Schweden für diese,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Dann sind wir ja zufrieden,  
wenn wir etwas eher sterben.)

für diese Tage.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Dann ist die Welt in Ordnung.)

Und ich muss Ihnen sagen, jeder,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

ja, jeder ...

So, und die Schweden haben einen Fehler gemacht, sie haben ihre Altersheime nicht rechtzeitig, die vulnerablen Gruppen nicht rechtzeitig geschützt. Das haben sie inzwischen nachgeholt. Und ich kann nur sagen, das ist genau der Punkt, den wir auch machen sollten: Schützen wir die vulnerablen Gruppen, aber setzen wir nicht die gesamte Wirtschaft und das gesamte gesellschaftliche Leben auf null.

(Julian Barlen, SPD: Alle  
Risikogruppen wegsperren!)

Und jetzt will ich Ihnen mal was sagen, ich muss Ihnen sagen, die Älteren, die ältere Generation soll also durch diese Maßnahmen geschützt werden.

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Und ich kann Ihnen ganz offen sagen, ich selbst gehöre zur vulnerablen Gruppe und ich lehne es ab, dafür in Mithaftung genommen zu werden, dass meine Enkel und meine Kinder dermaßen in eine wirtschaftliche Misere manövriert werden. Das möchte ich nicht. Ich will dieses Risiko nicht haben, und ich will ganz deutlich sagen, ich glaube auch nicht, dass die meisten der älteren Menschen, die Sie angeblich schützen wollen, dass die wollen, dass ihre Kinder und ihre Enkelkinder dermaßen in die wirtschaftliche Misere hineingeritten werden, wie Sie es jetzt machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber ich glaube auch, dass – Sie können gar nicht mehr anders, weil Sie nämlich mit Ihrer Politik, und wir sind, wir sprechen von einer Krise des Politikversagens, in der wir uns befinden –, dass Sie mit Ihrer Politik im Grunde diese Misere ja erzeugt haben, diesen wahn-sinnigen wirtschaftlichen Schaden, alleine in Deutschland von 1,4 Billionen Euro. Wenn Sie diesen,

(Dietmar Eifler, CDU: Das ist ja  
unverantwortlich, was Sie da erzählen!)

wenn Sie diesen Schaden,

(Dietmar Eifler, CDU:  
Das glaubt Ihnen keiner!)

wenn Sie diesen Schaden ins Auge fassen, dann stellen Sie fest, Sie können gar nicht mehr zurück,

(Dietmar Eifler, CDU:  
Das ist unverantwortlich, ist das!)

Sie müssen behaupten, dass es so unbedingt sein muss,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

denn wenn Sie das anerkennen, dass Sie, dass Sie hier gewaltige Fehler gemacht haben, dann kann ich nur sagen,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

dann muss die junge Generation Sie mal kräftig abwählen, denn die junge Generation wird alles das, was Sie hier fabriziert haben, ausbaden müssen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Ich erinnere nur an Paul.)

und zwar in den nächsten 25 Jahren, wie wir ja gehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Paul steht  
für die junge Generation.)

Ja, ich kann nur sagen, im Grunde, im Grunde kann ich die Regierung nur auffordern, leider ist es ja so, dass die meisten natürlich von uns keine wissenschaftlichen Grundkenntnisse haben und wissenschaftlich nicht gearbeitet haben, sodass sie auch die Bewertung wissenschaftlicher Ergebnisse unter Umständen nicht korrekt vornehmen, aber sie brauchen Berater. Und diese Berater, und diese Berater muss man sich gut aussuchen, und ich befürchte, dass sowohl Angela Merkel als auch unsere Landesregierung sich die falschen Berater ausgesucht hat. Ich kann nur raten, ich kann nur empfehlen,

(Ann Christin von Allwörden, CDU:  
Das war klar!)

ich kann nur empfehlen,

(Ann Christin von Allwörden, CDU:  
Das passt nur nicht!)

ich kann nur empfehlen, sich nicht nur auf eine Seite zu schlagen, sondern sich auch gegensätzliche Meinungen anzuhören. Ich empfehle ...

(Ann Christin von Allwörden, CDU:  
Oder nur die, die Ihnen passen!)

Nein, gegensätzliche Meinungen anzuhören, denn genau das macht Wissenschaft aus, dass man Für und Wider abwägt. Und das scheint mir bei uns viel zu kurz zu kommen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Kollege, zu Ihrem Beitrag wurde eine Kurzintervention des Kollegen Abgeordneten Barlen angemeldet.

**Dr. Gunter Jess,** AfD: Gerne.

**Julian Barlen**, SPD: Kann es losgehen?

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Ja, sehr geehrter Herr Kollege, ich wollte Ihnen nur kurz nahelegen, den heimischen Abakus wirklich mal zu ölen und noch mal genau nachzurechnen. Schweden hat, Stand heute, bei einer Einwohnerzahl von 10,23 Millionen 7.514 Tote zu beklagen. Das sind ...

**Dr. Gunter Jess**, AfD: Das ist falsch, Herr Barlen.

**Julian Barlen**, SPD: ... 734,5 je Million. Bezogen auf die Einwohnerzahl von Mecklenburg-Vorpommern – da sind es 1,6 Millionen – wären das 1.175 Tote. In Wirklichkeit sind es 100. Die Differenz sind 1.000. Das heißt, Ihr Kurs, den Sie hier vorschlagen – immer wieder vorschlagen, offensichtlich nicht nur im Mai, nicht nur im Juni, nicht nur im August, sondern in Ihrer Person auch heute –, würde massiv mehr Tote bedeuten. Und vielleicht sollten Sie anfangen, anstatt hier Nebelkerzen zu werfen und mit dem Abakus zu quietschen, der Bevölkerung mal reinen Wein einzuschenken, wofür Sie als AfD hier stehen, nämlich einen Kurs der massiven Anzahl von mehr Toten in diesem Land.

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke**: Herr Kollege, möchten Sie darauf antworten?

**Dr. Gunter Jess**, AfD: Ja, natürlich.

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke**: Bitte schön!

**Dr. Gunter Jess**, AfD: Ja, ich weiß nicht, wo Sie Ihre Zahlen, Herr Barlen, herhaben. Ich habe mir die schwedischen Zahlen angesehen, und die schwedischen Zahlen besagen 3.551 Tote bis zum aktuellen Zeitpunkt.

(Stephan J. Reuken, AfD:  
Passt nicht so gut.)

Also das passt überhaupt nicht zu Ihren Zahlen. Und ich weiß nicht, wo Sie Ihre Zahlen herhaben. Und die schwedischen Zahlen sind nämlich taggenau, und mit denen habe ich gerechnet und die Ergebnisse sind so, wie ich es Ihnen gesagt habe. Und die sind richtig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke**: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Wildt.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das war  
ein zusätzlicher Redebeitrag.)

Ich habe Sie nicht vergessen, Herr Professor Weber. Ich habe das registriert.

**Bernhard Wildt**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Mitbürger! Wir haben jetzt heute schon sehr viel gehört über die Pandemie im Allgemeinen, alle Facetten des Gesundheitsschutzes, und deswegen möchte ich darauf nicht mehr so sehr eingehen, sondern nur auf die drei Punkte unseres Antrages, die meiner Fraktion und mir besonders wichtig sind.

Das Erste ist tatsächlich der Schutz der Risikogruppen. Es ist uns besonders wichtig, dass die Alten- und Pflegeheime, aber auch die mobilen Pflegedienste besonders in den Schutz genommen werden, dass dort auch die Teststrategie konsequent durchgesetzt wird. Und vielleicht haben einige von Ihnen das vor wenigen Tagen im „Nordmagazin“ gesehen – wir sind ja alle fleißige „Nordmagazin“-Gucker –, dass dort in einigen Altersheimen sehr sorgfältig schon getestet wird. Jeder, der das Altersheim betritt, egal, ob Mitarbeiter oder auch Besucher, wird dort getestet, und es ist dort gelungen, bis jetzt Infektionen aus dem Haus rauszuhalten. Andere Pflegeeinrichtungen haben da noch Nachholbedarf, die können da noch besser werden. Und das ist uns besonders wichtig, und deswegen ist dieser Punkt auch im Antrag enthalten.

Aber auch allgemein muss man sagen, die Risikogruppen sind eben auch, Herr Dr. Jess, auch wenn Sie sich da anders verhalten, insgesamt natürlich doch besonders schutzwürdig. Und wir haben uns tatsächlich auch schon im Sommer, schon vor langer Zeit im Grunde genommen, in unserer Fraktion damit auseinandergesetzt, wie können wir die besonders schutzwürdigen Risikogruppen besser schützen, wie machen wir das und wäre das tatsächlich vielleicht ein Alternativmodell, wenn man nur die Risikogruppen schützen würde und der Rest könnte normal weiterlaufen. Das ist ja ein sachgerechter Vorschlag, den man mal durchdenken muss.

Und in unseren Diskussionen mit den Epidemiologen ist tatsächlich als Ergebnis herausgekommen, wir würden das nicht schaffen. Die Risikogruppen betragen etwa 40 Prozent der deutschen Bevölkerung. In Mecklenburg-Vorpommern sind es noch mehr, wir haben da einen etwas überalterten, wenn man so will, etwas älteren Bevölkerungsstand und die Vorerkrankungen sind auch eher über dem Durchschnitt. Und wir würden es nicht schaffen, diesen hohen Anteil an unserer Bevölkerung zu schützen, wenn wir uns nur darauf konzentrieren würden.

Denn was passiert? Das sehen wir ja jetzt laufend. Zwangsläufig werden Infektionen immer wieder in die Pflegeheime, in die Altersheime hineingetragen, dann mit verheerenden Auswirkungen. Gerade heute stand – oder ich glaube, gestern Abend schon – wieder eine Nachricht, Berliner Pflegeheim, 23 Tote nach Corona-Infektion. Was ich damit sagen will: Wenn eine Infektion hineinkommt, ist das Risiko eben enorm hoch, dass wir dort ganz schwere Verluste zu tragen haben, und deswegen muss diese Gruppe besonders geschützt werden. Und ich glaube, die Frau Ministerpräsidentin war es, die hier auch darauf hingewiesen hat, dass es bundesweit gesehen – zum Glück ist es bei uns nicht der Fall, wir sind da besser –, aber bundesweit gesehen tatsächlich der Hotspot Nummer eins ist, Altersheime und Pflegeheime.

Der zweite Punkt, der uns besonders wichtig ist, ist der Schulbetrieb. Wenn Sie sich daran erinnern, wir haben schon im Juni gemeinsam mit dem Koalitionspartner einen Antrag eingebracht, in dem wir ganz klar gefordert haben, Präsenzunterricht sollte Vorrang haben. Wir möchten, dass die Kinder im Präsenzunterricht unterrichtet werden.

Und ich habe gerade, ja, interessiert zur Kenntnis genommen, dass Herr Kramer gesagt hat, das Hygienekonzept an Schulen ist gut, oder die sind gut und wirksam, haben Sie eben gesagt, Herr Kramer. Und das

finde ich, das finde ich schon mal gut, dass Sie das jetzt tatsächlich zugeben, denn im August, im September, im Oktober haben Sie uns eigentlich mit Anträgen, möchte ich mal sagen, malträtiert, in denen Sie genau dieses Hygienekonzept kritisiert haben, Sie haben ein angebli-ches Maskengebot wieder abschaffen wollen. Heute erkennen Sie selber an, unser Konzept war sehr erfolgreich.

Und das ist auch richtig so, das Konzept war sehr erfolgreich, wir konnten es in den letzten drei Monaten tatsächlich schaffen, kaum oder wenig Infektionen in den Schulen zu haben. Sobald eine Infektion in die Schule hineingetragen wurde, hat das Hygienekonzept gegriffen und es wurden die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet, und diese Maßnahmen übrigens waren auch immer regional und waren immer fallbezogen und deshalb auch verhältnismäßig. Das war uns ja besonders wichtig, dass es eben nicht diesen Stillstand übers ganze Land gab, sondern wenn in einer Schule ein Fall war, dann hat man an dieser Schule reagiert. Wir hatten die Kohortenbildung, um das möglichst stark eingrenzen zu können, noch nicht mal die ganze Schule, sondern vielleicht nur zwei Klassen eben in Quarantäne schicken zu müssen, hat alles hervorragend geklappt.

Und jetzt könnten Sie die Frage stellen, warum weicht denn die Regierung, warum weichen die beiden Fraktionen SPD/CDU jetzt von dieser Methode ab, von diesem sehr erfolgreichen Konzept ab. Das kann ich Ihnen ganz leicht sagen: Weil wir es müssen. Die Infektionsdynamik hat so stark zugenommen, dass wir jetzt mit diesem Verfahren, das bisher sehr erfolgreich war, nicht mehr weitermachen können. Und es hat sich auch gezeigt, das ist eigentlich auch ganz logisch, wenn man sich ein bisschen mit Epidemien beschäftigt oder auch Pandemien, die Fallzahlen können sehr, sehr stark sehr, sehr schnell ansteigen. Das heißt, wenn Sie heute sagen, wenn Sie heute sagen, es gibt vielleicht keine Fälle in Anklam, dann kann das morgen schon ganz anders aussehen.

Und deswegen können wir diese Methode jetzt in der Form kurzfristig so nicht weiter fortsetzen, wir haben aber in unserem Antrag schon vereinbart, oder beantragen das eben, dass wir natürlich möglichst schnell wieder zu dem bewährten Konzept zurückkommen können und dass wir möglichst schnell die Kinder wieder im Präsen-zunterricht unterrichten können. Und dabei geht es nicht nur um den Bildungsauftrag, den Bildungsanspruch, es geht um die Stabilität und die Sicherheit der Familien, aber eben immer im Gleichklang mit dem Gesundheitsschutz. Und das habe ich auch schon mehrmals hier gesagt, bei allen Ihren Anträgen: Wir können diese Ziele nicht gegeneinander ausspielen, wir müssen beides erfüllen, wir müssen beides in der Waage behalten, Gesundheitsschutz genauso wie halt auch die Stabilität der Familien und den Bildungsauftrag, den wir gegenüber den Kindern haben.

Das dritte Thema, was ich ansprechen möchte, ist natürlich das Thema Wirtschaft. Das wurde hier heute auch schon mehrmals kritisiert, die schweren Schäden, die bei der Wirtschaft entstehen können. Hier haben wir eine offensichtlich vollkommen unterschiedliche Auffassung. Während Sie als AfD fordern, dass das öffentliche und wirtschaftliche Leben wieder geöffnet wird, dass man also einfach alles wieder so macht wie vorher, sagen wir eben ganz klar, das geht nicht. Natürlich würden wir das

auch gerne machen, also es ist ja nicht so, dass wir das lustig finden. Wir fänden es auch besser, es gäbe kein Virus und keine Pandemie. Aber es gibt diese Pandemie,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

es gibt eben diese Pandemie und wir müssen da jetzt drauf reagieren. Und es ist auch vollkommen müßig zu versuchen, das eine mit dem anderen zu vergleichen sowie eine mathematische Formel dort aufzustellen, zu sagen, ein X ist gleich zwei Y, und wenn das da erlaubt ist, dann muss das dort auch erlaubt sein. Das funktioniert im Moment nicht.

Es geht schlichtweg darum,

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

es geht schlichtweg darum, die Zahl der Kontakte massiv zu reduzieren, massiv runterzubekommen, und dabei haben wir keine absolute Gerechtigkeit, das ist uns klar. Wir können dort keine absolute Gerechtigkeit und Gleichheit und so weiter herstellen. Den einen trifft es ein bisschen härter als den anderen, aber das Gesamtergebnis für unser gesamtes Land, das steht doch im Vordergrund, und damit meine ich nicht nur Mecklenburg-Vorpommern, sondern ganz Deutschland. Das steht im Vordergrund. Wir kriegen diese Pandemie nicht in den Griff, wenn wir nicht die Zahl der Kontakte reduzieren.

Und dann möchte ich gerne noch auf den dritten Punkt eingehen, den Sie in Ihrem Antrag genannt haben, dass man das Ganze doch eher als Empfehlung, die Kontaktbeschränkungen als Empfehlungen herausgeben könnte und deswegen diese strengen Ordnungsmaßnahmen nicht bräuchte. Das ist absolut richtig, genau das haben wir ja in der Vergangenheit getan. Wir würden es gerne machen, so als Empfehlung, aber wir wissen dann auch genau, dass sich nicht alle daran halten. Das sind die Erfahrungen der letzten Wochen.

Und da frage ich mich dann schon, wie lange möchten Sie den Sachsen zum Beispiel empfehlen, sich daran zu halten, wenn die Inzidenzen schon mittlerweile teilweise bei über 500 liegen? Das reicht eben nicht, die Empfehlung. Wir fänden das schön, wenn das klappen würde, wenn man nur zu empfehlen braucht und alle halten sich dran und es ist alles wunderbar. Das wäre viel, viel besser, als diesen strengen Maßnahmenplan durchzusetzen. Aber die,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

aber die Vergangenheit der letzten Monate oder auch Wochen zeigt eben, nur mit Empfehlungen funktioniert es nicht, das verstehen die Leute nicht. Sie können ja auch allen sagen, fahren Sie langsamer, fahren Sie nicht bei Rot über die Ampeln, einfach nur so als Empfehlung. Nein, da gibt es klare Regeln und an diese Regeln muss man sich halten, und daran – und das ist ganz wichtig – muss sich jeder halten. Und ich glaube, dass da die Landesregierung gut beraten ist, das in der Zukunft stärker durchzusetzen, dass sich wirklich alle daran halten, denn es geht schließlich am Ende darum, dass die Maßnahmen erfolgreich sein müssen. Und erfolgreich sind sie eben nur, wenn sich alle daran halten.

In diesem Sinne bitte ich, unserem Antrag zuzustimmen und den Antrag der AfD abzulehnen. – Besten Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Kollege Wildt, auch zu Ihrem Beitrag gibt es eine angemeldete Kurzintervention.

Bitte schön, Herr Kramer!

**Nikolaus Kramer, AfD:** Frau Präsidentin, vielen Dank!

Kollege Wildt, Sie haben gesagt, dass wir zu einer Zeit ...

(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU)

Wieso, er ist doch immer noch Kollege! Er ist doch immer noch Landtagsabgeordneter.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU)

Aber ich fände es echt nett, wenn Sie mir bitte meine Zeit während der Intervention nicht nehmen würden durch ständige Zwischenrufe. Das Thema hatten wir vorhin.

(Daniel Peters, CDU:  
Dann mach doch einfach! – Zuruf  
von Ann Christin von Allwörden, CDU)

Na ja, aber es ist schon störend.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber ja, ich mache einfach.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Also, Herr Kollege Wildt, ich habe nie irgendwelche Hygienemaßnahmen in Abrede gestellt, ganz im Gegenteil, es ist nämlich schon immer die Strategie der AfD gewesen, dass wir eben auf die Eigenverantwortung und auf Hygienestrategien, auf Hygieneregeln abstellen. Und das, also das stimmt so nicht, was Sie gesagt haben.

Und ich habe das auch vorhin in meinem Redebeitrag nicht anders gesagt. Ich habe gesagt, dass ja genau das ein Zeichen dafür ist, dass das funktionieren kann, und das genau in den Gruppen jetzt, ob das nun die Wirtschaft ist, ob das jetzt Hotel und Gastronomie ist oder dass das jetzt die Kinder sind, die nicht zur Schule gehen können.

Ich meine, versetzen Sie sich mal – Sie haben doch selbst Kinder –, versetzen Sie sich mal in die Situation von den Zwölfklässlern, die jetzt Abitur schreiben sollen! Die sitzen jetzt zu Hause, denen fehlt ein ganzes Jahr, und das müssen Sie mal auch, das potenziert sich ja auf die Folgezeit, und das ist, das ist völlig irre! Und das ist, wie gesagt, das ist der Weg, den wir schon immer gutgeheißen haben und nicht, mit keinem Wort, in irgendeiner Form kritisiert haben, gar nicht! Also das stimmt so nicht, was Sie hier gesagt haben. Das stimmt einfach nicht!

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Kollege Wildt, möchten Sie darauf antworten?

**Bernhard Wildt, CDU:** Ja, sehr gerne möchte ich ...

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Bitte schön!

**Bernhard Wildt, CDU:** ... darauf antworten.

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

Also, lieber Kollege Kramer, mag sein, dass Sie das immer schon so gesehen haben, das weiß ich nicht. Das ist für uns ehrlich gesagt auch undurchsichtig, wie jetzt genau die Lage in der AfD-Fraktion ist.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Ich kann mich nur ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –  
Beifall und Zuruf von Daniel Peters, CDU)

Möchte ich auch gar nicht so genau wissen.

Ich kann mich nur darauf konzentrieren, welche Anträge hier gestellt wurden, und da kann ich mich an den August erinnern, an den September erinnern, an den Oktober erinnern – und es wurde eigentlich angekündigt, dass das so weitergehen soll, ich weiß gar nicht, warum dieser Antrag dieses Mal nicht gestellt wurde –, es wurde immer wieder beantragt, Maskenpflicht an den Schulen abschaffen. Und dann habe ich jedes Mal ausführlich erklärt, wie das Hygienekonzept ist, und habe jedes Mal eigentlich gegen eine Wand geredet. Weder Dr. Jess noch Herr Horst Förster haben es offensichtlich verstanden oder verstehen wollen.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:  
Es ist, wie es ist.)

Es ist, wie es ist.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Danke schön, Herr Abgeordneter!

Jetzt hat das Wort der fraktionslose Abgeordnete Arppe.

**Holger Arppe, fraktionslos:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Barlen, Sie sprachen vorhin von einer Korrelation zwischen Regionen mit hoher AfD-Wählerschaft und hohen Infektionszahlen bei Corona.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ich behaupte mal, es gibt auch eine Korrelation zwischen dem Umstand, ob in Bundesländern die SPD zusammen mit den GRÜNEN und/oder der Linkspartei an der Macht ist, und den dortigen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

der dortigen öffentlichen Sicherheit. Also das sind irgend- wie ja ziemlich unsinnige Vergleiche, die Sie da anstellen.

(Julian Barlen, SPD:  
Belegen Sie das doch mal!)

Viel gravierender ...

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Haben Sie ja auch nicht belegt.

Viel gravierender ist eigentlich, was Sie noch gesagt haben. Sie haben nämlich behauptet, wenn diese Corona-Maßnahmen jetzt nicht eingehalten werden, dann hätte jede Familie in Mecklenburg-Vorpommern im nächsten Jahr zahlreiche Todesopfer zu beklagen. Und so Ihre eigene Politik mit solchen Horrorgeschichten rechtfertigen zu wollen, das ist mindestens verantwortungslos, vor allen Dingen aber vergiftet es ja auch das Klima in der Gesellschaft, weil damit die Menschen ja in Panik versetzt und hysterisiert werden, ohne dass es dafür irgendeinen Grund gäbe.

Demokratie lebt ja auch vom Widerspruch und lebt auch hier davon, dass es nun mal politische Kräfte gibt, die eine andere Herangehensweise an die Lösung des Corona-Problems favorisieren, und da kann man eben nicht hergehen, um diese abweichenden Meinungen quasi zu delegitimieren, indem man jetzt immer sagt, ja, wenn Sie unsere Politik nicht mittragen, die dann ja alternativlos wäre, dann sind Sie für soundso viele Todesopfer in einer noch zu erlebenden Zukunft verantwortlich. Dieses Postulat der Alternativlosigkeit, verbunden mit solchen Unterstellungen, ist ja eigentlich das Ende eines jeden Meinungspluralismus, und daher ist es in der Tat heuchlerisch, wenn Sie einerseits Millionen und Abermillionen Euro für Demokratieförderprogramme ausgeben, aber andererseits Menschen, die für das Grundgesetz und für die Einhaltung der Grundrechte und für demokratische Mitbestimmung auf die Straße gehen, als Antidemokraten oder gar als irgendwie Rechtsextremisten diffamieren. Das passt irgendwie nicht zusammen.

Passen tut auch keineswegs, dass wir jetzt hier über Maßnahmen diskutieren, die am Sonntag schon längst beschlossen worden sind. Auch das trägt nicht gerade dazu bei, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung hinter diesen Maßnahmen stetig gleichbleibend hoch ist. Wir haben jetzt 49 Prozent der Bundesbürger, die diese Maßnahmen noch mittragen. Es geht also abwärts, und da sollten Sie sich mal fragen, warum. – Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete de Jesus Fernandes.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Thomas de Jesus Fernandes, AfD:** Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Die SPD-Fraktion hat hier in der Debatte immer davon geredet, von dem konstruktiv arbeitenden Teil dieses Plenums, und hat damit erst mal gleich alle Kritiker an ihren Maßnahmen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

auch die dagegen draußen demonstrieren, durchbeleidigt und diffamiert. Das ist nicht konstruktiv, das ist sogar antidemokratisch, wenn Sie gar keine andere Meinung mehr zulassen. Das hatten wir schon mal, das brauchen wir nicht, das hat hier auch schon, das wurde hier auch schon oft genug gesagt.

(Beifall Jörg Kröger, AfD)

Und dass sich das eine nicht ausschließt

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

und auch mit Selbstverantwortung sehr gut vermischen lässt, will ich an einem Beispiel erläutern, an einem eigenen, an meiner Familie. Da habe ich einen Bruder, der arbeitet im Gastronomiebereich, der hat quasi ein Berufsverbot. Der ärgert sich. Der weiß jetzt nicht, wo er seine Kinder, der muss sich über seine Kinder jetzt erst mal keine Gedanken machen. Dann gibt es da die Frau mit Kindern, alleinerziehend, wenn die Kita zumacht, muss sie um ihren Arbeitsplatz bangen oder zumindest in Zukunft schauen, sucht sich mein Arbeitgeber nicht irgendjemanden ohne Kinder, damit er nicht mehr vor diese Herausforderung gestellt wird, wenn sie wegfällt quasi, weil sie ihre Kinder zu Hause betreuen muss. Und dann habe ich da den Bruder im Einzelhandel, der ganz normal weiterarbeitet und einen Kontakt nach dem anderen hat dort im Einzelhandel, aber alle arbeiten für sich auch eigenverantwortlich.

Und da will ich zurückkommen, wir haben einen Risikofall zu Hause bei uns – und da komme ich auch auf Weihnachten zu sprechen –, ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)

Das interessiert Sie alle nicht, ich erzähle es trotzdem.

... und wir alle haben uns verständigt, dass wir Weihnachten schmaler ausfallen lassen, um diesen Risikopatienten zu beschützen. Und das ist Eigenverantwortung, meine Damen und Herren, und auf der anderen Seite aber auch Kritik an den Maßnahmen, und beides funktioniert und beides passt zusammen und beides muss möglich sein in einer lebhaften Demokratie. Und dafür stehen wir und nichts anderes steht bei uns in unserem Antrag drin: Risikogruppen beschützen, auf Eigenverantwortung setzen, aber Zwangsmaßnahmen wirklich nur da, wo es absolut nötig ist, meine Damen und Herren. Das wollte ich hier noch mal loswerden. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Das  
war ja nicht doll! Das hat  
uns jetzt weitergebracht.)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der SPD hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Barlen.

**Julian Barlen, SPD:** Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie falsch das ist, was Sie hier gerade alles erzählt haben, konnte man sehen, wenn man sich die Demonstration unten angeschaut hat: nichts mit Eigenverantwortung, keine Masken, kein Abstand. Professor Weber hat selber gepostet. Völliger Schuss nach hinten!

Und dann wollte ich noch sagen, Dr. Jess, ich weiß nicht, bei welcher studentischen Seminararbeit Sie Ihre eigenen Zahlen da abgeschrieben haben. 7.514 Tote in Schweden, das ist die Zahl der Johns-Hopkins-Universität und des schwedischen Gesundheitsministeriums, alles andere müssten Sie hier mal darlegen. – Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5666 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Herr Arppe, stimmen Sie auch zu? Das kann ich nämlich nicht erkennen durch das Spiegeln hier. Gegenprobe, bitte! – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5666 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Gegenstimmen aller anderen anwesenden Abgeordneten abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE auf Drucksache 7/5673. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe. – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE auf Drucksache 7/5673 bei Zustimmung durch die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und die fraktionslose Abgeordnete und Gegenstimmen der Fraktionen der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** Antrag der Fraktionen der CDU und SPD – MV Werften unterstützen, auf Drucksache 7/5674.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD  
MV Werften unterstützen  
– Drucksache 7/5674 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und wir verfahren so.

Zunächst hat ums Wort gebeten für die Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Das Geburtstagskind!)

Bitte schön, Herr Minister Glawe!

(Andreas Butzki, SPD: Früher hat er 'ne Torte mitgebracht. – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Früher hat er uns allen was geschenkt. – Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Und wenn es nur ein Bürger ist an der Tankstelle.)

**Minister Harry Glawe:** Das waren Berliner.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! „MV Werften unterstützen“ ist ein kurzer, aber prägnanter Antrag, den SPD und CDU formuliert haben. Wir haben in den letzten Jahren erlebt, dass gerade Genting Hong Kong hier in Mecklenburg-Vorpommern drei große Werften betrieben hat, und das sehr erfolgreich. Und lassen Sie mich kurz zurückschauen: Im Dezember, im Januar dieses Jahres waren wir davon aus-

gegangen, dass es maximal eine Epidemie ist, Covid-19, und keine Pandemie. Ich will alle daran erinnern, in Wuhan waren die ersten Ausbrüche in China zu erkennen und wir waren in Europa noch relativ entspannt. Das hat sich allerdings innerhalb von zweieinhalb Monaten geändert. Am 15. März hatten wir den ersten Lockdown, das heißt, Ausgangssperre, und wir mussten dafür sorgen, dass die Infektionszahlen nicht weiter steigen, und wir hatten gar keine Erfahrung mit diesem neuen Covid-19-Erreger, den die Welt so noch nie gesehen hat, wenn man die Schwarze Grippe 1917/18/19 in Verbindung mit dem Ersten Weltkrieg mal vor Augen hat. Also ein gewisses kollektives Vergessen hat auch in hundert Jahren eingesetzt.

Ja, meine Damen und Herren, es ist natürlich so, dass wir insgesamt natürlich eine Riesenherausforderung haben, und diese Riesenherausforderung heißt eben auch, jedenfalls aus unserer Sicht, dass wir einem Unternehmen, das unverschuldet in Schwierigkeiten gekommen ist, helfen sollten, solange wir es wirtschaftlich verantworten und rechtlich sicher können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Und, meine Damen und Herren, es war 2016 ein Glücksfall, dass Genting nach Mecklenburg-Vorpommern gekommen ist. Die haben fast 2 Milliarden Euro hier investiert. Sie haben aus 1.300 Beschäftigten 3.200 Beschäftigte gemacht, sie haben dafür gesorgt, dass viele Zulieferer entstanden sind, und sie haben dafür gesorgt, dass auch eine gewisse positive Stimmung in der Industrielandschaft in Mecklenburg-Vorpommern herrscht, sprich, das maritime Herz Mecklenburg-Vorpommerns, die Werften, hat wieder geschlagen – aber eben nur bis zum 15. März dieses Jahres. Und dann kamen die Schwierigkeiten. Man kann es so bezeichnen oder auch ein Bild malen, dass ein Schiff bei voller Fahrt auf einen Eisberg rammt. So ähnlich kann man es ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das hatten wir heute schon mal, nur mit einem Auto.)

Ja, dass Sie das nicht verstehen, Herr de Jesus Fernandes, das verstehe ich schon. Also Ihnen fehlt ja jede Fantasie,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Ich hab gesagt, das hatten wir heut schon mal, die Geschichte, nur mit einem Auto.)

Ihnen fehlt jede Fantasie, und ich kann Ihnen nur mal raten, ab und zu auch mal zuzuhören. Und dann können Sie Ihren Spruch gerne tun.

(Beifall vonseiten der  
Fraktionen der SPD und CDU –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Nee, das ist einfach ... Ich will das mal mit einem Grundschüler vergleichen, der sozusagen in der Klasse immer der Pausenc clown ist.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Meine Damen und Herren, natürlich ist es so, dass die Werftenstandorte eine Riesenherausforderung für das Land Mecklenburg-Vorpommern, aber auch für die Bun-

desregierung darstellen. Und wir haben natürlich in den letzten Monaten viel unternommen, um die Liquidität auf den Werften mit Unterstützung aller zu sichern. Trotzdem muss man feststellen, nachdem wir sehr lange darüber diskutiert haben, wie kriegen wir einen Plan A umgesetzt, also wie kriegen wir Universalschiffe dann auch geordert und wie kriegen wir sie gebaut, da gab es lange die Überlegung, mindestens zwei Universalschiffe zusätzlich in das Portfolio hineinzuholen, zu den Schiffen, die jetzt schon fast fertig sind. Dieser Plan musste zurückgestellt werden, und zwar hat ihn Genting zusammen mit der Bundesregierung zurückgestellt, weil die Liquidität des Unternehmens nicht so groß ist, dass man sagen kann, man kann solche Investitionen stemmen. Auch der Mutterkonzern hat keine Einnahmen, er lebt von der Kreuzfahrt.

Und das sind all die Dinge, die uns natürlich Kopfzerbrechen machen und uns auch weiter fordern. Aber wir haben in den letzten Tagen auch erreicht, dass wir durchaus auch durch den Vorratsbeschluss, den dankenswerterweise heute der Finanzausschuss heute Morgen gefasst hat, dass wir weitere 57 Millionen einsetzen können, sofern Genting bis Freitag ein positives Signal dazu gibt. Das haben wir als Landesregierung sehr intensiv mit dem Bund verhandelt, und ich will mich ausdrücklich bei Reinhard Meyer bedanken, der sehr intensiv mitgetan hat, um den Bund zu überzeugen, dass wir jede Chance nutzen wollen, die irgendwie noch möglich ist, dieses Unternehmen am Leben zu halten. Dass das nicht leicht ist, will ich hier nicht verhehlen.

Aber andererseits, was machen wir, wenn wir da eine Werftruine stehen haben? Eine Werft kaltzustellen, geht schnell, aber sie wieder warm zu machen und für andere Produktionen vorzubereiten, ist äußerst schwierig. Und da haben wir unsere Erfahrungen. Wir haben ja auch bei P&S Werften gesagt, die Werft bleibt warm, egal, was passiert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und die Entscheidung war damals richtig und es kann jetzt nicht richtig sein, andersrum zu sagen, nach den großen Investitionen, die hier auf den Werften stattgefunden haben, dass wir dieses Thema jetzt überhaupt nicht mehr angehen.

Meine Damen und Herren, es ist natürlich so, dass wir weitere Gespräche und auch Verhandlungen brauchen. Am Ende geht es darum, den Plan B unter den Wirtschaftsstabilisierungsfonds zu bringen. Das würde bedeuten etwa 450 Millionen Euro vom Bund zur Finanzierung dann auch von „Global 1“. Und das sollte es wert sein, dafür zu kämpfen, dass wir einerseits die „Endeavor“ fertigbauen, die wird ja schon im nächsten Jahr fertig und „Global 1“ 2022.

Grundsätzlich geht es darum, Zeit zu kaufen, um zu gucken, ob sich weitere Geschäftsfelder dann auftun. Nichts ist schlimmer, als wenn man eine Werft zumacht und damit keine Perspektiven hat.

(Präsidentin Birgit Hesse übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen sind wir als Landesregierung bereit, mit Ihnen zusammen, solange Sie den Weg natürlich auch mittragen, und der muss ja in gewisser Weise auch logisch sein, so lange sind wir bereit, die Dinge auch auf den

Weg zu bringen und damit eine Weiterführung der Werften, wenn es irgendwie geht, zu sichern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Wir brauchen weitere Meilensteine, über die wir dann reden müssen, wenn wir jetzt wissen, was passiert. Ich will nur noch mal darauf hinweisen, worum es auch geht. Es geht natürlich – und das will ich auch Herrn de Jesus Fernandes mal sagen, wir haben alleine für die kleinen und mittleren Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern, das sind 36.000, haben wir 340 Millionen Euro zur Stützung der Wirtschaft ausgegeben –, also es geht nicht nur um Werften, sondern es geht um den gesamten Mittelstand und um kleine Unternehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich meine, Sie sind der Wirtschaftsexperte, das müsste Sie doch interessieren, ne?

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich habe mit Ihnen gesprochen, ja.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Na ja, dann werde ich das nächste Mal korrigieren.

Meine Damen und Herren, es geht natürlich um 3.200 Arbeitsplätze. Es geht auch um Tourismus, um 132.000 Arbeitsplätze plus 40.000 direkt oder indirekt Beschäftigte in diesem Bereich. Also die Wirtschaft insgesamt ist notleidend und wir müssen alles tun, dass wir sie durch diese schwierige Krise bringen. Wir haben ja nicht umsonst Kredite aufgenommen, um die Verluste der Wirtschaft abzufangen, um ein völliges, eine völlige große Pleitewelle abzuwenden und uns dann vorzuwerfen, dass wir für die nächsten Generationen nichts übrig haben. Wissen Sie, ein Staat muss immer dann bereit sein, Geld auszugeben in einer Krise, um die Wirtschaft wieder zu stärken. In einer Zeit, wo es gut geht, wo die Wirtschaft brummt, da muss die Wirtschaft auch Steuern zahlen. Und wir müssen – und das ist meine feste Überzeugung – antizyklisch handeln,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Thomas Krüger, SPD)

antizyklisch handeln, in dem Moment auch Geld bereitzustellen, wenn der Mangel da ist und wenn man die Wirtschaft wieder aufbauen oder abfangen will et cetera.

Und man will ja am Ende auch den Menschen helfen, und das ist ja nicht so, dass es nur alles Selbstzweck ist, sondern am Ende geht es um die Bürgerinnen und Bürger, es geht um die Arbeitsplätze und es geht natürlich auch um die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern. In dem Sinne will ich mich bedanken, dass Sie sich so intensiv, jedenfalls in der Mehrheit, hier im Parlament für die Unterstützung der MV WERFTEN ausgesprochen haben. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Minister!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

**Nikolaus Kramer**, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Meine Güte, ist das hoch hier!

(Der Abgeordnete Nikolaus Kramer stellt das Rednerpult ein. – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Ja, ja, der Wirtschaftsminister, der ist ein ganz schöner Brecher. Hätte er mal die, hätte er mal die Geschichte mit dem Eisberg weitererzählt, die er da angefangen hat vorhin! Haben Sie noch nicht zu Ende gebracht.

(Zuruf aus dem Plenum: Soll das ein Witz sein?! – Zuruf von Minister Harry Glawe)

Gut, nun stehen wir heute hier und sollen über einen Antrag debattieren und beraten und gegebenenfalls auch zu einem Beschluss kommen, der uns hier von der Landesregierung vorgestellt wurde. Der Wirtschaftsminister hatte ihn vorgestellt mit einem kurzen, knappen Antrag. So kurz und knapp finde ich den gar nicht. Aber was finden wir in diesem Antrag? In diesem Antrag soll es also darum gehen, dass von einem Projektkonto die restlichen circa 57 Millionen Euro freigegeben werden für den Weiterbau der Endeavor Class und der „Global 1“.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wie kommt es denn jetzt dazu?

Im Oktober 2020 wurden also aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes circa, nein, nicht circa, sondern 193 Millionen Euro für die Fertigstellung der „Endeavor 1“ bis März 2021 und der „Global 1“ auf eben dieses Projektkonto überwiesen. So weit, so gut. Derzeit stehen dort noch diese circa 57 Millionen Euro zur Verfügung, das Konto ist jedoch gepfändet. Warum?

Gehen wir mal aber in der Geschichte einige Monate oder sogar Jahre zurück, weil ja hier auch der Wirtschaftsminister von den pandemischen Folgen sprach. Aber schon am 25. Juli 2019 stand in der „Ostsee-Zeitung“ folgende Überschrift: „Zu langsam. Genting hat Probleme mit Arbeitstempo auf der Stralsunder Werft“.

(Egbert Liskow, CDU: Seit wann glauben Sie der „Ostsee-Zeitung“?!)

Und dann hat man sich darauf geeinigt, die „Endeavor 1“ in sechs Wochen fertigzustellen, das wäre dann Mitte September 2019 gewesen. Und die „Endeavor“ sollte dann also ab Anfang 2020 vom Stapel laufen und auf den Weltmeeren umherfahren. Was ist passiert? Wenig bis gar nichts. Und jetzt haben wir schon Dezember 2020. Und man erzählt uns immer noch von einem Baufortschritt von 90 Prozent bei der „Endeavor 1“. Aber da war es ja nie so, dass man da nicht hätte arbeiten dürfen oder nicht arbeiten können. Es lag offensichtlich nur an den fehlenden Finanzmitteln.

Dann warten wir also, nachdem wir uns entschlossen haben, die Locked Box zu öffnen, auf ein positives Fortsetzungsgutachten, auf eine positive Fortsetzungsprog-

nose. Wir werden Monat um Monat vertröstet und die Prognose bleibt einfach aus. Und dann kann ich mich erinnern, in der sogenannten Elefantenrunde habe ich gefragt, ob es denn möglicherweise Überlegungen gibt, die Produktion umzustellen, wo auch eben der Wirtschaftsminister gesagt hat, es würde Jahre dauern, die Produktion umzustellen. Da bin ich damals für die Frage fast verteufelt worden, es würde viel zu lange dauern, bis 2024, und es gibt nur diesen einen Plan, das ist der Plan A, wir bauen die „Endeavor 1“ fertig, wir bauen die „Global 1“ fertig, dann wird die „Global 2“ fertiggebaut, möglicherweise kann man zur Universal Class umstellen, aber wir können nicht die Produktion umstellen, zumal Genting auch immer gesagt hat, wir möchten am Kreuzfahrtschiffbau festhalten.

Und heute früh im Finanzausschuss müssen wir erfahren, dass man jetzt mit einem Plan B um die Ecke kommt. Und das ist genau die Produktionsumstellung. Da sollen jetzt Marinetanker gebaut werden unter anderem und Konverterplattformen,

(Egbert Liskow, CDU: Möglicherweise.)

also das, wofür man mich vor sechs Monaten noch allein für die Frage ausgelacht hat.

Ja, möglicherweise, Herr Liskow, möglicherweise. Und wir haben hier so viele Möglicherweises, wir haben hier so viele Fragezeichen, Herr Liskow, und sollen hier noch mal Geld rausrücken, und das Land soll sich noch mal verschulden.

(Zuruf aus dem Plenum: Das ist schon längst weg.)

Ja, und genau das ist das Problem: Das Geld ist schon längst weg, Herr Schulte, und wir werden dann noch mehr nachwerfen.

(Jochen Schulte, SPD: Ich hab keinen Ton gesagt!)

Ach, das waren gar nicht Sie, entschuldigen Sie bitte, Herr Schulte! Ich wollte Sie nicht, aber aus den Reihen Ihrer Fraktion kam der Zwischenruf, ich habe es eben nicht der Stimme zuordnen können. Da bitte ich um Entschuldigung. Sie waren es also nicht, Herr Schulte.

Dann wurde heute früh vom Wirtschaftsminister auch gesagt, wir brauchen ein klares Signal, aber auf dieses klare Signal warten wir seit dem Frühjahr. Wir warten seit dem Frühjahr auf diese positive Fortsetzungsprognose, wir warten seit dem Frühjahr auf Zusagen von Genting. Was ist bisher geschehen? Genting hat eine Abnahmeverpflichtung abgegeben, nicht eingehalten, also schon im Zusammenhang mit den Verhandlungen vor der Eröffnung der Locked Box ist Genting vertragsbrüchig geworden.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr richtig!)

Heute früh wurde auch gesagt, dass Genting Hong Kong einen geschäftlichen Totalausfall zu verzeichnen hat. Hinzu kommt, dass diese Variante B, dieser Vorschlag jetzt zwischen Genting Hong Kong und dem Bund abgesprochen worden ist, also gar nicht mal mit uns als diejenigen, die jetzt über den Antrag entscheiden wollen, mit denen ist gar nicht gesprochen worden. Und dann spricht

man heute früh, wir wollen Zeit gewinnen, wir müssen vertrauen. Wenn man aber noch nicht mal mehr mit der Landesregierung gewillt ist zu sprechen, also als Vertragspartner mit dem anderen Vertragspartner gar nicht spricht, da fordern Sie hier Vertrauen von uns ein?! Also ich weiß nicht, wo das noch hinführen soll!

Und Vertrauen habe ich schon ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kontrolle fehlt noch.)

Laut Genting ist ein Eigenkapitalbeitrag für zwei neue Schiffe der Universal Class nicht möglich, habe ich gerade erwähnt, und das als Voraussetzung für das Öffnen der Locked Box. Und Genting will aber weiterhin an den Kreuzfahrtschiffen festhalten, das heißt, wenn wir jetzt noch mal Geld nachschieben, aber dann möglicherweise Marinetanker bauen oder Ölplattformen oder Konverterplattformen oder sonst irgendwas, das sind keine Kreuzfahrtschiffe, dann wird sich Genting Hong Kong zurückziehen und die lachen sich ins Fäustchen. Das heißt, wir hauen deutsches Steuergeld raus für ein chinesisches Unternehmen. Das kann doch nicht hinhalten, das können Sie doch nicht ernsthaft wollen! Das ist doch dem Bürger auch gar nicht vermittelbar. Aber ich komme gleich, ich komme gleich zu dem Punkt, wo, ich komme gleich zu dem Punkt ...

(Egbert Liskow, CDU: Es geht doch um die Menschen, die hier leben.)

Ja, Herr Liskow, mache ich doch. Lassen Sie mich mal reden! Ich habe ja ...

Wie viel Zeit habe ich eigentlich?

(Zuruf aus dem Plenum: Zu viel!)

Ja, das denke ich mir bei Ihnen auch oft genug.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ihre Zeit ist abgelaufen.)

So, und ursprünglich war vom Bund, um unter diesen Wirtschaftsstabilisierungsfonds-Rettungsschirm zu kommen, war vom Bund ein Eigenanteil von Genting Hong Kong von 40 Prozent gefordert. Sie können jetzt wahrscheinlich noch nicht mal mehr die 20 Prozent leisten. Das ist doch irre! Man will also seit März immer wieder nur Zeit gewinnen, Zeit gewinnen, Zeit gewinnen. Wir sollen vertrauen, gut bezahlte Arbeitsplätze – das habe ich ja vorhin schon bei der Regierungserklärung angekündigt,

(Zuruf von Minister Torsten Renz)

ja, das habe ich bei der Erwidern der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin, Herr Innenminister, angekündigt,

(Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Wart mal ab!)

dass ich auch zu dem Thema noch mal reden werde –, ja, es geht hier auch um die 2.800 Arbeitsplätze, und ja, es geht auch um circa 5.000 Arbeitsplätze bei den Zulieferbetrieben.

Aber auf der anderen Seite, haben Sie sich mal mit den Wertmitarbeitern unterhalten? Das sind alles Fachkräfte.

Und da haben die wenigsten die Sorge, dass, wenn die Werften dichtgemacht würden, dass sie nicht woanders wieder eine Anstellung kriegen.

(Beate Schlupp, CDU: Aber nicht in Mecklenburg-Vorpommern!)

Und die ganze Welt, alles schreit doch immer, wir haben Fachkräftemangel, wir haben Fachkräftemangel, wir müssen noch mehr Leute in unser Land reinholen, um diesem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Da sehe ich hier 7.800 Fachkräfte, die freigesetzt würden, um dann einen Fachkräftemangel woanders auszugleichen. Und unsere Fachkräfte ...

(Thomas Krüger, SPD: Das ist doch zynisch!)

Das ist überhaupt nicht zynisch! Das ist die Realität, Herr Krüger, das ist die Realität.

3,5 Millionen Fachkräfte, 3,5 Millionen deutsche Fachkräfte, die leben im Ausland, weil sie dort besser verdienen. Das ist der sogenannte Braindrain, und wenn wir doch mal ganz offen und ehrlich sind, übers Mittelmeer, über die Boote, die wir auf den jetzigen Werften bauen könnten, da kommen eben nicht nur Fachkräfte für Raketenforschung

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und Fachkräfte für Atomphysik, sondern da kommen eben auch die Fachkräfte für Freilandchirurgie und die Fachkräfte für Eigentumsverantwortung, und deswegen mache ich mir um unsere Arbeitsplätze hier keine Sorgen,

(Thomas Krüger, SPD: Da haben Sie gerade so die Kurve gekriegt! Das war aber schwierig.)

weil das sind nämlich wahre Fachkräfte, und die bekommen wieder einen anderen Job. Es geht Ihnen doch hier nur darum, die Bürgschaften, die damals gegeben worden sind, zu sichern, um nicht mehr und nicht weniger, und das zulasten unserer Steuerzahler, zulasten unserer Bürger. Herzlichen Dank! Und dieses Spiel werden wir nicht mitspielen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Franz-Robert Liskow, CDU: Da können wir weiterspielen.)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Schulte.

**Jochen Schulte,** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja vor einer Weile eine Debatte über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk geführt und wie wichtig der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist. Und wie schnell er informiert, das hat man ja nun heute wieder erlebt. Ich bin ja heute Morgen um 7.30 Uhr selber mit den Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss gewesen und ich weiß gar nicht, wann es genau eingestellt worden ist, aber es war doch dann ziemlich schnell nach Ende der Sitzung ja auch die Mitteilung aus dem NDR „Finanzausschuss rettet wieder einmal die MV-Werften“. Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist richtig und das ist falsch.

Weswegen ist es richtig? Es ist natürlich deswegen richtig, weil der Finanzausschuss – und das macht der Finanzausschuss, das haben wir in diesem Haus so beschlossen als Landtag, weil der Finanzausschuss das zuständige Gremium ist, und nicht der Landtag selber, der im Rahmen des Werftenfinanzierungsgesetzes dann seine Zustimmung geben muss, wenn unter bestimmten Voraussetzungen Gelder von der Landesregierung freigegeben werden sollen oder nicht –, deswegen hat der Finanzausschuss in gewisser Weise, ich setze das jetzt mal gedanklich in Anführungszeichen, natürlich auch die Werften wieder einmal gerettet, weil er diese Zustimmung als Vorratsbeschluss, das ist ja schon ausgeführt worden, heute erteilt hat.

Aber warum ist das falsch? Weil, wenn man hört, der „Finanzausschuss“ oder auch das Land oder die Landesregierung, das ist in dem Zusammenhang völlig egal, „rettet wieder einmal die MV-Werften“, dann wird da ein Zusammenhang dargestellt, und das ist ja auch eben von Herrn Abgeordneten Kramer im Grunde so gemacht worden, dann wird da ein Zusammenhang dargestellt, als ob das ein Vorgehen wäre, das es in dieser Form vorher schon mal gegeben hätte. Und jetzt meine ich nicht die einzelne Entscheidung des Finanzausschusses, da hat es natürlich immer wieder mal auch im Zusammenhang mit Genting, mit den MV WERFTEN entsprechende Beschlüsse gegeben, sondern ich meine den Gesamtsachverhalt Genting/MV WERFTEN auf der einen Seite und – wir können es ja ganz offen in diesem Raum sagen – die anderen Werftenschwierigkeiten, insbesondere im Stichwort „P&S Werften“, die wir in diesem Land gehabt haben.

Und das sage ich an dieser Stelle, und ich glaube, wir haben das vor – wann ist die letzte Landtagssitzung gewesen, vor einer Woche –,

(Thomas Krüger, SPD: Ja.)

vor einer Woche hier aufgrund des Antrages der Fraktion DIE LINKE, zur Aussprache habe ich das ja auch gesagt, haben wir ja auch über das Thema Werften gesprochen, ich habe das hier an dieser Stelle auch gesagt, und ich wiederhole das gern an dieser Stelle noch mal: Wir als SPD-Landtagsfraktion – ich habe das auch vernommen aus der Fraktion der CDU, und ich sage das auch, normalerweise würde ich aus einer nicht öffentlichen Sitzung auch nicht das Abstimmungsverhalten von Kolleginnen und Kollegen zitieren, aber es ist ja nun auch schon über die Presse gegangen, heute Morgen hat ja auch die Fraktion DIE LINKE diesem Antrag zugestimmt, was ich begrüße und sehr gut finde –, wir, diese Fraktionen, SPD, CDU und DIE LINKE, wir stehen natürlich in unserer Verantwortung auch weiter zu diesen drei Werftstandorten, zu den Beschäftigten, zu den Unternehmen.

Und wir stehen eben nicht, Herr Abgeordneter Kramer, wir stehen nicht zu einem in Hongkong oder in Singapur ansässigen Konzern Genting, sondern wir stehen zu einem in diesem Land ansässigen Unternehmen MV WERFTEN GmbH und zu dessen Beschäftigten und zu dessen wirtschaftlicher Situation, und darum geht es uns und den Kolleginnen und Kollegen, die auch heute Morgen im Finanzausschuss mit aller Verantwortung, die sie da haben, diese Entscheidung getroffen haben.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, warum führen wir diese Diskussion eigentlich? Es ist eine Dis-

kussion, die mich tatsächlich in diesem Land immer wieder erstaunt. Ich muss das an dieser Stelle auch mal ganz deutlich sagen. Da haben wir, ich habe mir das vorher mal rausgesucht, weil das sind Zahlen, die sprengen dann auch manchmal mein Vorstellungs- und auch Erinnerungsvermögen, jetzt rekurriere ich mal auf Genting, nicht auf MV WERFTEN, sondern auf Genting tatsächlich als Tourismuskonzern, so, wie Sie das eben getan haben, Herr Kramer, Genting ist ein Tourismuskonzern, und vergleiche das mal mit TUI.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe das hier in diesem Haus schon mal gesagt und ich will das gerne noch mal wiederholen, nur, damit man das einordnen kann, in welcher Lage wir uns eigentlich bewegen, nämlich in einer Situation, die weder Genting noch TUI verursacht hat, sondern die insgesamt dem Ausbruch dieser Corona-Pandemie geschuldet ist und den gesamten Tourismus und Kreuzfahrtmarkt auf der Welt hat zusammenbrechen lassen. Und vor diesem Hintergrund, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, hat ja im Frühjahr dieses Jahres TUI 1,8 Milliarden – Milliarden Euro! – an KfW-Darlehen bekommen, 1,8 Milliarden im Frühjahr dieses Jahres. Im September 2020 hat TUI dann noch mal eine zweite Kreditlinie bekommen, beziehungsweise Anleihen sind vom Bund übernommen worden von 1,2 Milliarden Euro. Die einzige Gewissheit, die der Bund in diesem Zusammenhang hat, Herr Kramer, ist, dass er diese Anleihen möglicherweise irgendwann mal in Aktien umwandeln kann. Ob diese Aktien dann überhaupt irgendeinen Wert haben, das will ich mal dahingestellt sein lassen. MV WERFTEN hat zumindest ein Anlagevermögen.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Anfang Dezember – wenn ich das richtig im Kopf habe, ist das jetzt gerade am 2. Dezember gewesen –, da hat die TUI noch mal eine weitere Staatshilfe aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds von bis zu 1,1 Milliarden Euro als Kreditlinie bekommen. Und nur, damit man mal die Größenverhältnisse sieht, weil hier immer gesagt wird, MV WERFTEN, die haben ja so wenig Beschäftigte, die spielen ja überhaupt keine Rolle in diesem Land, am Anfang der Krise in diesem Land haben die MV WERFTEN etwas mehr als 3.000 Beschäftigte in diesem Land gehabt an drei Standorten. Ich befürchte – und ich glaube, diese Befürchtung haben wir alle –, am Ende dieser Situation werden es diese 3.000 Beschäftigten nicht mehr sein, da muss man auch ehrlich miteinander umgehen.

Aber ich will das mal ins Verhältnis setzen: Der TUI-Konzern hat in Deutschland momentan – das sind die Zahlen vom September dieses Jahres – nur noch etwas mehr als 8.000 Beschäftigte, 8.000 Beschäftigte auf der einen Seite und, wenn ich mich jetzt nicht verrechnet habe, Kreditlinien, Darlehensvolumen, Anleihevolumen von über 4 Milliarden Euro. Über 4 Milliarden Euro! Und das ist nur ein einziges Beispiel. Ich könnte Ihnen auch andere Unternehmen, ich könnte Ihnen auch die MEYER WERFT benennen.

Und dann gestatten Sie mir, an dieser Stelle auch noch mal deutlich zu machen, weil es offensichtlich dem einen oder anderen immer noch nicht klar ist, in welcher Situation sich die MV WERFTEN mit diesen drei Standorten, mit den Beschäftigten, übrigens auch dann hinterher wieder als Steuerzahler, befinden, weil wir hoffen ja alle, dass die tatsächlich wieder in eine Situation kommen und

dann nicht nur die Kredite bedienen können, sondern in diesem Land auch wieder Steuern zahlen. Und dann will ich Ihnen mal noch zwei Beispiele machen, damit deutlich wird, wie das eigentlich einzuordnen ist und dass es eben nicht vergleichbar ist mit der Situation P&S, die wir hier im Land hatten, sondern dass es tatsächlich Corona geschuldet ist und dass wir natürlich auch eine Verantwortung als Politik haben, solange wir das verantworten können, im Interesse übrigens nicht des Aktionärs, sondern der Arbeitsplätze hier im Land und der Leute, die hier, Herr Kramer, da haben Sie ja völlig recht, hoch qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, dass wir deren Arbeitsplätze hier im Land erhalten sollen. Ich habe kein Interesse daran, Herr Kramer, dass die hinterher vielleicht nach Papenburg oder sonst wo, nach Baden-Württemberg gehen. Ich möchte diese Beschäftigten hier im Land erhalten haben, dass sie hier weiterarbeiten können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Und dann gestatten Sie mir das mal – das ist auch wieder der oft gescholtene öffentlich-rechtliche Rundfunk, aber als Informationsquelle, zumindest finde ich das, kann man ihn immer wieder seriös nutzen –, da hat es am 21. September, das können Sie nachschauen auf der Seite des NDR, da hatte es am 21. September ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der MEYER WERFT gegeben. Das ist nicht mehr der ältere Herr Meyer, der Herr Meyer senior, das ist inzwischen sein Sohn, Jan Meyer, und der sagt dann, als Geschäftsführer der Meyer-Gruppe – wozu übrigens auch Rostock gehört, das vergessen einige Leute immer gerne –, dass das Unternehmen in einer großen existenziellen Krise steckt, einer großen existenziellen Krise. Und das ist genau das Problem, das die MV WERFTEN auch haben, auch sie stecken in einer entsprechenden existenziellen Krise, und die Ursachen sind auch die gleichen, nämlich tatsächlich der Zusammenbruch des Kreuzfahrtmarktes und dementsprechend des Baumarktes für Kreuzfahrtschiffe in Deutschland.

Und weiter sagt der Geschäftsführer der MEYER WERFT in Papenburg, und das ist ja nun ein durchaus als seriös in Deutschland angesehenes Unternehmen, mit neuen Aufträgen rechnet er frühestens ab 2022, frühestens ab 2022, und genau auch das ist das Problem, das wir mit den MV WERFTEN haben. Wir sind heute in einer Situation, dass wir wissen, wir müssen eine Zeit überbrücken, damit es dann tatsächlich an dieser Werft, an diesem Standort auch wieder Schiffbau gibt, so, wie wir ihn vor der Krise gehabt haben. Wir können natürlich einen anderen Weg gehen, wir können auch den Weg gehen, der da sagt, wir machen jetzt die Werft dicht, dann freuen sich die Konkurrenten umso mehr, dann haben sie vielleicht nicht erst 2022 den nächsten Auftrag, sondern vielleicht schon Ende 2021, aber wir wissen, dass es keinen Schiffbau mehr in Mecklenburg-Vorpommern an diesen drei Standorten geben wird. Das ist nicht der Weg, den wir wollen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Und um die Brisanz dieser Situation im gesamten Schiffbau noch mal deutlich zu machen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, noch ein Zitat von Herrn Meyer junior.

Und dann sagt er da in diesem Interview, es stehen alle unsere Arbeitsplätze auf dem Spiel. Wir reden von allen 5.500 MEYER-Mitarbeitern.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn ein Land wie Niedersachsen, wenn der Bund auch dort schaut und sagt, was können wir tun, um unsere Industriestandorte zu erhalten, wer sind wir denn, dass wir uns in diesem Land nicht hinstellen und sagen, wir bemühen uns genauso verantwortungsbewusst im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten, die wir haben, diese Standorte auch zu erhalten, und natürlich wissen wir auch, dass das schwierig ist, und natürlich wissen wir auch, dass die Wahrscheinlichkeit nicht sehr groß ist, dass alle Arbeitsplätze erhalten bleiben, aber soll man denn deswegen gleich am Anfang den Kopf in den Sand stecken und sagen, wir tun dann gar nichts?! Das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, kann doch nicht dann tatsächlich die richtige Reaktion sein!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Und weil, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ja immer gesagt wird, ja, es sind ja nur ein paar Tausend Arbeitsplätze und die Zuliefererbetriebe, ich habe es heute Morgen in der Aussprache dann noch mal gehört, die haben ja alle die Möglichkeit, auch noch woanders, da haben sie noch ein zweites Standbein, können noch was anderes machen, die brauchen ja die Werften gar nicht. Und dann, weil ja hier immer so getan wird, als ob hier in Mecklenburg-Vorpommern ja sowieso alles anders läuft, und hier, hier spielen betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Überlegungen keine Rolle, dann komme ich noch mal zurück auf die MEYER WERFT und wieder auf den Geschäftsführer dieses Unternehmens, der dann sagt, wenn unser Unternehmen tatsächlich vor die Wand fährt – ich rede nicht von den MV WERFTEN, ich rede von der MEYER WERFT in Papenburg –, wenn unser Unternehmen vor die Wand fährt, dann sind es nicht nur diese 5.500 Arbeitsplätze, die in ihrem Bestand bedroht sind, dann sind es in der Region über 14.000 und in ganz Deutschland 24.000 weitere Arbeitsplätze.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das sind dann die gleichen Zulieferbetriebe, Herr de Jesus Fernandes, die auch bei uns im Land sitzen. Wo sollen die denn dann ihre Produkte lassen? Die eine Werft in Emden ist kaputt und die anderen Werften hier im Land wollen Sie auch kaputtgehen lassen. Das ist doch Ihre Logik, die dahintersteckt, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und um es noch mal deutlich zu machen, ja, ich bin selber auch ein gebranntes Kind, ich habe – ich weiß gar nicht, wie viele Jahre – diesen Untersuchungsausschuss zu den P&S Werften leiten dürfen, Harry. Weißt es auch nicht mehr genau, wie viele Jahre es waren? Aber eins habe ich an der Sache auch gelernt: Es ist eine signifikant andere Situation, in der wir uns heute befinden, als das, was bei P&S gelaufen ist. Und wer das nicht erkennen will, der will nicht den Tatsachen ins Auge schauen und will nicht sehen, dass trotz aller Schwierigkeiten, die wir tatsächlich haben, hier auch eine reale Chance für diesen Standort besteht, für dieses Land, für alle drei Werftstandorte und für die Beschäftigten in diesem Land.

Und deswegen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werden wir weiterhin mit unseren Kollegen von der CDU und – ich bin mir am Ende des Tages auch relativ sicher – von den Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, weiter daran arbeiten, dass wir alles tun, alles, was verantwortungsbewusst getan werden kann, um hier die Standorte und die Arbeitsplätze zu sichern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Schulte!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Herr Foerster.

**Henning Foerster,** DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist fünf vor zwölf auf den Werften, und da braucht heute auch niemand mehr etwas zu beschönigen oder gar zu verklären. Das war nach jetzigem Kenntnisstand bereits letzten Freitag so. Doch da hat der Wirtschaftsminister im Rahmen unserer Aussprache zum Thema „Beifall klatschen reicht nicht“ alles andere als den Eindruck vermittelt, dass wir heute hier noch einmal zusammenkommen müssen, um über die MV WERFTEN zu diskutieren.

Gestern Abend erreichte meine Fraktion dann die Nachricht, dass der ursprüngliche Plan nicht aufgeht, der geplante Bau von Schiffen der Universal Class wird also vorerst nicht stattfinden, und heute Morgen folgte dann eine eilig einberufene Sondersitzung des Finanzausschusses und nun die Plenardebatte zum genauso hektisch aus dem Boden gestampften Antrag der Koalition.

Ich habe durchaus Verständnis dafür, dass kurzfristig eintretende besondere Ereignisse auch mal unkonventionelle Wege und schnelle Entscheidungen erfordern, aber wenn das Votum des Parlaments beziehungsweise des zuständigen Ausschusses gewünscht ist, dann brauchen der Landtag und die in ihm vertretenen Fraktionen auch rechtzeitig alle nötigen Informationen, um diese Entscheidung zu treffen, und zwar dieselben Informationen, die auch der Landesregierung vorliegen, und das zu einem Zeitpunkt, der noch ein Mindestmaß an Zeit für eine seriöse Meinungsbildung ermöglicht. Das war heute nicht der Fall

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

und das kann in Zukunft nicht so weitergehen.

Meine Damen und Herren, und dann reden wir doch mal Klartext, der Finanzausschuss hat heute Morgen doch im Grunde nur die sprichwörtliche Wahl zwischen Pest und Cholera gehabt: Gibt er das Geld für den neuen Plan, die „Endeavor“ und die „Global 1“ fertigzustellen, frei und erkaufte sich damit Zeit, um weiter an einer Lösung zu arbeiten, ohne zu wissen, ob das gut geht, oder sagt er, Schluss, aus, Feierabend, und legt den Beschäftigten auf den Werften und wohl auch in zahlreichen Zuliefererbetrieben die Insolvenz und damit die Kündigung unter den Weihnachtsbaum? Der Finanzausschuss hat sich in dieser Situation mehrheitlich, auch mit den Stimmen meiner Fraktion, dazu entschieden, dass es zunächst einmal weitergehen soll auf den Werften, denn hätte er das nicht getan, wäre schon heute klar, dass 226 Millionen Euro faktisch verloren sind.

Sehr erstaunlich ist allerdings Folgendes: Während vor eineinhalb Wochen in der Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses die Geschäftsführung der MV WERFTEN noch betonte, dass Alternativen wie der Bau von Plattformen oder Forschungsschiffen nur schwer vorstellbar seien, wird heute kundgetan, dass genau an solchen Alternativen gearbeitet wird. Statt „wir glauben an den Restart des Kreuzfahrtgeschäftes“ sollen es perspektivisch nun also wieder Plattformen, Tanker oder Forschungsschiffe richten.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Ist schon mal schiefgegangen.)

Sie werden verstehen, dass dies nicht dazu beiträgt, unsere Sorgenfalten kleiner werden zu lassen. Während sich die Geschäftsführung und Landesregierung noch vorletzte Woche kräftig auf die Schultern geklopft und die herausragende Kommunikation untereinander gelobt haben, sehen sie sich nun mit der Entscheidung von Genting Hong Kong, die Universal-Class-Schiffe nicht zu bauen, konfrontiert.

Meine Damen und Herren, nehmen wir also mal zur Kenntnis, dass nun alternative Projekte angeschoben werden sollen. Das klingt ein bisschen nach dem Prinzip Hoffnung, und deshalb erwarte ich von der Landesregierung und von der Geschäftsführung, dass ab sofort offen darüber geredet wird, was das denn für die Beschäftigten bedeutet, denn jedem muss klar sein, dass es Jahre dauert, bis mögliche Aufträge eingeholt und auch geplant wurden. Das war vorletzte Woche übrigens noch eines der Hauptargumente gegen ein solches Vorhaben. Fakt ist also, da entsteht eine große Lücke zwischen dem Fertigbau der jetzigen Schiffe und dem Zeitpunkt, bis möglicherweise andere Projekte in die Bauphase eintreten.

Und deshalb erwartet meine Fraktion von der Landesregierung, dass sie ab sofort auch an einem echten Plan B für die Zeit nach der Ablieferung von „Endeavor“ und „Global 1“ arbeitet. Und dabei meine ich nicht allein die kurzfristig notwendigen Arbeitsmarktinstrumente wie die bereits zur Diskussion stehende Auffanggesellschaft für vom Arbeitsplatzabbau betroffene Beschäftigte, sondern ich meine eine Idee, die man im Worst Case ziehen kann und die darauf abzielt, einzelne oder auch alle Standorte weiterzuentwickeln. Ich habe bereits im August ausgeführt, was ich damit meine.

Mein Blick geht deshalb noch einmal in unser Nachbarland Dänemark. Wo früher Odense Steel Shipyard als einst zweitgrößte dänische Schiffswerft beheimatet war, ist seit 2012 mit Zwischenschritten die Lindø port of Odense A/S als Mischung aus Industriepark und Hafbetrieb, auf deren Gelände sich circa 160 verschiedene, teilweise namhafte Firmen angesiedelt haben, entstanden. Und auch dort, meine Damen und Herren, ging das natürlich nicht über Nacht. Völlig klar ist, dass auch ein solcher Prozess nicht ohne massive Unterstützung, sprich entsprechende Fördermittel von Bund und Land, auf den Weg gebracht werden kann. Solch ein Schritt braucht viel Vorbereitung, aber die Zeit, die wir uns heute erkaufte haben, sollte aus unserer Sicht auch effektiv genutzt werden.

Das ist ausdrücklich kein Abgesang auf den Werftstandort Mecklenburg-Vorpommern. Das, meine Damen und Herren, gehört zu einer seriösen Politik. Seriöse Politik

hat auch das denkbar schlechteste Szenario im Blick zu haben und ist gegebenenfalls darauf vorbereitet, um bei dessen Eintritt nicht nackt dazustehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Am Ende kann ich auch nur noch einmal an den Mutterkonzern Genting Hong Kong appellieren, den Forderungen von Bund und Land nachzukommen, um einen Weg aus dieser Krise zu finden und nicht zuzulassen, dass die Schotten noch vor Weihnachten womöglich für immer schließen. Es ist heute Morgen im Finanzausschuss angedeutet worden, wir werden am Freitag schlauer sein, jedenfalls, wenn ich die Ausführungen der Landesregierung richtig verstanden habe. Heute werden wir dem Antrag der Koalition zustimmen, auch wenn es ihn ob der relevanten Weichenstellung heute Morgen im Finanzausschuss nicht zwingend gebraucht hätte. Der Kollege Schulte ist darauf eingegangen, wie die rechtlichen Rahmenbedingungen für solche Zustimmungsverfahren im Landtag sind. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Foerster!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Wildt.

(Harry Glawe, CDU:  
Herr Foerster, das ging ja noch.)

**Bernhard Wildt, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen Landtagsabgeordnete!

(Unruhe vonseiten der  
Fraktionen der CDU und DIE LINKE –  
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Wir haben es schon gehört, die positive Entwicklung der MV WERFTEN war seit 2016 ungebrochen. Ich habe auch noch niemanden gehört, der sich irgendwie beschwert hätte über die monatliche Überweisung aus Hongkong. Bis in den März 2020 lief das ununterbrochen, daher auch die 2 Milliarden, die insgesamt investiert wurden und hier ins Geschäft reingesteckt wurden. Ich glaube, März war dann die letzte große Überweisung mit über 100 Millionen. Vorher kamen die regelmäßig jeden Monat, niemand hier im Haus hat sich darüber irgendwie gewundert oder aufgeregt.

Seitdem hat sich die Situation verändert, wir wissen das alle, Corona, Kreuzfahrtgeschäft brach zusammen. Für uns ist das besonders wichtig auch noch mal, wenn wir die Risiken abwägen, die wir eingehen als Land, als Landesregierung dann auch. Es gab ein Gutachten zu der Corona-Hilfe, und da war ganz klar – denn für die Corona-Hilfe ist ganz klar die Bedingung, dass das Unternehmen vorher, vor Corona, nicht in Schwierigkeiten gewesen sein darf, ansonsten dürfte keine Hilfe ausgezahlt werden –, und dieses Gutachten kommt ganz klar zu dem Schluss, das Unternehmen war vorher nicht in nennenswerten Schwierigkeiten. Das heißt, alle Parolen, die da immer wieder verbreitet werden oder über Schwierigkeiten schon im Vorfeld, die sind definitiv falsch, und ansonsten würden wir auch nicht in ein Unternehmen, sagen wir mal, investieren oder es stützen, wenn es diese Schwierigkeiten schon vorher gegeben hätte. Wir dürften das auch gar nicht. Das ist erst mal, um diese

Sache klarzustellen und da auch wieder der Legendenbildung vorzubeugen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Genting war ein gesundes Unternehmen, dem die Corona-Krise die Geschäftsmöglichkeit weggehauen hat. Und interessanterweise, es hat auch sein Geschäft in Asien, also gar nicht hier in Deutschland, wo ja immer die Regierung an allem schuld ist, also in dem Fall war es dann anscheinend nicht die Regierung, sondern tatsächlich das Virus. Auch an diesen Stellen, wenn man mal die internationale Perspektive sieht, merkt man, auf welch dünnem Eis da teilweise die Argumente sind.

Ja, und warum tun wir das, warum versuchen wir seit März, diesen Betrieb am Laufen zu halten? Herr Minister Glawe hat es schon gesagt, wir wollen nicht, dass die Werft erkaltet. Das wäre das Schlimmste für uns. Wir wollen diesen industriellen Kern erhalten. Und Frau Oldenburg hatte letzte Woche mal zu einem Kollegen gesagt: Tja, können Sie eigentlich nur Rostock oder können Sie auch Land? Da muss ich jetzt mal fragen, vielleicht an uns alle: Können wir nur Tourismus oder können wir auch Industriepolitik? Das ist nämlich am Ende die Frage: Können wir Industriepolitik?

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU  
und Rainer Albrecht, SPD –  
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und es ist ja definitiv, es ist ja definitiv so, dass tatsächlich staatliche Hilfsmaßnahmen nur in der Krise erforderlich sind. Das ist dann die Industriepolitik. Wenn wir also in den besten Zeiten dann noch Geld für die Werften zur Verfügung stellen müssten, das wäre ja katastrophal, dann würde man ja ein totes Unternehmen erhalten. Aber bei uns ist es ja ganz anders. Es war vorher ein gesundes Unternehmen, jetzt ist es durch einen exogenen Schock in Schwierigkeiten gekommen, und wir machen Industriepolitik und stützen dieses Unternehmen, um das Unternehmen durch die Krise hindurchzubekommen. Das ist eigentlich Politik, so, wie sie sich gehört.

Und so gehen auch die Länder vor, die einen industriellen Kern halten und aufbauen wollen, übrigens gerade auch Schwellenländer und Entwicklungsländer. Wenn man sich also fragt, warum wandert Industrie aus den entwickelten Ländern, aus Europa oder aus Nordamerika, in andere Länder ab, dann ist das genau der Grund, dass man dort eigentlich zu der Industrie steht und alles tut, um Industrie anzusiedeln und zu halten.

(Nikolaus Kramer, AfD: Nee, die wandern  
ab, weil sie woanders nicht so hohe  
Lohnnebenkosten haben.)

Ja, das spielt auch eine Rolle, Herr Kramer,

(Nikolaus Kramer, AfD: Ja, genau.  
Ja, genau das ist der Grund!)

aber gar nicht so eine große Rolle.

(Nikolaus Kramer, AfD: Natürlich!)

Wenn Sie sich mit der Werft auskennen würden –

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

ich würde Ihnen sowieso den Tipp geben, lassen Sie lieber Herrn Lerche sprechen hier

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

als wirtschaftspolitischen Experten,

(Henning Foerster, DIE LINKE:  
Ob das dann besser wird?!)

denn Sie stecken ja in den Themen überhaupt gar nicht drin –, die Personalkosten spielen bei der Werft, bei dem Bau eines Schiffes eine untergeordnete Bedeutung. Der größte Teil des Geldes fließt in das Material, in die Dienstleister, in die Zulieferer, und nur ein kleiner Teil sind wirklich die eigenen Mitarbeiter. Und deswegen sind die Lohnunterschiede nicht so gewaltig oder nicht so wichtig und deswegen kann die Werft auch hohe Löhne zahlen. Deswegen hat die auch kein Problem damit, Tariflöhne zu zahlen, im Vergleich zu anderen Unternehmen, die das nicht können.

So, nun haben wir eben die Schwierigkeit, so wie jetzt schon dargestellt, es ist ja vollkommen klar, dass Genting Schwierigkeiten hat, neue Schiffe jetzt in Auftrag zu geben in der Situation, in der sie selber nicht über genügend liquide Mittel verfügen, in denen ihr eigenes Geschäft nicht funktioniert. Es war aber immer eine Bedingung, eine Bedingung des Gutachtens auch über die Fortführungsperspektive, dass Universalschiffe beauftragt werden, zumindest zwei Schiffe der Universal Class sollten beauftragt werden.

Und wenn wir also über das Gutachten sprechen – Herr Kramer, Sie haben es angesprochen, ja, da würden wir schon so lange darauf warten –: Warum warten wir so lange darauf? Weil es um die Fortführungsperspektive geht. Und genau diese Entscheidung, die war eben nicht vorher zu treffen,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

denn diese Entscheidung muss ja auch seriös getroffen werden. Es nützt der Werft auch nichts, wenn jetzt Herr Kramer sagt, ich bestelle ein Schiff aus der Universal Class. Wir alle wissen, dass Sie das nicht bezahlen können. Keiner von uns könnte so ein Schiff bezahlen. Deswegen brächte diese Ankündigung oder diese Auftragsvergabe gar nichts. Und Genting muss natürlich als seriöses, börsennotiertes Unternehmen darauf achten, nur solche Geschäfte einzugehen, die es auch erfüllen kann. Und solange die Liquidität es nicht zulässt, können sie diese Aufträge eben leider nicht vergeben.

Dieses Damoklesschwert, das schwebte schon längere Zeit über der ganzen Geschichte, das wussten wir auch. Alles hängt daran und davon ab, ob neue Folgeaufträge vergeben werden können. Leider kommt das Unternehmen nicht schnell genug aus der Krise raus, es findet nicht schnell genug wieder zur Liquidität, sodass wir, Stand heute, leider keine neuen Aufträge von Genting erwarten können.

Aber, und das ist ganz wichtig, Genting hat auch klarge macht, sie möchten Aufträge vergeben, sie halten an diesem Geschäftszweig fest, sie können es nur im Moment nicht seriös finanzieren, aber sie würden es gerne und würden, sobald sie wieder in der Lage sind und die Finanzierung funktioniert, auch wieder diese Aufträge

geben. Das heißt, der sogenannte Plan A ist keineswegs zu den Akten gelegt, der ist jetzt nicht geschreddert, sondern den gibt es immer noch, nur, er ist jetzt erweitert worden um einen Plan B. Das heißt, um die Zeit zu überbrücken, bis neue Aufträge erteilt werden können, wäre die Werft jetzt auch berechtigt, andere Aufträge anzunehmen. Sie könnten jetzt auch zum Beispiel Konverterplattformen bauen, um ein Beispiel zu nennen. Das wäre jetzt möglich. Bisher hat Genting immer gesagt, das möchten wir eigentlich nicht, denn wir wollen ja unsere eigenen Schiffe bauen, was ja absolut logisch ist, denn sie haben ja die Werft gekauft, um dort eigene Schiffe zu bauen.

Also das Ganze ist in sich plausibel, ist in sich logisch, aber die Krise haut eben bei den Werften voll dazwischen. Und es werden immer wieder andere Beispiele genannt von guten Firmen, die Schwierigkeiten haben. Die MEYER WERFTEN wurden von Herrn Schulte zitiert, ich möchte mal auf Firmen wie Airbus hinweisen. Luft-hansa, ein Flaggschiff der deutschen Wirtschaft, ist nicht in der Lage, jetzt neue Flugzeuge zu bestellen, das ist doch vollkommen klar.

(Nikolaus Kramer, AfD: Deutsche  
Wirtschaft, das ist genau der Punkt!)

Deswegen wird auch Airbus Schwierigkeiten haben. Die sind in Kurzarbeit, sie müssen auch sehen, wie sie über die Runden kommen, und auch dort greift die deutsche Industriepolitik. Wir wollen solche Unternehmen halten, denn wenn sie einmal weg sind, kommen sie nicht wieder zurück, dann können wir nur noch bei Boeing die Flugzeuge bestellen.

(Egbert Liskow, CDU: Das wollen wir nicht.)

Und das wollen wir nicht, wir wollen die Auswahl haben, so, wie sich das in einer Marktwirtschaft gehört.

Ja, deswegen haben wir heute Morgen im Finanzausschuss einen Beschluss gefasst, das wurde ja schon genannt, wobei, auch da möchte ich das noch mal ein bisschen geraderücken, das sind keine Steuermillionen, die dort freigegeben werden, sondern das ist Geld, was Genting selbst ja auf dieses Sperrkonto eingezahlt hatte, was wir auch schon mal freigegeben haben, was jetzt noch mal freigegeben wurde, vorsorglich haben wir noch mal gesagt, wir legen kein Veto ein, dieses Geld darf jetzt verwendet werden. Warum und wozu? Damit der Bau von „Global 1“ weitergehen kann. Wenn man dort jetzt das Veto einlegen würde, das wäre die andere Entscheidung – und das ist ja offensichtlich das, was die AfD-Fraktion möchte –, dann müssen sie noch jetzt vor Weihnachten die Leute entlassen und in die Insolvenz schicken. Ich glaube – ja, wenn man das möchte, SPD und CDU wollen das definitiv nicht, die Linksfraktion, habe ich verstanden, auch nicht –, und es stünde auch in keinem Verhältnis zueinander.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wir haben es jetzt mehrmals gesagt, 2 Milliarden Euro wurden investiert, wir haben ein Schiff, was fast fertig ist, ein Schiff, was ziemlich fertig ist oder schon im fortgeschrittenen Baustadium. Und jetzt wegen 19 Millionen zu sagen, wir lassen die Werften hopsgehen, das wäre eine Katastrophe, zumal es sich nur um eine temporäre illiquide Situation handelt, und diese Situation haben wir, auch

das hat Harry Glawe eben noch mal gesagt, 36.000-mal in diesem Land behoben, 36.000-mal haben wir die Firmen in diesem Jahr schon liquide gehalten, in allen Größenklassen. Und warum wollen wir das ausgerechnet bei der Werft, bei einem industriellen Schwerpunkt unseres Landes, nicht tun?

(Zuruf vonseiten der  
Fraktion der CDU: Genau.)

Das wäre ausgesprochen dumm.

Ja, und dann möchte ich noch mal etwas sagen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

dann möchte ich noch mal etwas sagen zu dem Bild des Eisberges, auf den Genting zugesteuert ist oder auf den auch die Werft zugesteuert ist. Man kann es natürlich so machen wie der Kapitän der „Titanic“, der dann den Kurs kurz, bevor er draufknallte, noch mal ein bisschen nach links gezogen hat, und das Schiff wurde dann einmal quer aufgeschlitzt, von vorne bis hinten, und ist dann schnell untergegangen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Das machen Sie gerade.)

Kann man machen, man kann aber auch Kurs halten, und das macht die Landesregierung, das macht die CDU-Fraktion:

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD –  
Heiterkeit bei Nikolaus Kramer, AfD)

Kurs halten, um das Ganze über die Krise zu bringen. Wir geben nicht auf, wir lassen das Schiff nicht einfach vom Eisberg aufschlitzen,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Wir fahren über den Eisberg!)

sondern wir halten durch,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

und zwar so lange,

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

genau so lange, wie man das Ganze finanziell und rechtlich rechtfertigen kann. Das heißt, es ist kein Freibrief, wir stellen immer wieder Bedingungen, wir sind in Verhandlungen mit Genting und mit der Werft, das ist ganz klar, aber solange das Ganze sinnvoll ist, wirtschaftlich sinnvoll und rechtlich in Ordnung, solange machen wir das auch.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und im Übrigen möchte ich darum bitten, dass aus vertraulichen Finanzausschusssitzungen dann nicht hier immer alles zitiert wird. Ich weiß dann nicht, warum wir überhaupt Vertraulichkeit vereinbaren. Das finde ich nicht in Ordnung.

Und dann noch ein Punkt zum Baufortschritt: Herr Kramer hatte eben gesagt, ja, das Schiff, immer hört man wieder, es ist bei soundso viel Prozent, soundso viel

Prozent, es geht ja gar nicht weiter, obwohl die ja gebaut haben. Das ist tatsächlich nicht richtig. Aufgrund der Abstandsregeln konnte erst vor Kurzem wieder begonnen werden, auf den Schiffen zu bauen. Also dafür, dass Sie dauernd mit den Werftarbeitern sprechen, wissen Sie bemerkenswert wenig über die Werft.

(Beifall vonseiten der  
Fraktionen der SPD und CDU –  
Heiterkeit bei Ralf Mucha, SPD)

Und deshalb bitte ich drum, unserem Antrag zuzustimmen. Kurs halten, M-V oder Mecklenburg-Vorpommern kann Industriepolitik! – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Wildt!

Das Wort hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

(Zurufe vonseiten der  
Fraktionen der SPD und CDU: Oh! –  
Nikolaus Kramer, AfD: Ich mache es kurz. –  
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

**Nikolaus Kramer, AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich muss ganz kurz noch mal ein paar Dinger hier einwerfen. Herr Schulte ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE –  
Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Also in den Raum einwerfen, ja!

(Andreas Butzki, SPD:  
Das müssen wir direkt posten!)

Können Sie gerne machen.

(Heiterkeit bei Daniel Peters, CDU:  
Alles gesagt!)

Herr Schulte, ich bin Ihnen sehr dankbar dafür,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)

für Ihr Beispiel mit TUI. Warum bin ich Ihnen dankbar dafür?

(Andreas Butzki, SPD: Jetzt ist uns  
einiges klar! – Daniel Peters, CDU:  
In vollem Bewusstsein!)

TUI ist ein deutsches Unternehmen

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

und TUI zahlt seine Steuern hier bei uns in Deutschland.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Genting Hong Kong ist, wie der Name unschwer erraten lässt, ein Unternehmen aus Hongkong und zahlt seine Steuern nicht in Deutschland. Ja.

(Jochen Schulte, SPD: Aber Sie haben mir schon zugehört, dass ich von den MV WERFTEN gesprochen habe?)

Natürlich habe ich Ihnen zugehört. Dennoch sind die MV WERFTEN ja eine Tochtergesellschaft. Also da bin ich Ihnen wirklich dankbar dafür.

(Jochen Schulte, SPD: Aber deshalb zahlen sie ja trotzdem Steuern hier und nicht in Hongkong.)

Und selbst, wenn man das nicht so vergleichen könnte, haben Sie aus meinem Munde und nicht aus dem Munde meiner Fraktion mit nur einem Wort gehört, dass wir dieses Rettungs-, diesen Rettungsversuch von TUI in irgendeiner Form gutheißen würden. Darum ging es hier gar nicht. Hier geht es heute um MV WERFTEN, um Genting. So viel dazu!

(Jochen Schulte, SPD: Herr Kramer, Sie haben das nicht verstanden, was ich gesagt habe.)

Doch, ich habe das, ich habe das sehr wohl verstanden.

Und wenn Sie, also wirklich alle, alle Redner hier um die Ecke kommen und sagen, das ist der pandemischen Entwicklung geschuldet, dann frage ich mich, warum wir schon 2017 in den Zeitungen von Gewinnwarnungen lesen. 2017 schon!

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:  
Was erzählen Sie denn für einen Mist? –  
Zuruf aus dem Plenum: In welcher?)

In der „Welt“, in der „Ostsee-Zeitung“!

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Es gibt Aktionäre, die schon einen Kursverfall von 2015 abgezeichnet haben und vorausgesagt haben. Und diese Entwicklung hat sich ergeben,

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

also hat sich sogar bestätigt, und es geht weiter bergab, es geht immer weiter bergab.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und ganz ehrlich, wenn Großaktionäre oder Analysten, wenn die alle so eine Aktienentwicklung vorauszeichnen, dann erklären Sie mir mal bitte, warum Sie hier alle schlauer sind als diese Großaktionäre und Analysten!

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und ganz ehrlich, Herr Wildt, ganz ehrlich, eine Frage an Sie, Herr Wildt und Herr Schulte: Würden Sie, Stand heute, würden Sie, Stand heute, würden Sie Aktien im Wert von 10.000 Euro erwerben und mit Ihrem Privatvermögen dafür haften?! Machen Sie sich ehrlich und sagen Sie: Ja, wir wollen die Wertstandorte retten, ja, es funktioniert aber nur mit staatlichen Geldern, ja, wir sind für Schiffbau in Mecklenburg-Vorpommern, aber staatlich subventioniert. Das wäre ehrlich! – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender! Mir liegen zwei Kurzinterventionen vor, einmal durch Herrn Schulte und, wenn ich es richtig gesehen habe, durch Herrn Wildt.

Bitte, Herr Schulte!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Willst du jetzt fragen, ob er zu viel oder zu wenig eingeworfen hat? – Andreas Butzki, SPD:  
Nee, er darf ja nicht fragen.)

**Jochen Schulte, SPD:** Darf ich?

Also, Herr Kramer, Herr Kramer, nur zwei Hinweise dazu, einmal zu dem Aktienkursverfall der Genting-Hong-Kong-Aktien. Darüber reden wir ja an sich zwar nicht, weil wir reden ja über die MV WERFTEN, aber nur, weil Sie es angesprochen haben.

Der Aktienkursverfall der Aktie von Genting Hong Kong hing nicht damit zusammen, dass irgendwelche, ich weiß nicht was, Misswirtschaft da stattfand, das hängt einfach damit zusammen oder das hing damit zusammen, dass das Unternehmen einen bestimmten, aufgrund von Investitionen einen bestimmten Überschuldungsgrad gehabt hat. Und das hat zu entsprechenden Herabratings bei den Agenturen geführt. Das hier anzuführen und zu sagen, nach dem Motto, man hat doch schon vorher gesehen, dass das Unternehmen in Schwierigkeiten war, das ist doch unredlich, weil dann werfen Sie hier Dinge rein, von denen Sie entweder keine Ahnung haben,

(Daniel Peters, CDU: Richtig!)

oder aber Sie können nicht unterscheiden zwischen einer Überschuldung eines Unternehmens aufgrund von Investitionen oder aber von Misswirtschaft.

Der zweite Punkt, den ich nur kurz ansprechen will, weil Sie ja auch deutlich gemacht haben, es wäre quasi eine Sondersituation bei Genting: Zahlen von Carnival Cruise, das ist der größte Konkurrent von Genting im Bereich Kreuzfahrtmarkt, drittes Quartal 2020 Umsatzeinbruch von 99,5 Prozent, von 6,5 Milliarden US-Dollar auf 31 Millionen US-Dollar, Verlust von 2,9 Milliarden US-Dollar im dritten Quartal im Vergleich zu einem Gewinn von 1,8 Milliarden US-Dollar im dritten Quartal 2019. Allerdings, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Kollege Kramer, Carnival Cruise – und das kommt aus anderen Bereichen der Tourismuswirtschaft auch – sagt, Buchungen fürs zweite Halbjahr 2021 entwickeln sich gut. Und vor dem Hintergrund ist es unverantwortlich, die Position zu vertreten, die Sie und Ihre Fraktion hier in diesem Haus vertreten. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Kramer, möchten Sie auf die Kurzintervention von Herrn Schulte erwidern?

**Nikolaus Kramer, AfD:** Ja, das möchte ich sehr gerne.

**Präsidentin Birgit Hesse:** Bitte schön!

**Nikolaus Kramer, AfD:** Herr Schulte, mir ist das klar, woher diese Aktiengewinnwarnungen kommen, aus den

Gründen, die Sie genannt haben, aber man hat ja dann, es ging ja mit Lloyd einher,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Hä?)

das autark neben den anderen drei Werften gelaufen ist,

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU: Hä?)

MV WERFTEN, und die haben sich doch aber dann, irgendwann muss ich mich doch dann auch wieder erholt haben. Und das haben die nicht gezeigt. Und Sie zeigen uns,

(Der Abgeordnete Jochen Schulte spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Sie zeichnen uns immer ein Bild,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sie zeichnen uns ein Bild,

(Andreas Butzki, SPD: Laberrhabarber!)

als würde sich MV WERFTEN,

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

als würde sich Genting wieder erholen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Und zu Carnival Cruise: Genau die Fragen wurden ja heute,

(Glocke der Präsidentin)

genau die Fragen wurden ja heute früh auch ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Meine, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind in der Kurzintervention, Herr Kramer hat jetzt ...

(Andreas Butzki, SPD: Das wird ja alles aufgezeichnet, ne? Das können wir ja noch mal nachlesen.)

**Nikolaus Kramer,** AfD: Genau die Fragen wurden ja heute früh auch gestellt.

**Präsidentin Birgit Hesse:** Einen Moment bitte, Herr Kramer!

Solange nicht Ruhe ist, werde ich die Sitzung nicht fortführen. Wir sind jetzt in der Kurzintervention. Herr Kramer hat jetzt die Möglichkeit, auf die Kurzintervention zu antworten, und ich bitte wegen des Respekts auch vor dem Redner um Ruhe, dass wir dem Redner auch zuhören können.

Bitte, Herr Kramer!

**Nikolaus Kramer,** AfD: Und genau die Frage zum Beispiel konnte uns heute früh im Finanzausschuss eben

nicht beantwortet werden, wie ist denn die Prognose, wie ist denn die Prognose von Genting Hong Kong, wie läuft denn jetzt der Kreuzfahrtschiffmarkt? Da wurde ...

(Der Abgeordnete Jochen Schulte spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Na ja, aber Sie prognostizieren doch auch für die Carnival Cruise, dass die jetzt Buchungen im Halbjahr 2021 ...

(Der Abgeordnete Jochen Schulte spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Und genau die Frage haben wir doch heute früh gestellt, und die konnte uns nicht beantwortet werden. – Herzlichen Dank!

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Irgendeiner wollte doch noch.)

an den Fraktionsvorsitzenden und an Herrn Schulte!

Jetzt hat das Wort für die Kurzintervention Herr Wildt.

**Bernhard Wildt,** CDU: Ja, ich möchte nur bitte klarstellen, dass deutlich zu trennen ist zwischen der Sphäre von Genting und der Sphäre der MV WERFTEN. Es fließt kein Geld an Genting, es fließt Geld an die MV WERFTEN. Die MV WERFTEN sind auch hier steuerpflichtig in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist eben durcheinandergelaufen. Es geht kein öffentliches Geld außerhalb des Landes,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

sondern das Geld fließt an die Werft, wird dort ausgegeben, um Löhne und Gehälter zu bezahlen, um Lieferanten zu bezahlen hier im Land, um Dienstleister zu bezahlen hier im Land, um die Stromrechnung der Stadt Wismar zu bezahlen und so weiter und so weiter.

(Unruhe bei Jochen Schulte, SPD, und Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Und das würde alles wegfallen, wenn man diese Gelder nicht freigibt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Kramer, möchten Sie auf die Kurzintervention antworten?

**Nikolaus Kramer,** AfD: Natürlich möchte ich das.

**Präsidentin Birgit Hesse:** Bitte schön!

**Nikolaus Kramer,** AfD: Herzlichen Dank dafür!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Das hat doch keiner in Abrede gestellt, Herr Wildt, das habe ich auch nicht gesagt. Aber es ist ja so, alle bisherigen Maßnahmen, die beschlossen worden sind, die sind alle mit Genting in Verhandlung gewesen und das wurde alles vertraglich vereinbart, und dann muss ich auch dieses Unternehmen mit in die ganzen Berechnungen

einbeziehen, weil Genting ist doch der, der vertragsbrüchig geworden ist, Genting ist doch der, der gesagt hat, ja, wir bauen die Schiffe weiter. Genting ist doch der, der gesagt hat, wir nehmen euch die „Endeavor 1“ und die „Global 1“ ab. Und deswegen muss ich doch auch auf Genting achten.

Und ich habe mit keinem Wort gesagt, dass wir hier jetzt irgendwelche Steuergelder an Hongkong versenken. Darum geht es doch gar nicht.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:  
Das haben Sie gesagt! –  
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Aber MV WERFTEN ist nun mal auch ein Tochterunternehmen, und das ist ja diese ungünstige Konstellation von Genting. Und Genting macht sich einen schlanken Fuß, darauf wird es hinauslaufen! – Herzlichen Dank!

(Der Abgeordnete Bernhard Wildt  
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Tut mir leid, Herr Wildt, ...

Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

... wir waren in dem Instrument der Kurzintervention, da ist eine Kurzintervention möglich.

(Andreas Butzki, SPD:  
Das reicht jetzt auch.)

Damit hat jetzt das Wort der Finanzminister.

**Minister Reinhard Meyer:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich bedanken für die doch in weiten Teilen sachliche Debatte. Die Aussagen sprechen für sich selbst.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Sie meinen jetzt Frau Oldenburg?!)

Und ich muss auch deutlich sagen, wir sind in einer ernsten Lage. Und das, was die Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern, was die Beschäftigten auf den MV WERFTEN von dieser Landesregierung erwarten dürfen, ist, dass wir uns mit allem, was wir haben an Möglichkeiten, dafür einsetzen, dass es weitergeht. Und genau das ...

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Da danke ich dem Kollegen Harry Glawe insbesondere, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wirtschaftsministerium, im Finanzministerium, die wirklich hart dafür arbeiten, dass wir eine Zukunftsperspektive für die MV WERFTEN, für die drei Standorte, für das, was dort vorhanden ist, haben.

Wir wollen das Beste für das Land, meine Damen und Herren, und wir wollen Industriearbeitsplätze erhalten. Darüber ist ja hier schon vielfach gesprochen worden. Und ich muss mich manchmal wundern über die Vorstellung, wenn es die MV WERFTEN nicht mehr gibt, dass man die Vorstellung hat, dann sprießen überall neue Unternehmen und neue Industriearbeitsplätze hervor. Das wird nicht so sein, sondern die Fachkräfte werden

wieder dahin gehen, wo sie noch vor fünf Jahren, vor acht Jahren, vor zwölf Jahren waren, an Standorten in Deutschland wie in Papenburg oder in Flensburg oder woanders in Deutschland, in Baden-Württemberg – Herr Schulte hat es schon gesagt –, sondern wir werden dann sehr stark spüren, was das bedeutet, dass wir kein international tätiges, operativ tätiges Unternehmen mehr am Standort haben, und deswegen kämpfen wir so dafür.

Und ich will vielleicht an einer Stelle, meine Herren von der AfD, noch mal etwas Grundsätzliches sagen, weil ich immer das Gefühl habe, bei allen Debatten, auch heute Vormittag, dass Ursache und Wirkung immer so ein bisschen durcheinandergelassen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wir reden über die Ursache Corona-Pandemie. Wir reden – Herr Kramer, es ist mehrfach gesagt worden – über ein Unternehmen, das, testiert am 31.12.2019, kein Unternehmen in Schwierigkeiten war,

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

sonst hätte der Bund nicht, sonst hätten wir nicht helfen können. Wir reden auch nicht alleine über die MV WERFTEN. Wir reden über viele Unternehmen, die jetzt in der Corona-Pandemie in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, und insofern sind die MV WERFTEN immer ein Teil dessen, was wir als Hilfen für die Wirtschaft auf den Weg bringen in Mecklenburg-Vorpommern.

Und lassen Sie mich noch mal klarstellen, weil das immer ein Grundmuster, ein Grundhandeln der Landesregierung in Zusammenhang mit den MV WERFTEN war, von Harry Glawe und von mir: Wir haben immer gesagt, es braucht eines sichtbaren Beitrages von Genting Hong Kong, wir haben immer gesagt, wir können das nicht alleine, wir brauchen den Bund, und wir haben immer gesagt, wir brauchen eine zukunftsfähige Werft, wir brauchen eine Fortführungsprognose.

Und jetzt sage ich ganz offen – an diesem Zeitpunkt, in dieser Diskussion, auch heute Morgen im Finanzausschuss –, noch nicht alle dieser Punkte sind erfüllt. Deswegen hat der Bund in Abstimmung mit dem Land Genting Hong Kong aufgefordert, entsprechende Bedingungen zu akzeptieren, um seinen Beitrag als Konzern zu leisten. Ich bin optimistisch, dass das in dieser Woche gelingt. Wir haben die Zusage des Bundes zu helfen, wenn diese Bedingungen erfüllt sind. Und wir reden über einen Betrag von über 400 Millionen Euro als Kredit über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds – kein Geld, das gegeben wird und nicht zurückkommt. Deswegen ist auch die Kontrolle der Eigenkapitalrückflüsse – weil das eine Frage war – ganz, ganz wichtig, dass die im Unternehmen verbleiben, meine Damen und Herren.

Und wir reden über einen Punkt, wo wir gemeinsam gucken müssen mit dem Unternehmen, wie die Fortführung und die Zukunft aussehen. Ja, es ist so, dass Genting Hong Kong zunächst den Plan A zurückgestellt hat, weil sie sich nicht in der Lage sehen finanziell, die Konditionen des Bundes im Wirtschaftsstabilisierungsfonds für den Plan A zu erfüllen. Ja, Genting Hong Kong hat – ein gutes Unternehmen hat einen Plan B – einen Plan B vorgelegt. Das ist nicht der Plan B der Landesregierung, und deswegen haben wir auch Genting Hong

Kong gesagt, wir wollen im Zusammenhang mit dem Plan B auch die Fortführung darin sehen, dass die Möglichkeit, Universalschiffe in der Zukunft zu bauen, auf jeden Fall mitgedacht wird. Und wir werden hart daran arbeiten, dass wir das gemeinsam für das Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern auch ermöglichen können, weil natürlich wird es uns nicht reichen zu sagen, da werden jetzt zwei Schiffe zu Ende gebaut und dann passiert nichts mehr. Dann wären wir die Falschen in der Landesregierung, die das vorantreiben wollen, und dazu werden die Gespräche weitergeführt.

Letzte Bemerkung,

(Henning Foerster, DIE LINKE:  
Aber das kann ja passieren, Herr Meyer.)

letzte Bemerkung ...

So, ich gehe immer positiv an die Sache ran, Herr Foerster.

Letzte Bemerkung: Natürlich spielt es eine Rolle, wenn das „Global-1“-Schiff zu Ende gebaut wird und damit in großem Umfang Bürgschaften zurückfließen an das Land Mecklenburg-Vorpommern. Das alleine reicht aber nicht. Das Wichtige ist, dass wir die Industriearbeitsplätze, die wir dort im Unternehmen haben, halten, denn das ist überhaupt nur die Basis, mit diesen Beschäftigten, mit diesen Fachkräften Zukunft für den Schiffbau in Mecklenburg-Vorpommern zu organisieren. Und Sie können versichert sein, dass wir als Landesregierung alle miteinander dafür weiter hart arbeiten werden. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Finanzminister!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/5674 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Vielen Dank! Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/5674 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, LINKEN sowie Gegenstimmen durch die Fraktion der AfD und ...

(allgemeine Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich verkünde das Abstimmungsergebnis. Ich bitte noch mal kurz um Ruhe. Wir sind gleich am Ende der Sitzung.

Ich beginne noch mal mit dem Abstimmungsergebnis: Also zugestimmt haben für den Antrag die Fraktionen der SPD, CDU und LINKE, Gegenstimmen gibt es aus der Fraktion der AfD sowie von dem fraktionslosen Abgeordneten und Enthaltung durch die fraktionslose Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/5674 angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Gestatten Sie

mir aber auch nach dieser doch anspruchsvollen Sitzungsfolge, Ihnen allen ein herzliches Dankeschön zu sagen, dass Sie diesen Weg mit uns gegangen sind, sehr diszipliniert, und wir auch diese Sitzung dann entsprechend über die Bühne gezogen haben, vor allen Dingen auch zum Wohle der Menschen hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Zwei wichtige Themen sind heute behandelt worden, zum einen Corona, zum anderen aber auch MV WERFTEN. Ich denke, die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben das heute sehr intensiv auch zur Kenntnis genommen.

Verbunden natürlich mit den besten Wünschen zu dem anstehenden Weihnachtsfest und vor allen Dingen ein bisschen Besinnlichkeit, ein bisschen Ruhe und ein bisschen Zeit für die Familie, das wünsche ich Ihnen allen ganz, ganz herzlich und von Herzen – herzlich von Herzen. Ich hoffe, dass Sie entsprechend dann auch die Zeit und die Ruhe finden, das auch durchführen zu können.

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 27. Januar 2021, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist damit geschlossen.

**Schluss: 14.36 Uhr**

Es fehlten die Abgeordneten Ralf Borschke, Lorenz Caffier, Manfred Dachner, Stefanie Drese, Horst Förster, Eva-Maria Kröger, Karen Larisch, Burkhard Lenz, Thomas Schwarz, Wolfgang Waldmüller und Susann Wippermann.